



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

06 | 2011

STATISTISCHE MONATSFESTE



Aus dem Inhalt:

Wirtschaft 2010

Sonderpädagogische Förderung 2010/11

Landwirtschaftszählung 2010





Fotonachweis

Titelfoto: Pressefoto BASF

Nachdem die Konjunktur in Rheinland-Pfalz 2009 ganz im Zeichen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise stand, kam es 2010 zu einer überraschend schnellen und kräftigen Erholung. Im Beitrag „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz“ werden Auszüge aus der Statistischen Analyse N° 21 vorgestellt. Die Analyse gibt einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der zentralen gesamtwirtschaftlichen Indikatoren, wie Bruttoinlandsprodukt, Preise und Arbeitslosenquote, sowie über die Entwicklung aller wichtigen Wirtschaftsbereiche.

Autorenfoto: Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

Beilagen: Faltblätter Umwelt und Energie, Weinbau

06 | 2011

STATISTISCHE MONATSFESTE

64. Jahrgang

kurz + aktuell	501
Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Bevölkerung ■ Bildung Verkehr ■ Zensus	
Verbraucherpreise	509
Rheinland-Pfalz in Karten: Neugründungen von Einzel- unternehmen durch ausländische Gewerbetreibende 2010 nach Verwaltungsbezirken	510
Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2010	511
Sonderpädagogische Förderung im Schuljahr 2010/11	526
Landwirtschaftszählung 2010	537
Daten zur Konjunktur	550
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	579
Neuerscheinungen	595

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2011

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Bestellvolumen der Industrie zog im März erneut deutlich an

Im März 2011 erhielt die rheinland-pfälzische Industrie preisbereinigt 14,9 Prozent mehr Aufträge als ein Jahr zuvor (Deutschland: +8,4 Prozent). Die stärkeren Impulse kamen aus dem Ausland. Hier zog die Nachfrage um 19,1 Prozent (Deutschland: +11,3 Prozent) an, während die Bestellungen aus dem Inland um 9,6 Prozent zulegten (Deutschland: +4,9 Prozent).

Die umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Industriebranchen verzeichneten fast ausnahmslos höhere Auftragseingänge. Am höchsten fiel die Nachfrage nach Produkten der Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen aus (+51,8 Prozent), wozu vor allem die Auftragseingänge aus dem Ausland (+98 Prozent) beitrugen. Auch im Maschinenbau gab es einen zweistelligen Zuwachs (+18,7 Prozent), wobei sich die Inlandsnachfrage (+19,2 Prozent) mit der Auslandsnachfrage (+18,4 Prozent) in etwa die Waage hielt. Ebenfalls im Aufwind befinden sich die Hersteller von Metallerzeugnissen; hier lagen die Ordereingänge um 14 Prozent über dem Stand des Vorjahresmonats, wofür insbesondere die Inlandsnachfrage (+20,4 Prozent) ausschlaggebend war. Robust entwickelten sich die Bestellungen in der chemischen Industrie und der Pharmaindustrie mit jeweils +8,1 Prozent sowie der Metallerzeugung und -bearbeitung mit +7,7 Prozent. Einen Dämpfer erhielten die Hersteller von Papier, Pappe und

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Indikator	Monatswerte		Veränderung März 2011		
	März 2011	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat		
	2005=100				
Auftragseingänge (real)					
Industrie	118,2	14,9%	↑	15,9%	↑
Inland	113,0	9,6%	↑	18,2%	↑
Ausland	122,4	19,1%	↑	14,2%	↑
Chemie	97,1	8,1%	↑	18,9%	↑
Fahrzeugbau	123,9	51,8%	↑	29,4%	↑
Maschinenbau	141,5	18,7%	↑	8,9%	↑
Metallerzeugnisse	113,1	14,0%	↑	11,0%	↑
Bauhauptgewerbe	130,3	12,4%	↑	27,6%	↑
Umsätze (real)					
Großhandel	112,6	-1,2%	↓	19,8%	↑
Einzelhandel (ohne Kfz)	110,1	-2,4%	↓	15,7%	↑
Kfz-Handel	103,4	4,2%	↑	27,3%	↑
Gastgewerbe	80,6	3,2%	↑	16,1%	↑

Waren daraus mit einem Minus von 1,7 Prozent; hier schlug die rückläufige Auslandsnachfrage (-15 Prozent) kräftig zu Buche.

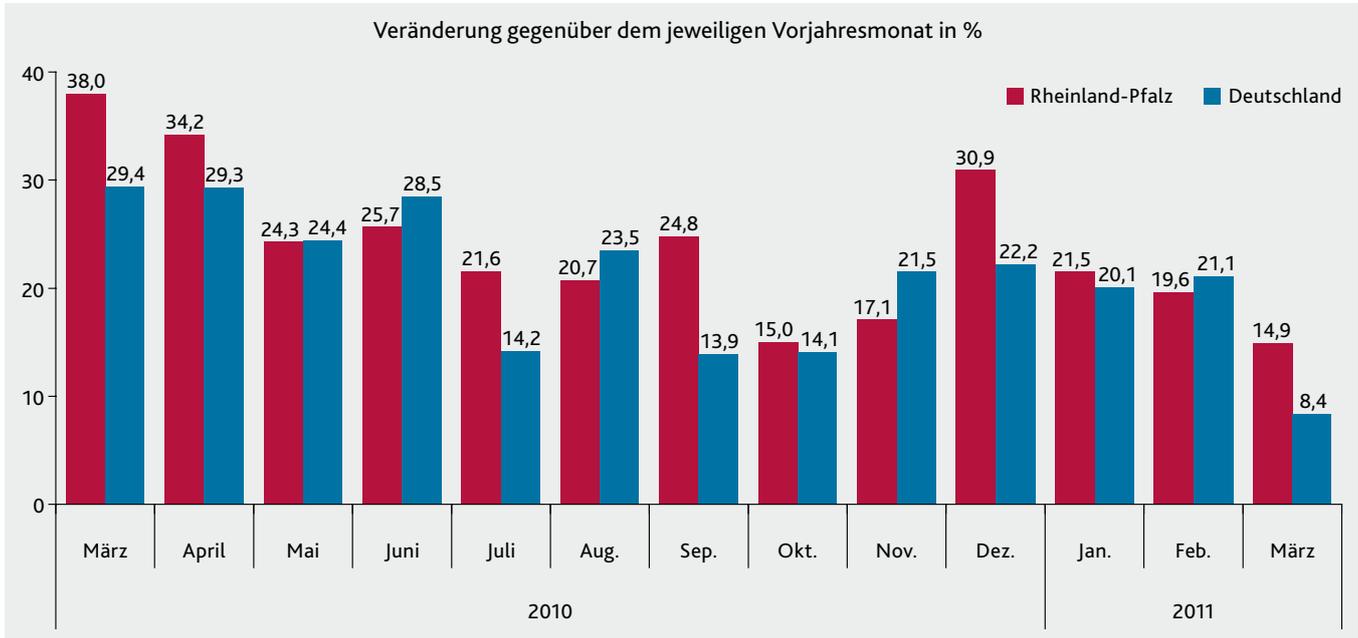
Gegenüber Februar 2011 stiegen die Auftragseingänge preisbereinigt um 15,9 Prozent (Deutschland: +7,9 Prozent). Die Inlandsnachfrage zog um 18,2 Prozent an (Deutschland: +9,2 Prozent), aus dem Ausland kamen 14,2 Prozent höhere Order als im Vormonat (Deutschland: +7 Prozent). Maßgeblich hierfür dürfte vor allem die auffallend gestiegene Nachfrage nach Produkten der beiden größten rheinland-pfälzischen Branchen, der Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+29,4 Prozent) sowie der chemischen Industrie (+18,9 Prozent) gewesen sein. Die positive Entwicklung im Fahrzeugbau wurde

vor allem durch die Inlandsbestellungen (+39,1 Prozent) getragen, in der chemischen Industrie durch die Auslandsorder (+19,5 Prozent). Zweistellige Zuwachsraten bei den Bestellungen verbuchten auch die Wirtschaftszweige „Metallerzeugung und -bearbeitung“ (+15,5 Prozent) sowie „Herstellung von Metallerzeugnissen“ (+11 Prozent). Die übrigen Branchen profitierten ebenfalls von der besseren Wirtschaftslage.

Hinweis

Weitere Informationen zur konjunkturellen Entwicklung in Rheinland-Pfalz erhalten Sie in diesem Heft ab Seite 550 sowie im Internet unter www.statistik.rlp.de/konjunktur-aktuell.

Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2010–2011 nach Monaten



Starkes Umsatzwachstum der Industrie im ersten Quartal 2011

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erwirtschafteten im ersten Quartal 2011 Umsätze in Höhe von 20,2 Milliarden Euro. Das waren 20,1 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: +17,9 Prozent). Damit wurde das Niveau des umsatzstarken Vorkrisenjahres (2008) nicht nur erreicht, sondern sogar um 6,1 Prozent übertroffen (Deutschland: +1,3 Prozent). Die Auslandsumsätze stiegen deutlich um 23 Prozent (Deutschland: +20,4 Prozent). Die Exportquote, d. h. der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, lag damit bei 52,8 Prozent (Deutschland: 46,9 Prozent). Die Inlandserlöse zogen mit einem Plus von 17 Prozent ebenfalls deutlich an (Deutschland: +15,8 Prozent).

Im März 2011 zählte die rheinland-pfälzische Industrie 241 686 Beschäftigte, das waren 4 620 bzw. 1,9 Prozent mehr als im gleichen Vorjahresmonat (Deutschland: +2,3 Prozent). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden lag um 5,8 Prozent über dem Wert von Januar bis März 2010 (Deutschland: +6 Prozent).

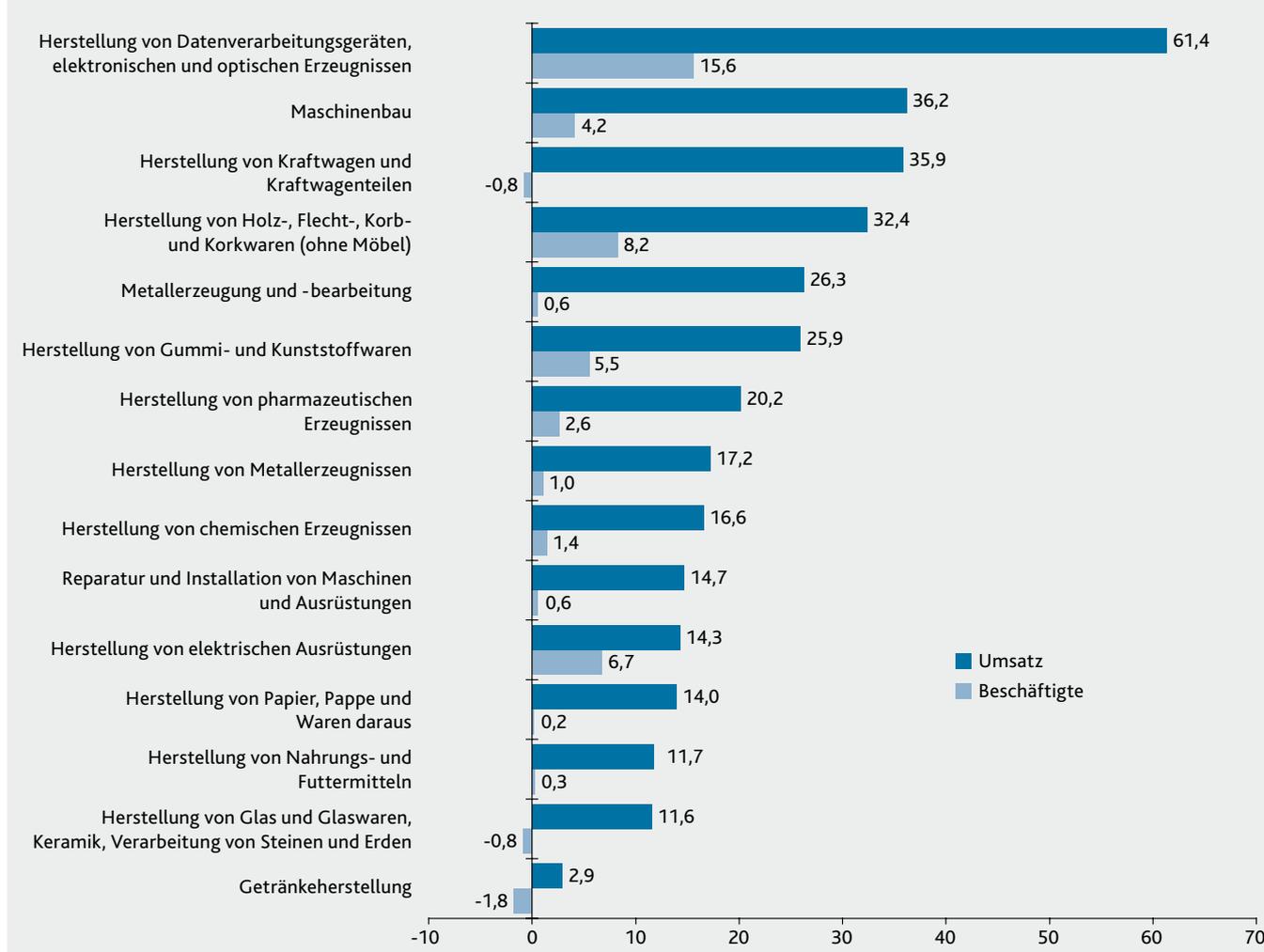
Die umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Wirtschaftszweige verzeichneten im ersten Quartal 2011 ausnahmslos zweistellige Umsatzzuwächse, allen voran der Maschinenbau mit einem Plus von 36,2 Prozent. Ebenso dynamisch verlief die Entwicklung bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen; hier betrug der Zuwachs 35,9 Prozent. In beiden Branchen legten die Umsätze im Auslandsgeschäft überdurchschnittlich zu (+41,9 bzw. 55,3 Prozent) und auch die Inlands-

umsätze übertrafen das Niveau des Vorjahres deutlich (+27 bzw. 14,8 Prozent). Um mehr als 20 Prozent höhere Verkaufserlöse gegenüber dem Vorjahresquartal verbuchten die Wirtschaftszweige „Metallerzeugung und -bearbeitung“ (+26,3 Prozent), „Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren“ (+25,9 Prozent) und „Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen“ (+20,2 Prozent). Auch die übrigen umsatzstärkeren Branchen können kräftige Wachstumsraten vorweisen.

In den meisten Wirtschaftszweigen nahm die Beschäftigung deutlich zu: Die höchsten Zuwächse unter den umsatzstärksten Wirtschaftszweigen verzeichneten die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren (+5,5 Prozent) sowie der Maschinenbau (+4,2 Prozent). Leichte Zunahmen gab es in der Herstellung von phar-

Umsätze von Januar bis März 2011 und Beschäftigte im März 2011 in der Industrie nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum bzw. Vorjahresmonat in %



mazeutischen Produkten (+2,6 Prozent), der chemischen Industrie (+1,4 Prozent) und der Herstellung von Metallerzeugnissen (+1 Prozent). Bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie von Glas, Glaswaren, Keramik einschließlich Verarbeitung von Steinen und Erden gab es einen leichten Beschäftigungsrückgang um jeweils 0,8 Prozent. Die übrigen größeren Branchen hielten ihren Personalstand auf nahezu konstantem Niveau.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im Vorjahresvergleich kräftig gestiegen

Die Auftragseingänge im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe sind im März 2011 gegenüber dem Vorjahr um 12,4 Prozent gestiegen. Damit kam es nach dem Zuwachs im Februar (+19,5 Prozent) wieder zu einer kräftigen Verbesserung der Auftragslage. Im Vergleich zum März 2010 legte die Nachfrage im Hochbau

sogar um 56,4 Prozent zu. Im Tiefbau war dagegen ein Rückgang von 13,4 Prozent zu verzeichnen. Differenziert nach Bauart und Auftraggeber hatte der öffentliche Hochbau den stärksten Nachfragezuwachs (+115,3 Prozent). Außerdem gab es im gewerblichen Hochbau (+42,7 Prozent), im Wohnungsbau (+37,2 Prozent) sowie im gewerblichen Tiefbau (+14,2 Prozent) überdurchschnittliche Verbesserungen. Sinkende Auftragseingänge wurden dagegen im öffentlichen Tief-

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Monatswerte		Veränderung März 2011		
	März 2011	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat		
	2005=100				
Auftragseingang	130,3	12,4 %	↑	27,6 %	↑
Hochbau insgesamt	140,0	56,4 %	↑	11,9 %	↑
Wohnungsbau	126,0	37,2 %	↑	-22,5 %	↓
gewerblicher Hochbau	147,1	42,7 %	↑	16,4 %	↑
öffentlicher Hochbau	141,7	115,3 %	↑	60,6 %	↑
Tiefbau insgesamt	121,4	-13,4 %	↓	49,7 %	↑
gewerblicher Tiefbau	214,3	14,2 %	↑	47,6 %	↑
öffentlicher Tiefbau	98,8	-22,6 %	↓	22,1 %	↑
Straßenbau	107,0	-19,8 %	↓	72,6 %	↑
Baugewerblicher Umsatz	109,3	13,2 %	↑	46,3 %	↑
Hochbau insgesamt	105,0	3,7 %	↑	36,2 %	↑
Wohnungsbau	119,1	23,4 %	↑	43,9 %	↑
gewerblicher Hochbau	103,5	1,0 %	↔	25,8 %	↑
öffentlicher Hochbau	94,5	-8,8 %	↓	46,7 %	↑
Tiefbau insgesamt	113,6	23,6 %	↑	56,8 %	↑
gewerblicher Tiefbau	151,1	29,6 %	↑	58,5 %	↑
öffentlicher Tiefbau	102,2	34,5 %	↑	48,3 %	↑
Straßenbau	108,0	15,4 %	↑	61,6 %	↑

bau (-22,6 Prozent) sowie im Straßenbau (-19,8 Prozent) festgestellt. Bei der Einschätzung der Veränderungsraten ist zu berücksichtigen, dass die Entwicklung im Bauhauptgewerbe häufig durch den Einfluss von Großaufträgen geprägt wird.

Noch stärker als im Vorjahresvergleich stieg die Nachfrage nach Bauleistungen gegenüber Februar 2011 (+27,6 Prozent). Während es im Tiefbau zu einem kräftigen Auftragsplus von 49,7 Prozent kam, wurde im Hochbau eine Verbesserung um 11,9 Prozent registriert. Im Straßenbau erhöhten sich die Auftragseingänge besonders stark (+72,6 Prozent). Die Bereiche öffentlicher Hochbau (+60,6

Prozent) und gewerblicher Tiefbau (+47,6 Prozent) meldeten ebenfalls überdurchschnittliche Auftragszuwächse. Einbußen zum Vormonat gab es lediglich im Wohnungsbau (-22,5 Prozent). Hier war allerdings im Februar ein außergewöhnlich hohes Auftragsniveau zu beobachten.

Der baugewerbliche Umsatz stieg im März 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat um 13,2 Prozent auf knapp 207 Millionen Euro. Im Hochbau verbesserten sich die Umsätze gegenüber März 2010 auf gut 98 Millionen Euro (+3,7 Prozent), im Tiefbau kam es sogar zu einem Anstieg um 23,6 Prozent auf mehr als 108 Millionen Euro. In der Gliederung nach Bauart

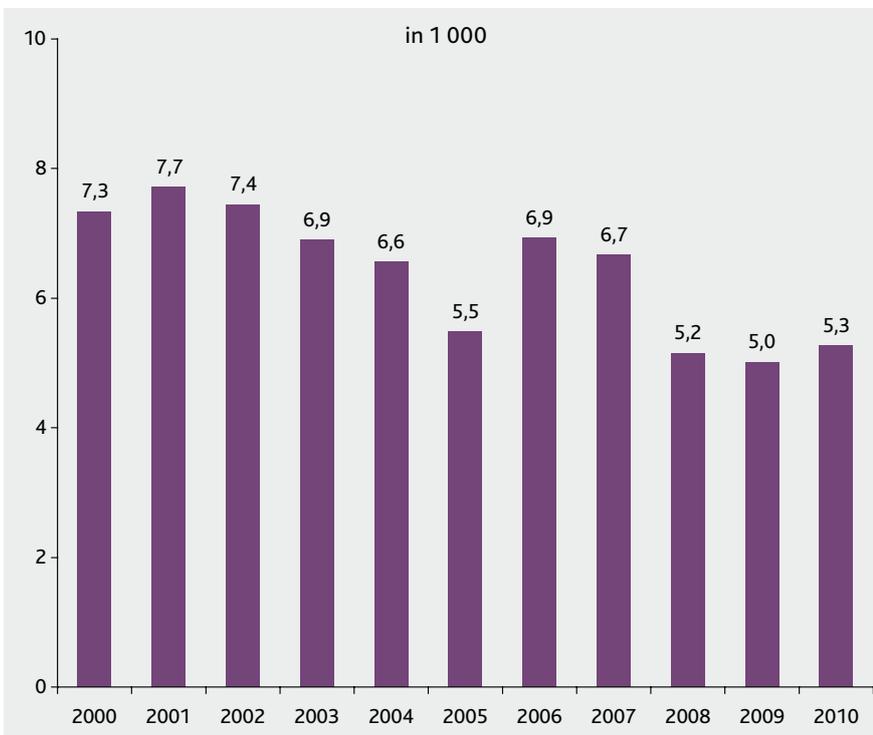
und Auftraggeber gab es lediglich im öffentlichen Hochbau einen Umsatzrückgang um 8,8 Prozent. Die übrigen Bereiche verzeichneten dagegen Umsatzsteigerungen. Die kräftigsten Zuwächse gab es im öffentlichen Tiefbau (+34,5 Prozent), im gewerblichen Tiefbau (+29,6 Prozent) sowie im Wohnungsbau (+23,4 Prozent).

Gegenüber dem Vormonat ergab sich im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe im März 2011 ein saisontypischer Umsatzanstieg um 46,3 Prozent. Der Frühlingsbeginn brachte im Vergleich zum Februar im Hochbau Umsatzzuwächse von 36,2 Prozent; im Tiefbau belief sich das Plus auf 56,8 Prozent. Alle Bereiche des Bauhauptgewerbes konnten zweistellige Umsatzsteigerungen verbuchen. Die stärksten Verbesserungen waren im Straßenbau (+61,6 Prozent) und im gewerblichen Tiefbau (+58,5 Prozent) zu beobachten. Mit einem Plus von 25,8 Prozent im gewerblichen Hochbau fiel selbst der schwächste Anstieg immer noch recht kräftig aus.

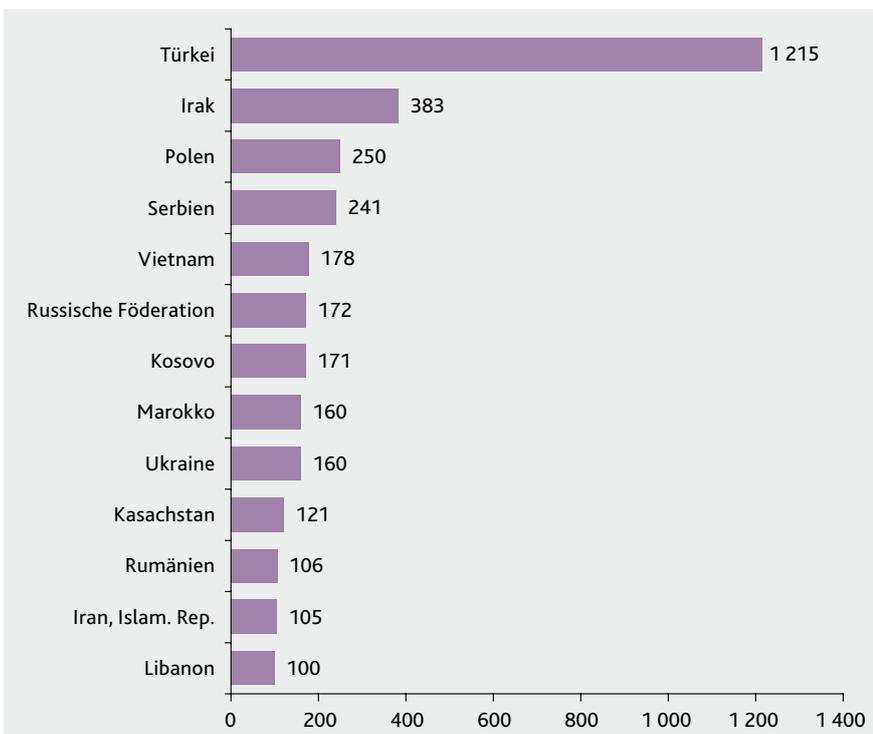
Deutscher Pass für 5269 Menschen

Im vergangenen Jahr erhielten 5269 in Rheinland-Pfalz lebende Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit einen deutschen Pass. Damit ist die Zahl der Einbürgerungen wieder leicht gestiegen. Im Jahr 2009 erwarben 5017 Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit, ein Jahr davor lag die Zahl mit 5159 Einbürgerungen etwas darüber. In den Jahren 2006 und 2007 gab es noch deutlich mehr Einbürgerungen.

Einbürgerungen 2000–2010



Einbürgerungen 2010 nach den häufigsten früheren Staatsangehörigkeiten



Die mit Abstand meisten Eingebürgerten (1215) waren zuvor türkische Staatsangehörige. An zweiter Stelle standen mit 383 Einbürgerungen die Irakerinnen und Iraker. Insgesamt 811 Eingebürgerte stammten aus einem EU-Land, 250 von ihnen kamen aus Polen, 106 aus Rumänien, 88 aus Bulgarien, 82 aus Italien, 44 aus Griechenland und 37 aus Ungarn.

Nahezu drei Viertel der eingebürgerten Personen lebten schon länger als acht Jahre in Deutschland, ein Drittel sogar schon mehr als 15 Jahre und rund zehn Prozent bereits 25 Jahre oder länger. Nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz haben Personen, die mindestens acht Jahre in Deutschland leben, einen besonderen Anspruch auf Einbürgerung, wenn sie bestimmte, gesetzlich festgelegte Anforderungen erfüllen. Deren Ehegatte und minderjährige Kinder können mit eingebürgert werden, auch wenn sie sich noch keine acht Jahre im Inland aufhalten. Grundvoraussetzung für eine Einbürgerung ist der rechtmäßige, auf Dauer angelegte Aufenthalt gemäß den einschlägigen ausländerrechtlichen Vorschriften.

Durchschnittsalter der Gasthörerinnen und Gasthörer an Hochschulen steigt auf 61 Jahre

In Rheinland-Pfalz gibt es immer weniger Gasthörerinnen und Gasthörer. Im Wintersemester 2010/11 besuchten nur noch 645 Personen im Rahmen eines Gaststudiums Lehrveranstaltungen der rheinland-pfälzischen Hochschulen. Das waren 32

weniger als ein Jahr zuvor (-4,7 Prozent). Die Zahl der Gasthörerinnen und -hörer erreichte damit einen neuen Tiefststand seit der erstmaligen Erhebung im Jahr 1992/93.

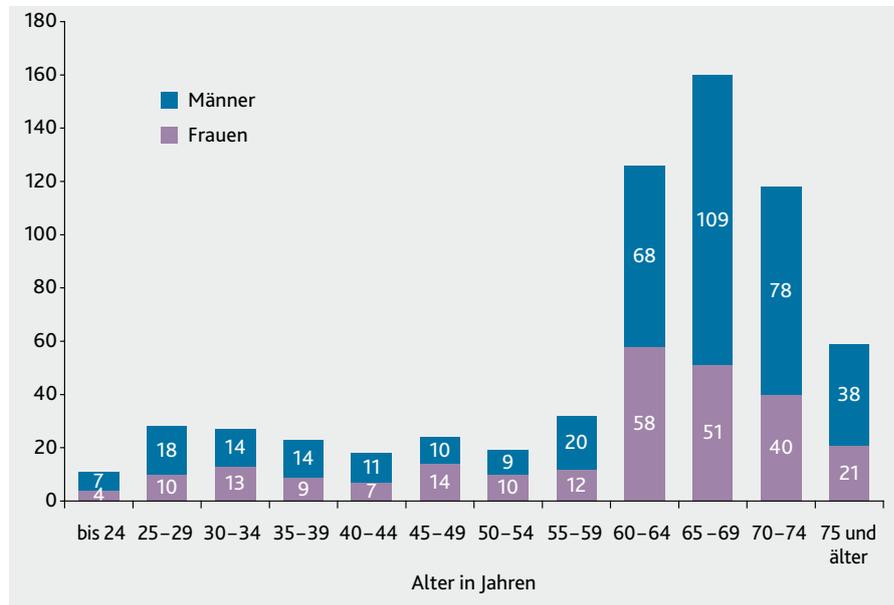
Das Durchschnittsalter der Gasthörerinnen und -hörer lag im Wintersemester 2010/11 bei 60,6 Jahren (Vorjahr: 59,7 Jahre). Am stärksten vertreten war mit einem Anteil von 24,8 Prozent die Altersgruppe der 65- bis 69-jährigen, gefolgt von den 60- bis 64-jährigen (19,5 Prozent) und den Menschen im Alter von 70 bis 74 Jahren (18,3 Prozent). Immerhin 9,1 Prozent der Gasthörerinnen und -hörer hatten bereits das 75. Lebensjahr vollendet.

Fast zwei Drittel der Hörerinnen und Hörer waren Männer (61,4 Prozent)

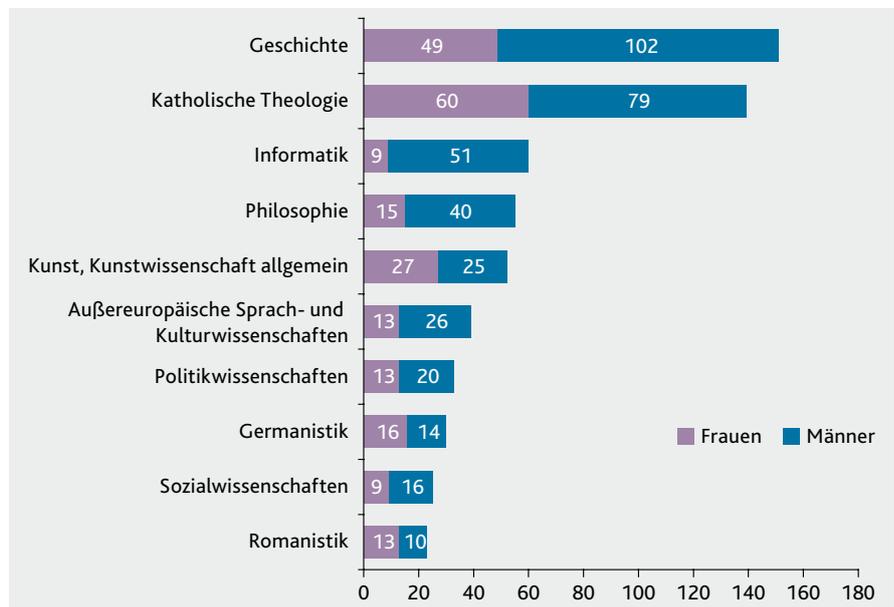
Am häufigsten wurden mit einem Anteil von 17,9 Prozent Veranstaltungen der Fachrichtung Geschichte belegt. Ebenfalls sehr beliebt waren die Fachrichtungen Katholische Theologie (16,5 Prozent), Informatik (7,1 Prozent) und Philosophie (6,5 Prozent). Da sich zahlreiche Hörerinnen und Hörer in mehreren Fachrichtungen einschrieben, ergab sich eine Gesamtzahl von 842 Belegungen.

Die meisten Gaststudierenden (209) waren an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz eingeschrieben. Relativ viele der Gasthörerinnen und -hörer bildeten sich an der Universität Trier (192), der Theologischen Fakultät Trier (83) und der Fachhochschule Trier (54) weiter.

Gasthörer im Wintersemester 2010/11 nach Altersgruppen und Geschlecht



Die zehn am häufigsten von Gasthörern belegten Fachrichtungen im Wintersemester 2010/11 nach Geschlecht



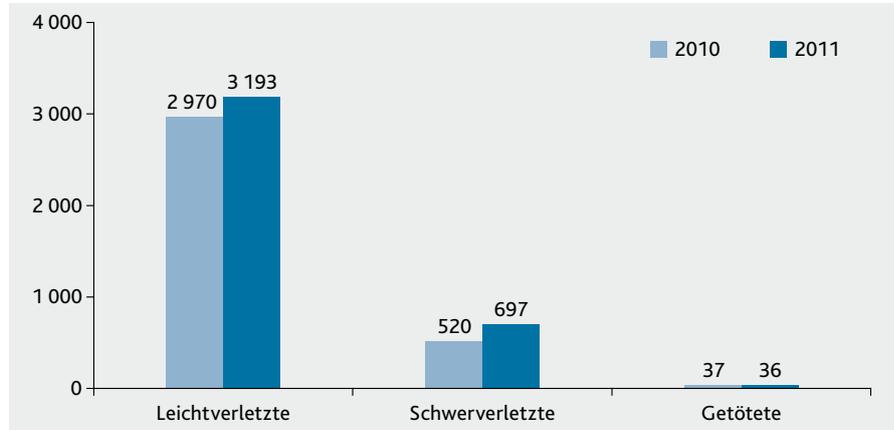
Gasthörerinnen und -hörer dürfen auch ohne allgemeine Hochschulreife Lehrveranstaltungen und Kurse an Hochschulen besuchen. Sie können jedoch keine Prüfungen ablegen. Mit dem Angebot des Gasthörerstudiums leis-

ten die Hochschulen einen wichtigen Beitrag zur Förderung des lebenslangen Lernens. Für das Gasthörerstudium können seit dem Wintersemester 2004/05 Gebühren von bis zu 250 Euro je Semester erhoben werden.

Weniger Straßenverkehrsunfälle mit mehr Verletzte

Im ersten Vierteljahr 2011 verloren in Rheinland-Pfalz 36 Menschen im Straßenverkehr ihr Leben, das war ein Todesopfer weniger als von Januar bis März 2010. Die Zahl der Schwerverletzten stieg dagegen um 34 Prozent auf 697 Personen an. Leicht verletzt wurden 3 193 Unfallbeteiligte (+7,5 Prozent). Insgesamt registrierte die Polizei im ersten Quartal fast 30 000 Unfälle (-1 Prozent).

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis März 2010 und 2011



Zensus 2011 aktuell**Gebäude- und Wohnungszählung: Drei Viertel der Fragebogen wurden bereits ausgefüllt
Erinnerungsschreiben an rund 200 000 Eigentümer und Verwalter**

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz beginnt in diesen Tagen mit dem Versand der Erinnerungsschreiben an Wohneigentümer und Verwalter, die noch keine Meldungen zur laufenden Gebäude- und Wohnungszählung abgegeben haben. „Bislang haben wir knapp 1,2 Millionen Antworten erhalten, davon rund ein Drittel online“, erklärt Präsident Jörg Berres. Insgesamt hatte das Amt im Rahmen des Zensus 2011 rund 1,4 Millionen Fragebögen an Eigentümer und Verwalter versendet. Eine Rücklaufquote von rund 80 Prozent bezeichnet Berres als sehr gutes Ergebnis. „Das noch fehlende Fünftel bekommt Mitte Juni ein freundliches Erinnerungsschreiben“, so Berres. Er setzt darauf, dass danach die meisten der ausstehenden Meldungen eingehen werden und die Einleitung von Verwaltungsmaßnahmen zur Durchsetzung der Auskunftspflicht daher die Ausnahme sein wird.

Berres dankt allen Bürgerinnen und Bürgern, die bisher die Fragen im Rahmen des Zensus 2011 beantwortet haben, sei es als Wohneigentümer, Verwalter oder Teilnehmer an der Haushaltebefragung bzw. der Erhebung in Gemeinschaftsunterkünften. Für Fragen steht weiterhin der Zensus-Auskunftsdienst unter der Telefonnummer 02603-714000 zur Verfügung. Bislang wurden dort rund 50 000 Anrufe entgegengenommen.

Nachversand von Fragebögen

Neben den Erinnerungen wird das Statistische Landesamt in den nächsten Wochen auch noch einmal eine

größere Zahl an Fragebögen versenden. Dieser Nachversand hat verschiedene Ursachen. Zum einen meldeten sich zahlreiche Eigentümerinnen und Eigentümer beim Zensus-Auskunftsdienst, die den Fragebogen versehentlich weggeworfen oder anderweitig unbrauchbar gemacht haben. „Die Bandbreite reicht hier vom Kaffeefleck über verschriebene Bögen bis hin zum Hund, der das Schreiben zerfetzt hat“, so Berres. Außerdem werden neue Eigentümerinnen und Eigentümer angeschrieben, die erst in den zurückliegenden Monaten ihre Immobilie gekauft haben und daher noch nicht in der Adressliste des Amtes verzeichnet waren. Grundlage für diese Anschreiben sind die Rückmeldungen der früheren Eigentümer. Ein weiterer Grund sind Eigentümer, auf deren Grundstück weitere Wohngebäude vorhanden sind. Schließlich gab es bundesweit Immobilien, denen aus den Registern der Grundsteuerverwaltung, der Abfallentsorger und der Katasterverwaltung kein bzw. nicht die korrekten Eigentümer zugeordnet werden konnten.

„Wir stoßen aus Effizienzgründen für alle diese Fälle eine zweite zentrale Versandwelle an“, so Berres, der um Verständnis dafür bittet, dass die neuen Fragebögen erst nach den Erinnerungsschreiben eingehen können. Der Präsident verweist in diesem Zusammenhang auch darauf, dass es Eigentümer geben kann, die gar kein Anschreiben erhalten. Das sei beispielsweise dann der Fall, wenn die Verwalter von Eigentumswohnungen das Ausfüllen der Fragebögen übernehmen.

Verbraucherpreise im Mai 2011

Die Verbraucherpreise sind im Mai gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,1 Prozent gestiegen. Damit liegt die Jahresteuersatzrate den vierten Monat in Folge über der für die Geldpolitik wichtigen Marke von zwei Prozent.

Wesentlich hierzu beigetragen hat der Anstieg der Preise für Kraftstoffe und Haushaltsenergie. So verteuerten sich Kraftstoffe binnen Jahresfrist um 12,1 Prozent. In der Folge erhöhten sich die Preise für Waren und Dienstleistungen rund um den Verkehr insgesamt um 4,3 Prozent. Auch die Preise für Haushaltsenergie (Strom, Gas, Öl und andere Brennstoffe) legten im Vergleich zum Mai 2010 spürbar zu. Die Gaspreise erhöhten sich um 3,1 Prozent, während die Preise für Strom um 8,6 Prozent, für Heizöl sogar um 19 Prozent stiegen.

Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke lagen im Mai 2011 im Schnitt 2,2 Prozent höher als vor einem Jahr. Deutlich teurer wurden Speisefette und -öle (+18 Prozent), wie Butter (+27,7 Prozent) oder Sahne (+11,2 Prozent). Günstig für die Verbraucherinnen und Verbraucher entwickelten sich hingegen die Preise für Gemüse (-2,2 Prozent).

Gegenüber dem Vormonat sank der Verbraucherpreisindex um 0,2 Prozent. Preisrückgänge waren vor allem in der Hauptgruppe „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (-1,6 Prozent) festzustellen. Verteuert haben sich demgegenüber unter anderem Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+0,5 Prozent) sowie alkoholische Getränke und Tabakwaren (+0,8 Prozent).

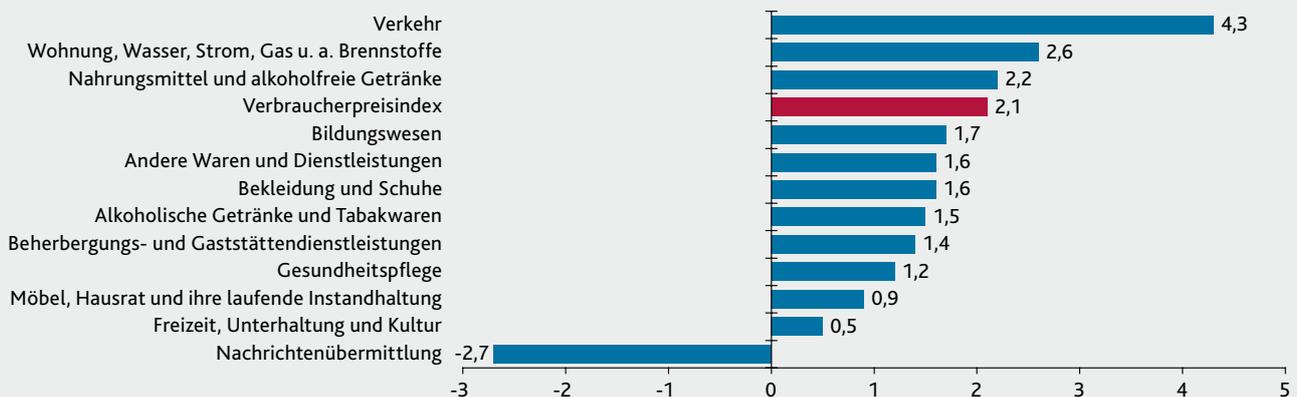
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Mai 2011

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber Mai 2010 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

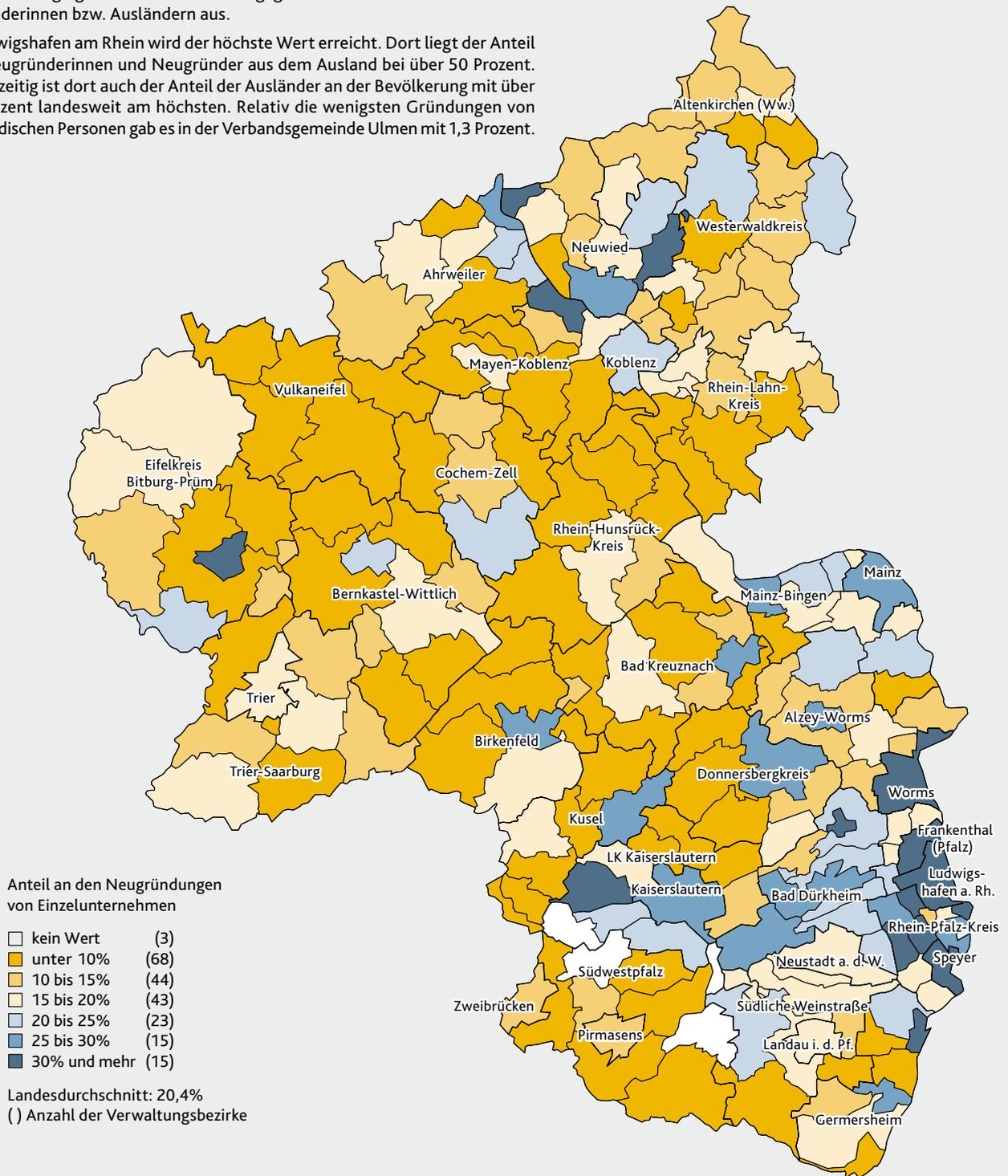


Neugründungen von Einzelunternehmen durch ausländische Gewerbetreibende 2010 nach Verwaltungsbezirken

Jedes fünfte Einzelunternehmen wird von einer Ausländerin oder einem Ausländer gegründet

Im Jahr 2010 gingen 20 Prozent der neu gegründeten Einzelunternehmen von Ausländerinnen bzw. Ausländern aus.

In Ludwigshafen am Rhein wird der höchste Wert erreicht. Dort liegt der Anteil der Neugründerinnen und Neugründer aus dem Ausland bei über 50 Prozent. Gleichzeitig ist dort auch der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung mit über 20 Prozent landesweit am höchsten. Relativ die wenigsten Gründungen von ausländischen Personen gab es in der Verbandsgemeinde Ulmen mit 1,3 Prozent.



Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2010

Von Dr. Ludwig Böckmann, Romy Feldmann, Dr. Birgit Hübberts, Werner Kertels, Thomas Kirschey, Simone Maier, Dr. Julia Stoffel und Dr. Stefan Weil

Nachdem die Konjunktur in Rheinland-Pfalz 2009 ganz im Zeichen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise stand, kam es 2010 zu einer überraschend schnellen und kräftigen Erholung. Insbesondere über die Exporte hat der weltweite Aufschwung auch die heimische Wirtschaft erfasst. Die preisbereinigte Wertschöpfung legte kräftig zu und überstieg sogar das Vorkrisenniveau. Den größten Beitrag hierzu leistete die Industrie, die zuvor am härtesten von der Wirtschaftskrise getroffen worden war. Der Arbeitsmarkt hatte sich aufgrund seiner Flexibilität in der Wirtschaftskrise gut gehalten. Mit dem starken Aufschwung wurden die leichten Beschäftigungsrückgänge schnell wieder aufgeholt und sogar ein Zuwachs erzielt. Die Verbraucherpreise, die als Maß für die Geldentwertung herangezogen werden, sind trotz des starken Aufschwungs nur moderat gestiegen.

Dieser Beitrag ist eine Kurzfassung der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2010“. Die Analyse gibt einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der zentralen gesamtwirtschaftlichen Indikatoren, wie Bruttoinlandsprodukt, Preise und Arbeitslosenquote, sowie über die Entwicklung aller wichtigen Wirtschaftsbereiche des Landes.

Wertschöpfung

Die Immobilien- und Finanzkrise in den USA hat im Winterhalbjahr 2008/2009 zu einem historischen Einbruch der Wirtschaftsleistung geführt. Die deutsche wie auch die rheinland-pfälzische Wirtschaft haben die globale Wirtschaftskrise schneller als erwartet überwunden. Durch das kräftige Wirtschaftswachstum im Berichtsjahr konnte der Rückgang der Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz rasch wieder ausgeglichen und das Vorkrisenniveau erreicht werden.

Aufschwung nach der Krise

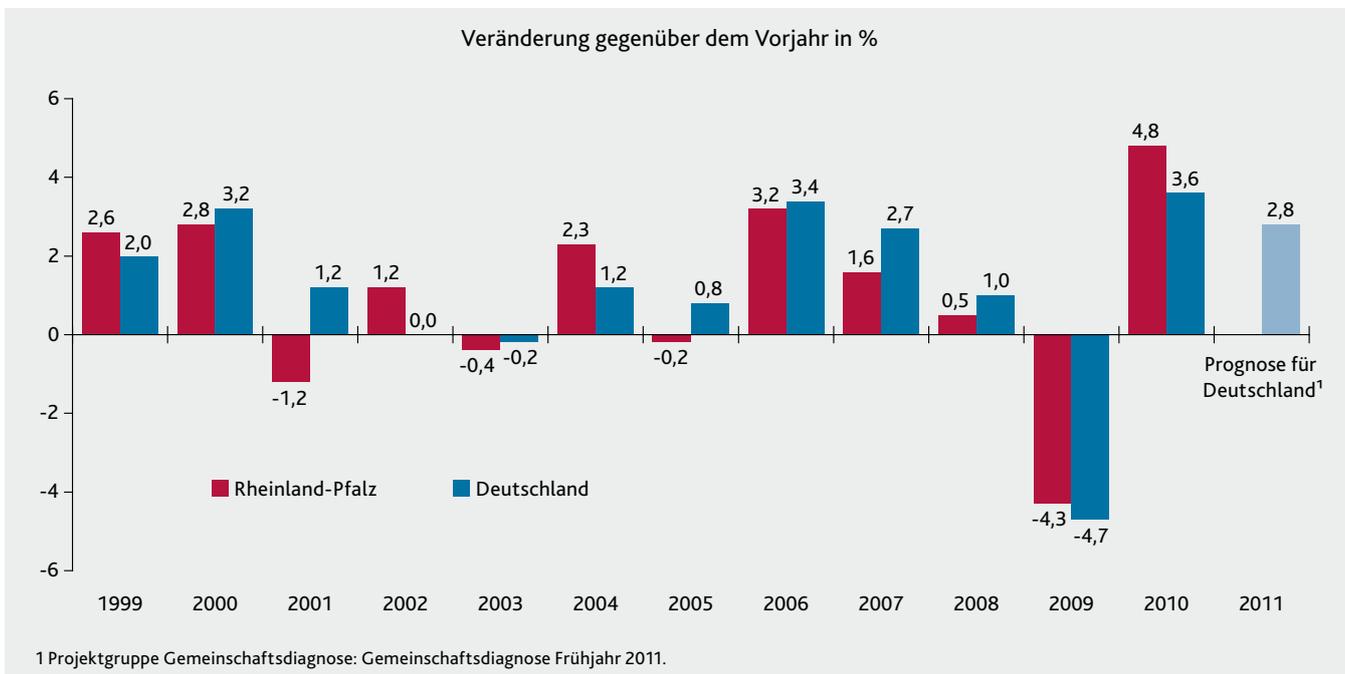
Die rheinland-pfälzische Wirtschaft hat sich von dem stärksten wirtschaftlichen Einbruch der Nachkriegszeit überraschend schnell erholt. Das Bruttoinlandsprodukt stieg 2010 preisbereinigt um 4,8 Prozent, nachdem es im Jahr 2009 um 4,3 Prozent geschrumpft war.

Nach einer ersten noch vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ lag

Wirtschaft
hat Rezession
wettgemacht

G 1

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1999–2011



das rheinland-pfälzische Wachstum über dem durchschnittlichen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland (+3,6 Prozent) und auch über dem der alten Länder ohne Berlin (+3,9 Prozent).

Nominales Bruttoinlandsprodukt auf 107,6 Milliarden Euro gestiegen

Nominal stieg das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr um knapp 5,6 Milliarden Euro bzw. 5,4 Prozent auf 107,6 Milliarden Euro (Deutschland: +4,2 Prozent). Damit lag der Wert der in Rheinland-Pfalz erbrachten wirtschaftlichen Leistung im Berichtsjahr über dem Niveau des Jahres 2008. Vielfach war erwartet worden, dass das Aufholen des starken Einbruchs der Wertschöpfung mehrere Jahre in Anspruch nehmen würde.

Verarbeitendes Gewerbe ist Wachstumsmotor

Maßgeblichen Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Erholung in Rheinland-Pfalz hatte die Industrie. Die Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe stieg 2010 preisbereinigt um gut 16 Prozent (Deutschland: +11 Prozent). In jeweiligen Preisen lag der Wert der erbrachten Leistungen um 3,7 Milliarden Euro über dem des Vorjahres, aber noch rund 1,1 Milliarden Euro unter dem Niveau von 2008. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung ist dadurch von 21 auf 24 Prozent gestiegen; vor der Krise hatte er noch bei gut 25 Prozent gelegen. Zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum hat die Industrie im vergangenen Jahr rund zwei Drittel beigetragen.

Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe steigt preisbereinigt um 16 Prozent

Wichtige Impulse für die Steigerung der industriellen Produktion kamen über den Export. Im Krisenjahr wurde die rheinland-pfälzische Industrie durch ihre hohe Exportabhängigkeit noch besonders hart von dem weltweiten Einbruch der Nachfrage nach Vorleistungs- und Investitionsgütern getroffen. Im Berichtsjahr haben

Hohe Exportabhängigkeit

T 1

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2010 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	In jeweiligen Preisen			Preisbereinigt	
	Rheinland-Pfalz	Deutschland	Rheinland-Pfalz	Deutschland	
	Mill. EUR	Veränderung zu 2009 in %			
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	107 631	5,4	4,2	4,8	3,6
Bruttowertschöpfung insgesamt	96 478	5,8	4,6	5,2	4,0
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	1 413	9,2	12,5	-1,3	-0,3
produzierendes Gewerbe	29 588	14,5	10,2	12,5	8,8
produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	25 237	17,7	12,1	15,0	10,1
verarbeitendes Gewerbe	22 989	19,0	13,4	16,2	11,3
Baugewerbe	4 351	-0,9	0,5	0,3	1,7
Dienstleistungsbereiche	65 477	2,3	2,5	2,3	2,3
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	15 881	1,3	3,1	1,8	3,2
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	24 393	2,3	2,3	2,2	1,9
öffentliche und private Dienstleister	25 203	2,8	2,4	2,7	2,1

die Ausfuhren wesentlich zu der kräftigen Erholung beigetragen. Die Auslandsumsätze des verarbeitenden Gewerbes nahmen in Rheinland-Pfalz um 28 Prozent zu (Deutschland: +20 Prozent); die Inlandserlöse zogen um elf Prozent an (Deutschland: +10 Prozent).

Nur leichter Zuwachs im Baugewerbe

Nur ein geringes Wachstum gab es dagegen im Baugewerbe. Preisbereinigt stieg die Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz um 0,3 Prozent (Deutschland: +1,7 Prozent). Das Baugewerbe trägt 4,5 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei. Innerhalb des Baugewerbes hat sich das Ausbaugewerbe günstiger entwickelt. In Rheinland-Pfalz stieg der Gesamtumsatz hier um gut vier Prozent. Im Bauhauptgewerbe stagnierten die Umsätze dagegen etwa auf dem Vorjahresniveau.

In der Land- und Forstwirtschaft verlief die preisbereinigte Entwicklung in Rheinland-Pfalz mit -1,3 Prozent etwas ungünstiger als im gesamten Bundesgebiet (-0,3 Prozent).

Positive Wachstumsbeiträge auch im Dienstleistungssektor

Von den Dienstleistungsbranchen, die im Jahr 2009 nicht so stark vom Konjunkturerbruch betroffen waren wie das produzierende Gewerbe, kamen im vergangenen Jahr ebenfalls wieder positive Wachstumsbeiträge. Nach einem Rückgang um 0,6 Prozent im Jahr 2009 stieg die Bruttowertschöpfung der Dienstleister im Berichtsjahr preisbereinigt um 2,3 Prozent (Deutschland: ebenfalls +2,3 Prozent). Insgesamt entfallen auf die Dienstleister rund 68 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung.

Mit einem preisbereinigten Wachstum von 1,8 Prozent (Deutschland: +3,2 Prozent) verlief die Entwicklung im Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ etwas ungünstiger als in den übrigen Dienstleistungsbranchen. Dieser Bereich trägt gut 16 Prozent zur Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz bei. Aus dem Handel kamen im Berichtsjahr nur geringe Wachstumsimpulse. Zurückzuführen ist dies

„Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ wächst um 1,8 Prozent

insbesondere auf die nach Auslaufen der sogenannten Abwrackprämie rückläufige Umsatzentwicklung im Kraftfahrzeughandel. Die Prämie hatte im Jahr 2009 in diesem Bereich noch zu einem leichten Zuwachs geführt. Dagegen konnte der Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ einen deutlichen Anstieg verbuchen. Im Vorjahr war dieser Bereich stark von der Wirtschaftskrise betroffen (-6,8 Prozent), weil durch den Einbruch der Industrieproduktion auch weniger Transport- und Logistikleistungen nachgefragt wurden.

„Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“: +2,2 Prozent

Der Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ (Wertschöpfungsanteil: 25 Prozent), in dem es 2009 ebenfalls einen realen Rückgang der Bruttowertschöpfung gegeben hatte, konnte 2010 wieder einen realen Zuwachs verzeichnen. Hier stieg die Wirtschaftsleistung preisbereinigt um 2,2 Prozent (Deutschland: +1,9 Prozent). Eine günstige Entwicklung war sowohl im Kredit- und Versicherungsgewerbe als auch bei dem gewichtigeren Teilbereich „Grundstückswesen, Vermietung und Dienstleister für Unternehmen“ festzustellen (zu Letzteren zählen Softwarehäuser, Unternehmensberater, Ingenieurbüros und Ähnliche).

„Öffentliche und private Dienstleister“: +2,7 Prozent

Den kräftigsten Zuwachs in dem großen Dienstleistungssektor hatte im vergangenen Jahr der Bereich „Öffentliche und private Dienstleister“ zu verzeichnen (Wertschöpfungsanteil: 26 Prozent). Die „Öffentlichen und privaten Dienstleister“ steigerten ihre Bruttowertschöpfung preisbereinigt um 2,7 Prozent (Deutschland: +2,1 Prozent).

Arbeitsproduktivität deutlich gestiegen

Im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs ist die Zahl der Erwerbstätigen im vergangenen Jahr wieder leicht gestiegen (+12 200 bzw. 0,7 Prozent mehr als 2009; Deutschland: +0,5 Prozent).

Da die Personenzahl zunahm, ist die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, nicht ganz so stark gestiegen wie das absolute Bruttoinlandsprodukt. In Rheinland-Pfalz ist diese Arbeitsproduktivität im Jahr 2010 um 4,1 Prozent gestiegen (Deutschland: +3,1 Prozent), nachdem im Jahr zuvor ein Rückgang um 4,1 Prozent zu verzeichnen war. In jeweiligen Preisen bewertet, erwirtschaftete ein in Rheinland-Pfalz arbeitender Erwerbstätiger im Berichtsjahr im Durchschnitt 57 739 Euro (Deutschland: 61 725 Euro), das waren 2 618 Euro mehr als 2009 (Deutschland: +2 201 Euro).

Arbeitsproduktivität nimmt um 4,1 Prozent zu

Bei der Interpretation der so berechneten Arbeitsproduktivität ist jedoch zu beachten, dass Veränderungen des Arbeitsvolumens darin nicht berücksichtigt sind. Das Arbeitsvolumen, das die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen umfasst, hat als Bezugsgröße für die Produktivität des Faktors Arbeit eine höhere Aussagekraft als die Zahl der Erwerbstätigen, insbesondere bei intertemporalen Vergleichen.

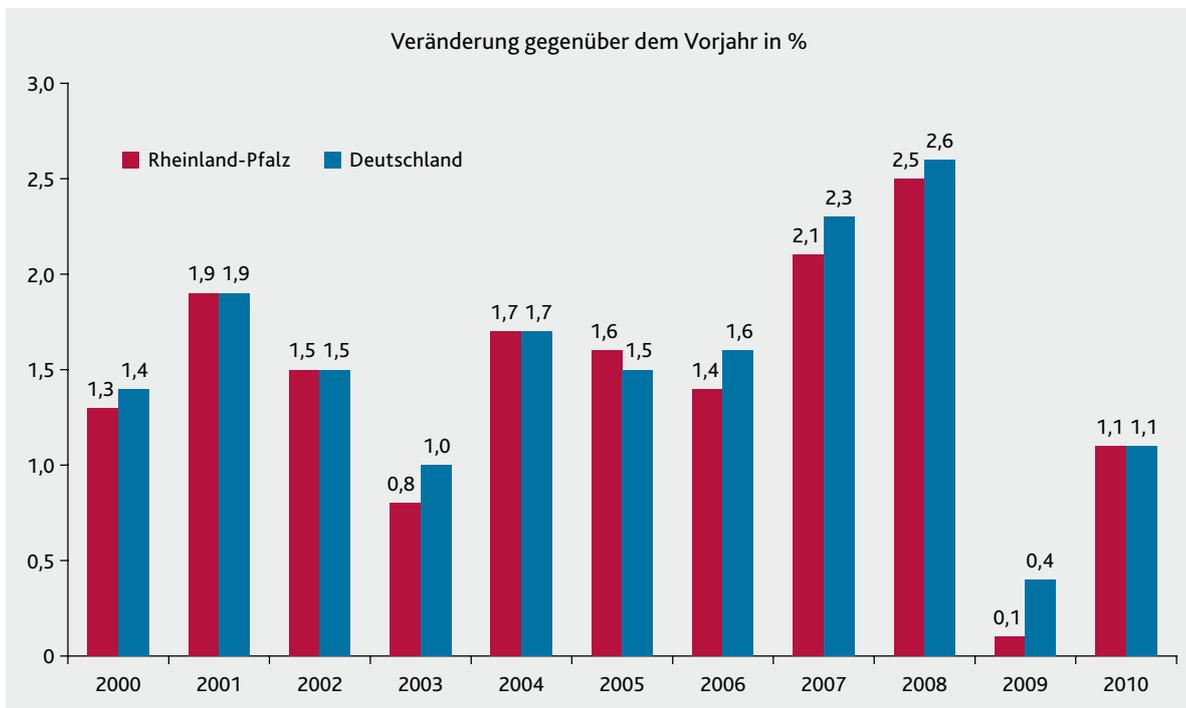
Insgesamt wurden im Jahr 2010 in Rheinland-Pfalz 2,59 Milliarden Arbeitsstunden geleistet, das waren knapp 62 Millionen Stunden bzw. 2,4 Prozent mehr als im Vorjahr (Deutschland: +2,6 Prozent). Im Durchschnitt leistete jeder Erwerbstätige 25 Stunden bzw. 1,8 Prozent mehr als 2009.

Geleistete Arbeitsstunden erhöhen sich um 2,4 Prozent

Wegen der kräftigeren Zunahme des Arbeitsvolumens stieg die Wirtschaftsleistung je geleisteter Arbeitsstunde der Erwerbstätigen nicht so stark wie in Relation zur Erwerbstätigenzahl. Je Erwerbstätigenstunde errechnet sich für Rheinland-Pfalz eine Wirtschaftsleistung von 41,52 Euro (Deutschland: 43,51 Euro). Preisbereinigt bedeutet dies einen Anstieg um 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr (Deutschland: +1 Prozent).

G 2

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2000–2010



Entwicklung der Preise

Die Preisentwicklung wurde nach der weltweiten Wirtschaftskrise in erster Linie durch die Verteuerung der Rohstoffe und Vorleistungsgüter bestimmt. Trotz der starken Preiserhöhungen für Heizöl und Kraftstoffe blieb der Anstieg allerdings deutlich hinter der für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bedeutsamen Zwei-Prozent-Marke zurück.

Anstieg der Verbraucherpreise stärker als im Vorjahr

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz: +1,1 Prozent

Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz ist im Jahresdurchschnitt 2010 im Vorjahresvergleich um 1,1 Prozent gestiegen (Deutschland: ebenfalls +1,1 Prozent). Im Jahr davor hatte die Teuerungsrate nur +0,1 Prozent betragen; das war der niedrigste

Anstieg seit Beginn der Berechnung eines rheinland-pfälzischen Verbraucherpreisindex im Jahr 1995.

Höchste Teuerungsrate zum Jahresende

Der Anstieg des Verbraucherpreisindex lag in Rheinland-Pfalz im Jahresverlauf 2010 durchweg deutlich unterhalb der Zwei-Prozent-Marke. Die Entwicklung knüpfte in den ersten Monaten des Jahres 2010 an den Verlauf der letzten Monate des Vorjahres an. Im Januar und Februar wurde ein Plus von 0,7 bzw. 0,6 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat festgestellt. Danach verstärkte sich der Anstieg von März bis Oktober in einem engen Korridor von +1 bis +1,3 Prozent. Zum Jahresende wurden

Höchster Preisanstieg im Dezember: +1,7 Prozent

mit +1,4 Prozent im November und +1,7 Prozent im Dezember die höchsten Teuerungsraten registriert.

Preise für Heizöl und Kraftstoffe ziehen kräftig an

Die Preisentwicklung wurde im Berichtsjahr in erster Linie durch die Energiepreise bestimmt. Gegenüber dem Vorjahr verteuerten sich Haushaltsenergie und Kraftstoffe zusammen um vier Prozent. Der stärkste Einfluss ging dabei auf die Preise für Heizöl und Kraftstoffe zurück. Deren Höchststände wurden jeweils im Dezember erreicht. Zudem gab es aber auch in den Monaten April bis Juni sowie im November ein sehr hohes Preisniveau. Die Heizölpreise zogen im Jahresdurchschnitt um 23 Prozent an; Kraftstoffe verteuerten sich um zwölf Prozent. Die stärksten Preisanstiege gegenüber dem Vorjahresmonat wurden mit +35 bzw. +19 Prozent jeweils im März ermittelt.

Verbraucherpreisentwicklung verläuft in den Waren- und Dienstleistungsgruppen sehr unterschiedlich

Preise für „Verkehr“ sowie für „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ steigen am stärksten

Die Gliederung nach den zwölf Hauptgruppen des Verbraucherpreisindex zeigt für neun Bereiche gegenüber dem Vorjahr steigende Preise. Die höchste Teuerungsrate gab es in der Hauptgruppe „Verkehr“ mit +3,7 Prozent. Weitere überdurchschnittliche Preissteigerungen wurden in den Bereichen „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+1,6 Prozent), „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+1,3 Prozent) sowie „Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung“ (+1,2 Prozent) festgestellt. Im Bereich „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“, der mit 31 Prozent den größten Wägungsanteil im Verbraucherpreisindex hat, stiegen die Preise mit +0,9 Prozent unterdurchschnitt-

lich. Vor allem im Bereich „Nachrichtenübermittlung“ (-2 Prozent) sowie – wegen der Sonderentwicklung aufgrund der Abschaffung von Kindergartenbeiträgen – im Bereich „Bildungswesen“ (-12 Prozent) waren die Preise niedriger als im Vorjahr.

Auch weitere wichtige Preisindizes entwickeln sich uneinheitlich

Um einen Überblick über das weitere Preisgeschehen in Deutschland zu geben, wird hier die Entwicklung wichtiger Preisindizes dargestellt, für die allerdings keine Landeswerte vorliegen.

Weitere Preisindizes liegen nur für Deutschland vor

Der Anstieg der Preise für Bauleistungen am Bauwerk fiel 2010 im Hochbau ähnlich aus wie im Jahr davor. Die Preise für Bauleistungen an Wohngebäuden verteuerten sich um ein Prozent, nach +0,9 Prozent im Jahr 2009. Bei Gebäuden konventioneller Bauart gab es einen Anstieg des Preisindex für Rohbauarbeiten um 0,9 Prozent, der Preisindex für Ausbauarbeiten erhöhte sich um 1,2 Prozent.

Bauleistungen an Wohngebäuden verteuern sich um ein Prozent

Der Index der Einfuhrpreise lag im Jahresdurchschnitt 2010 um 7,8 Prozent über dem Niveau des Vorjahres (2009: -8,6 Prozent). Die größten Preissteigerungen waren mit +26 Prozent bei Rohstoffen und Halbwaren zu verzeichnen. Demgegenüber erhöhten sich die Preise für Fertigwaren mit +2,3 Prozent nur leicht.

Importpreise: +7,8 Prozent

In der Folge gab es auch bei den Erzeugerpreisen gewerblicher Produkte wieder einen Verteuerung um 1,6 Prozent. Die Preise für Energie stiegen im Vorjahresvergleich um 1,4 Prozent. In der Gliederung nach industriellen Hauptgruppen erhöhten sich die Preise für Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten mit +3,9 Prozent am kräftigsten.

Preise für gewerbliche Erzeugnisse um 1,6 Prozent höher als im Vorjahr

Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt

Der rheinland-pfälzische Arbeitsmarkt zeigte sich in den vergangenen beiden Jahren flexibler als viele Experten erwartet hatten. Durch diese Flexibilität konnten Arbeitgeber während der Rezession die Auslastung ihrer Produktionskapazitäten rasch anpassen und dadurch Mitarbeiter über die Wirtschaftskrise hinweg halten. Damit war es den Unternehmen aber auch möglich, auf den überraschend schnellen konjunkturellen Aufschwung zügig zu reagieren, indem sie ihre Personalressourcen wieder besser auslasteten.

Erwerbstätigkeit erreicht neuen Höchststand

Erwerbstätigkeit auf Rekordniveau

Im Jahr 2010 standen wieder mehr Menschen in Lohn und Brot als im Jahr zuvor. Mit 1,86 Millionen lag die Zahl der erwerbstätigen Personen mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz um 12 200 bzw. 0,7 Prozent über dem Vorjahresniveau (Deutschland: +0,5 Prozent). Dieser Zuwachs machte nicht nur den Rückgang der Erwerbstätigkeit im Krisenjahr wett, sondern ließ die Zahl der erwerbstätigen Personen auf einen neuen Rekordwert steigen.

Weniger Erwerbstätige im verarbeitenden Gewerbe

An der insgesamt guten Entwicklung der Erwerbstätigenzahl konnten sich nicht alle Branchen erfreuen, denn die Rezession hat die einzelnen Wirtschaftsbereiche unterschiedlich hart getroffen. So gingen 2010 in dem von der Krise stark gebeutelten produzierenden Gewerbe weitere 3 000 Arbeitsplätze verloren (-0,6 Prozent; Deutschland: -1,1 Prozent). Diese Jobverluste fanden in erster Linie im stark exportorientierten verarbeitenden Gewerbe statt (-4 400 Erwerbstätige bzw. -1,3 Prozent; Deutschland: -1,8 Prozent). Die Erwerbstätigenzahl

im Baugewerbe erhöhte sich dagegen um 1,9 Prozent (Deutschland: +1,4 Prozent); diese Branche hat vermutlich von den Konjunkturprogrammen der Bundesregierung profitieren können.

Der Dienstleistungssektor erwies sich 2010 erneut als Jobmotor und konnte die Beschäftigungsverluste im primären und sekundären Sektor mehr als ausgleichen. Im Berichtsjahr waren in den Dienstleistungsbereichen 15 800 Menschen mehr erwerbstätig als ein Jahr zuvor (+1,2 Prozent; Deutschland: +1,1 Prozent). Mit einem Plus von 6 700 bzw. 3,4 Prozent fiel die Zunahme am deutlichsten im Unterbereich „Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister“ aus (Deutschland: +3,1 Prozent), in dem die sogenannten Zeit- und Leiharbeiter statistisch erfasst werden, obwohl sie vermutlich überwiegend im produzierenden Gewerbe arbeiten. Da die Zeitarbeitsbranche im Krisenjahr besonders stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, ist dort nach der Krise großes Wachstumspotenzial vorhanden.

Großes Beschäftigungsplus in der Zeitarbeitsbranche

Im Berichtsjahr ist die Zahl der abhängig beschäftigten Arbeitnehmer im Land überdurchschnittlich um 0,8 Prozent gestiegen (Deutschland: +0,6 Prozent). Die Zahl der Arbeitnehmer wuchs damit stärker als die Gesamtzahl der Erwerbstätigen. Gleichzeitig verringerte sich die Zahl der Selbstständigen im Land um 0,2 Prozent (Deutschland: +0,2 Prozent).

Mehr Arbeitnehmer, weniger Selbstständige

Wieder mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Im Jahr 2010 waren in Rheinland-Pfalz 1,22 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die sozialversi-

Vollzeitbeschäftigung nimmt wieder zu

T 2

Erwerbstätige am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2010
nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich (WZ 2003)	Erwerbstätige			
	Rheinland-Pfalz			Deutschland
	insgesamt	Veränderung zu 2009		
	1 000	%		
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	51,5	-0,7	-1,3	-1,4
Produzierendes Gewerbe	469,5	-3,0	-0,6	-1,1
produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	356,2	-5,1	-1,4	-1,7
verarbeitendes Gewerbe	343,6	-4,4	-1,3	-1,8
Baugewerbe	113,3	2,1	1,9	1,4
Dienstleistungsbereiche	1 343,1	15,8	1,2	1,1
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	460,3	-0,5	-0,1	-0,2
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	251,5	6,7	2,7	2,4
öffentliche und private Dienstleister	631,3	9,7	1,6	1,5
Insgesamt	1 864,1	12,2	0,7	0,5

cherungspflichtig Beschäftigten bilden die größte Teilgruppe der Arbeitnehmer bzw. Erwerbstätigen. Ihre Zahl ist in Rheinland-Pfalz mit +1,4 Prozent im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich gestiegen (Deutschland: +1,2 Prozent). Damit wurde der seit 2006 anhaltende Beschäftigungsausbau durch die Wirtschaftskrise nur vorübergehend gestoppt. Gegenüber dem Vorjahr ist zwar auch die Vollzeitbeschäftigung wieder gestiegen (+0,8 Prozent; Deutschland: +0,6 Prozent), jedoch wesentlich geringer als die Teilzeitbeschäftigung mit einem Plus von 3,6 Prozent (Deutschland: +3,6 Prozent). Der Trend steigender Teilzeitbeschäftigung dürfte mit der Entwicklung der Branchenstruktur zu Gunsten des tertiären Sektors zusammenhängen.

Kurzarbeit
kräftig zurück-
gefahren

Das arbeitsmarktpolitische Instrument Kurzarbeit wurde nicht nur im Krisenjahr 2009, sondern auch 2010 von Unternehmen

genutzt, um ihre Belegschaft zu halten. Die Zahl der Kurzarbeiter lag 2010 zwar noch auf relativ hohem Niveau, dennoch ist sie im Laufe des Jahres kräftig gesunken. Im Oktober 2010 – das sind die aktuellsten Zahlen – wurden 8 900 Kurzarbeiter gezählt, das waren 33 000 weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat.

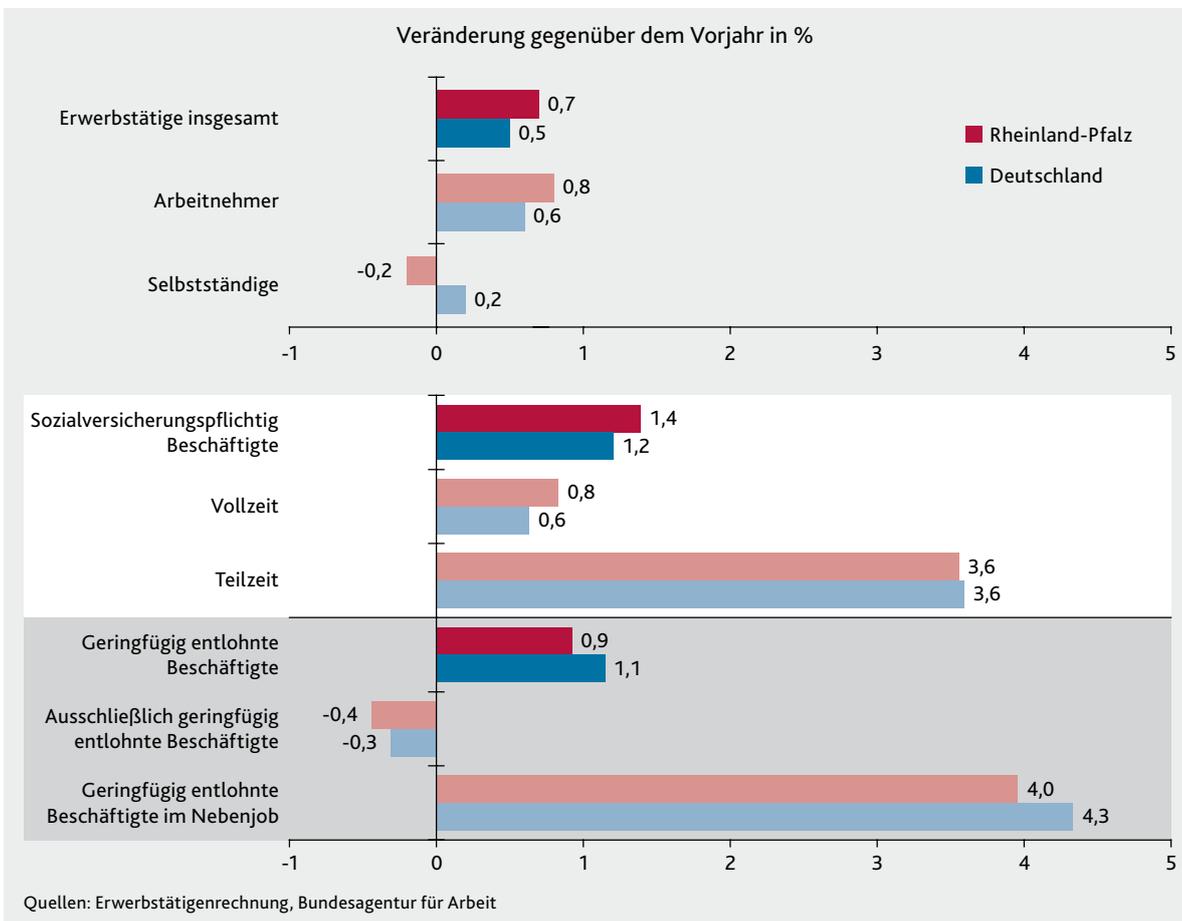
Mehr geringfügig entlohnte Beschäftigte

Im Berichtsjahr erhöhte sich die geringfügig entlohnte Beschäftigung in Rheinland-Pfalz um 0,9 Prozent, also weniger als in Deutschland insgesamt (+1,1 Prozent). Demnach befanden sich 373 800 Menschen in einem solchen Beschäftigungsverhältnis, das waren 3 400 mehr als im Jahr 2009. Die Untergruppe „ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung“ verkleinerte sich 2010 um 0,4 Prozent (Deutschland: -0,3 Prozent). Die Zahl derer, die ihr Einkommen mit einem Nebenjob aufbessern, erhöhte

Zahl der
Nebenjobber
um vier Pro-
zent gestiegen

G 3

Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2010 nach Beschäftigungsarten



sich dagegen erneut kräftig um vier Prozent (Deutschland: +4,3 Prozent). Damit gingen in Rheinland-Pfalz 119 300 Personen neben ihrer Hauptbeschäftigung zusätzlich einer geringfügig entlohnten Beschäftigung nach.

Geringere Arbeitslosigkeit

Konjunkturelle Erholung lässt Arbeitslosigkeit sinken

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen sank in Rheinland-Pfalz 2010 gegenüber dem Vorjahr durchschnittlich um 5,7 Prozent auf 119 900 Arbeitslose. Damit reduzierte sich die Arbeitslosenzahl im Land prozentual stärker als im gesamten Bundesgebiet (-5,2 Prozent auf 3,2 Millionen Arbeitslose). Die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,4 Prozentpunkte auf 5,7 Prozent, sie liegt

damit deutlich unterhalb des bundesweiten Wertes (7,7 Prozent).

Bei der differenzierten Betrachtung nach Personengruppen fällt auf, dass verstärkt diejenigen Personen den Weg aus der Arbeitslosigkeit schafften, die im Vorjahr von den Folgen des konjunkturellen Abschwungs besonders betroffen waren. Bei der Interpretation der Veränderungsraten ist somit zu berücksichtigen, dass diese auch aus statistischen Basiseffekten resultieren. Am deutlichsten verbesserte sich die Situation für die 15- bis unter 25-Jährigen; die Zahl der jungen Arbeitslosen reduzierte sich im Berichtsjahr um 16 Prozent (Deutschland: -13 Prozent).

Jugendarbeitslosigkeit deutlich gesunken

T 3

Arbeitslose in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2010 nach ausgewählten Personengruppen

Personengruppe	Rheinland-Pfalz				Deutschland			
	Arbeitslose	Veränderung zu 2009	Anteil an den Arbeitslosen	Arbeitslosenquote ¹	Arbeitslose	Veränderung zu 2009	Anteil an den Arbeitslosen	Arbeitslosenquote ¹
	Anzahl	%			Anzahl	%		
Arbeitslose insgesamt	119 933	-5,7	100	5,7	3 238 421	-5,2	100	7,7
Frauen	55 198	-4,4	46,0	5,7	1 478 749	-4,7	45,7	7,5
Männer	64 735	-6,8	54,0	5,8	1 759 672	-5,5	54,3	7,9
SGB III (Arbeitslosenversicherung)	46 790	-11,5	39,0	2,2	1 075 463	-9,6	33,2	2,6
SGB II (Grundsicherung)	73 143	-1,6	61,0	3,5	2 162 958	-2,8	66,8	5,1
Jüngere (15–25 Jahre)	14 039	-16,3	11,7	5,5	325 378	-13,4	10,0	6,8
Ältere (50–65 Jahre)	33 815	1,9	28,2	6,0	931 049	1,8	28,8	8,4
Ältere (55–65 Jahre)	19 531	7,2	16,3	6,4	532 004	7,3	16,4	8,8
Deutsche	101 677	-6,0	84,8	5,2	2 732 199	-5,3	84,4	7,0
Ausländer	17 862	-5,4	14,9	12,6	500 831	-4,1	15,5	15,7
Langzeitarbeitslose ²	34 331	4,5	29,1	.	939 559	0,7	31,6	.
Schwerbehinderte	6 349	1,5	5,3	.	175 254	4,9	5,4	.

¹ Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen der jeweils betrachteten Personengruppe. – ² Ohne Ergebnisse der zugelassenen kommunalen Träger (Optionskommunen).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Weniger
Arbeitslose
in beiden
Rechtskreisen

Die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III (Arbeitslosenversicherung) ist gegenüber dem Vorjahr ebenfalls kräftig um zwölf Prozent zurückgegangen (Deutschland: –9,6 Prozent). Erfreulicherweise ist aber auch im Rechtskreis SGB II, in dem die Grundsicherung geregelt ist, ein Rückgang der Arbeitslosengeld-II-Bezieher zu verzeichnen (–1,6 Prozent; Deutschland: –2,8 Prozent).

Aufgrund der harten Konkurrenz durch junge, gut ausgebildete und berufserfahrene Frauen und Männer hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt für die Langzeitarbeitslosen verschlechtert. Der rückläufige Trend aus den vergangenen Jahren konnte sich 2010 nicht fortsetzen.

Wieder mehr
Langzeit-
arbeitslose

Außenhandel

Im Zuge der Wirtschaftskrise war das Volumen des globalen Handels mit Waren und Dienstleistungen noch um elf Prozent geschrumpft; im Berichtsjahr ist es um mehr als zwölf Prozent gewachsen. Davon haben auch rheinland-pfälzische Unternehmen profitiert.

Ausfuhren steigen kräftig

Unternehmen aus Rheinland-Pfalz haben 2010 Waren für 40,6 Milliarden Euro ins Ausland verkauft. Damit lag der Ausfuhrwert im Berichtsjahr um gut sechs Milliarden Euro bzw. 17 Prozent über dem Wert des

Export profitiert
von der welt-
weiten konjunk-
turellen Erholung

Vorjahres (Deutschland: +19 Prozent). Der kräftige Einbruch in der Wirtschaftskrise, der bei knapp zehn Milliarden Euro gelegen hatte, konnte zwar noch nicht wieder aufgeholt werden; die rheinland-pfälzische Exportwirtschaft befindet sich aber auf einem guten Weg.

Die Unternehmen in Rheinland-Pfalz sind auf die Produktion und den Export von Vorleistungsgütern und Investitionsgütern spezialisiert. Diese beiden Gütergruppen haben zusammengenommen einen Anteil von über 80 Prozent am gesamten Ausfuhrwert (Deutschland: 76 Prozent). Deshalb hängt die Entwicklung der rheinland-pfälzischen Exporte zu einem guten Teil von der Entwicklung der Industrieproduktion bei den Handelspartnern ab. Die Industrieproduktion ist 2010 weltweit um knapp zehn Prozent gestiegen.

Export von Vorleistungs- und Investitionsgütern erhöht sich kräftig

Mehr als die Hälfte des rheinland-pfälzischen Exports besteht aus Vorleistungsgütern

Deutlich mehr als die Hälfte der rheinland-pfälzischen Exporteinnahmen werden mit Vorleistungsgütern (einschließlich Energie) erzielt (Anteil 2010: 57 Prozent). Im Zuge der Wirtschaftskrise waren die Exporte in dieser Sortimentsgruppe um 18 Prozent geschrumpft. Aufgrund der raschen konjunkturellen Erholung in fast allen wichtigen Abnehmerländern ist die Ausfuhr von Vorleistungsgütern 2010 um 2,8 Milliarden Euro bzw. 13 Prozent gestiegen. Mit einem Ausfuhrwert von 23,3 Milliarden Euro wurde fast wieder das Vorkrisenniveau erreicht (2008: 25 Milliarden Euro).

Besonders kräftige Steigerung der Investitionsgüterexporte

Die Ausfuhr von Investitionsgütern ist im Berichtsjahr besonders kräftig gestiegen. Sie war in der Krise um mehr als ein Drittel gefallen, weil sich die Unternehmen in der

ganzen Welt angesichts hoher Unsicherheiten mit Investitionen zurückgehalten hatten. Der Export von Investitionsgütern aus Rheinland-Pfalz erhöhte sich 2010 wertmäßig um 2,1 auf 10,7 Milliarden Euro (+24 Prozent). Damit liegt das Niveau der Investitionsgüterausfuhr allerdings immer noch um ein Fünftel und ihr Anteil an den gesamten rheinland-pfälzischen Exporten um knapp fünf Prozentpunkte unter dem Wert von 2008 (Anteil 2010: 26 Prozent).

Exporte in die Europäische Union wachsen nur unterdurchschnittlich

Die bedeutendsten Handelspartner der rheinland-pfälzischen Wirtschaft sind die Länder der Europäischen Union und hier insbesondere die Länder, die auch der Währungsunion (EWU) angehören. Wertmäßig wurden in den letzten drei Jahren im Durchschnitt 62 Prozent des gesamten rheinland-pfälzischen Exports in die Länder der EU geliefert (Deutschland: ebenfalls 62 Prozent); knapp 44 Prozent der gesamten Ausfuhr ging in die Länder der Europäischen Währungsunion (Deutschland: 42 Prozent).

Die Exporte in die 26 anderen EU-Mitgliedsstaaten nahmen 2010 um 3,3 Milliarden Euro bzw. 16 Prozent zu und erreichten einen Wert von 24,5 Milliarden Euro (Deutschland: +15 Prozent). In die Länder der Währungsunion gingen Waren für 17,8 Milliarden Euro – das sind 2,2 Milliarden Euro bzw. 14 Prozent mehr als 2009 (Deutschland: +14 Prozent). Trotz dieser hohen Zuwächse konnten die Vorkrisenniveaus noch nicht wieder realisiert werden.

Ausfuhren in die EU wachsen um 16 Prozent

In die Länder der Europäischen Union, die nicht der Eurozone angehören, verkaufte die heimische Wirtschaft im Berichtsjahr Waren

T 4

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz und aus Deutschland 2010 nach Güterhauptgruppen

Güterhauptgruppe	Rheinland-Pfalz			Deutschland		
	insgesamt	Veränderung zu 2009	Anteil am Gesamtexport	insgesamt	Veränderung zu 2009	Anteil am Gesamtexport
	Mill. EUR	%		Mill. EUR	%	
Vorleistungsgüter (einschließlich Energie)	23 295	13,4	57,3	320 540	20,3	33,4
Investitionsgüter	10 708	24,1	26,4	407 742	18,7	42,5
Gebrauchsgüter	731	13,7	1,8	25 798	8,9	2,7
Verbrauchsgüter	3 641	5,1	9,0	130 462	7,0	13,6
Landwirtschaftsgüter	277	20,6	0,7	7 994	4,9	0,8
Nicht zuzuordnen	1 984	78,6	4,9	66 963	67,4	7,0
Insgesamt	40 636	17,4	100	959 497	19,4	100

für 6,7 Milliarden Euro. Das waren 16 Prozent der gesamten rheinland-pfälzischen Ausfuhren (Deutschland: 19 Prozent). Die Exporte aus Rheinland-Pfalz in diese Länder legten stärker zu als die Lieferungen in die EU und die Eurozone; sie erhöhten sich um 1,1 Milliarden Euro bzw. 19 Prozent (deutsche Exporte: +18 Prozent).

Frankreich
weltweit
wichtigster
Handelspartner

Das Euroland Frankreich ist seit Langem der weltweit wichtigste Handelspartner für Rheinland-Pfalz (Anteil: elf Prozent; Deutschland: 9,5 Prozent). Der Wert der Warenlieferungen aus Rheinland-Pfalz an französische Abnehmer erhöhte sich im Berichtsjahr um 16 Prozent auf 4,5 Milliarden Euro (Deutschland: +11 Prozent).

Die Warenausfuhr rheinland-pfälzischer Unternehmen in die europäischen Länder, die nicht der EU angehören, lag 2010 bei 3,7 Milliarden Euro (Anteil am gesamten Exportwert: neun Prozent; Deutschland: elf Prozent). Sie nahm gegenüber 2009 um 29 Prozent und damit weit überdurchschnittlich zu.

Rund 30 Prozent der rheinland-pfälzischen Ausfuhr geht in Länder außerhalb Europas

(Deutschland: 29 Prozent). Die Vereinigten Staaten waren 2010 mit einem Volumen von 3,5 Milliarden Euro weltweit der zweitwichtigste Absatzmarkt für die rheinland-pfälzische Exportwirtschaft (Anteil: 8,5 Prozent; Deutschland: 6,8 Prozent). Der Wert der rheinland-pfälzischen Exporte in den US-Markt hat sich im Berichtsjahr noch einmal verringert (-2,9 Prozent). Auch die zwischenzeitlich kräftige Euro-Abwertung, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit rheinland-pfälzischer Anbieter auf den amerikanischen Märkten deutlich verbessert hatte, konnte daran nichts ändern.

USA weltweit
zweitwichtigster
Handelspartner

Die Volksrepublik China ist seit 2004 der zweitwichtigste außereuropäische Absatzmarkt für Produkte aus Rheinland-Pfalz. Selbst in der Wirtschaftskrise nahmen die Exporte dorthin noch zu (2009: +8 Prozent). Die Exporterlöse rheinland-pfälzischer Unternehmen in China beliefen sich im Berichtsjahr auf 1,4 Milliarden Euro; das waren 38 Prozent mehr als 2009 (deutsche Exporte: +44 Prozent). Der Anteil der Ausfuhren nach China an den gesamten rheinland-pfälzischen Exporten ist mittlerweile auf 3,5 Prozent gestiegen (2009: 2,9 Pro-

Exporte nach
China erhöhen
sich um
38 Prozent

T 5

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz und nach Deutschland 2010 nach Güterhauptgruppen

Güterhauptgruppe	Rheinland-Pfalz			Deutschland		
	insgesamt	Veränderung zu 2009	Anteil am Gesamtimport	insgesamt	Veränderung zu 2009	Anteil am Gesamtimport
	Mill. EUR	%		Mill. EUR	%	
Vorleistungsgüter (einschließlich Energie)	15 644	33,5	56,9	330 608	26,5	41,0
Investitionsgüter	5 128	13,2	18,7	229 216	14,1	28,4
Gebrauchsgüter	447	4,4	1,6	28 488	6,3	3,5
Verbrauchsgüter	2 454	3,0	8,9	122 459	6,1	15,2
Landwirtschaftsgüter	1 060	14,4	3,9	23 734	8,1	2,9
Nicht zuzuordnen	2 758	60,5	10,0	71 659	87,9	8,9
Insgesamt	27 491	26,6	100	806 164	21,3	100

zent; Deutschland 2010: 5,6 Prozent). Damit ist die Volksrepublik in einer Rangliste aller wichtigen Handelspartner der rheinland-pfälzischen Wirtschaft in die Top Ten vorgeückt; sie liegt nun auf dem neunten Rang (2009: Rang elf).

Aufschwung in Rheinland-Pfalz führt zu deutlich mehr Importen

Kräftiger Steigerung des Importvolumens

Aufgrund der starken – auch exportgetriebenen – konjunkturellen Erholung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland sind auch die Importe kräftig gestiegen. Durch die anziehende Produktion benötigten die rheinland-pfälzischen Unternehmen mehr Vorleistungsgüter und haben außerdem wieder in Anlagen und Vorräte investiert. Wie auf der Exportseite haben Vorleistungs- und Investitionsgüter auch auf der Importseite ein sehr hohes Gewicht. Im Berichtsjahr 2010 bestanden die rheinland-pfälzischen Einfuhren zu 76 Prozent aus diesen beiden Sortimentsgruppen (Deutschland: 69 Prozent).

Das rheinland-pfälzische Importvolumen belief sich 2010 auf 27,5 Milliarden Euro

und war damit um 5,8 Milliarden Euro oder 27 Prozent höher als 2009 (Deutschland: +21 Prozent). Damit lagen die Einfuhren bereits wieder über dem Vorkrisenniveau (2008: 26,6 Milliarden Euro).

Vorleistungsgüterimporte nehmen besonders stark zu

Auch auf der Importseite dominiert der Handel mit Vorleistungsgütern (einschließlich Energie). Im Jahr 2010 machte diese Güterart 57 Prozent der rheinland-pfälzischen Einfuhr aus (Deutschland: 41 Prozent). Der Import von Vorleistungsgütern stieg im Berichtsjahr um 3,9 Milliarden Euro bzw. 33 Prozent auf 15,6 Milliarden Euro (Deutschland: +26 Prozent). Damit liegt ihr Wert im Berichtsjahr über dem Vorkrisenniveau (2008: 14,8 Milliarden Euro).

Auf Investitionsgüter entfielen 19 Prozent der gesamten rheinland-pfälzischen Importe (Deutschland: 28 Prozent). Im Jahr 2010 wurden für 5,1 Milliarden Euro Investitionsgüter nach Rheinland-Pfalz eingeführt, das waren 13 Prozent mehr als 2009 (Deutschland: +14 Prozent).

Mehr als die Hälfte der Einfuhren sind Vorleistungsgüter

Ein Fünftel der Einfuhren sind Vorleistungsgüter

Importe aus der Europäischen Union nehmen kräftig zu

Fast zwei Drittel der Importe kommen aus Ländern der EU

Wie auf der Exportseite ist die Europäische Union auch auf der Importseite der wichtigste Handelsraum. Dem Wert nach kamen in den letzten drei Jahren im Durchschnitt 63 Prozent der importierten Waren aus der EU (deutsche Importe aus der EU: 57 Prozent). Der Importwert der Güter aus Ländern der EU belief sich 2010 auf 17,1 Milliarden Euro; das waren 3,7 Milliarden Euro bzw. 28 Prozent mehr als 2009 (Deutschland: +20 Prozent). Damit haben die Importe aus der Europäischen Union wieder das Vorkrisenniveau erreicht.

Importe aus der EWU steigen um 29 Prozent

Etwa die Hälfte der rheinland-pfälzischen Einfuhren werden aus den Ländern des Euro-raums geliefert (Deutschland: 38 Prozent). Im Berichtsjahr belief sich der Wert der rheinland-pfälzischen Wareneinfuhren aus den Euroländern auf 13,4 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Jahr zuvor ist er um drei Milliarden Euro bzw. 29 Prozent gestiegen (Deutschland: +19 Prozent).

Aus den EU-Ländern, die nicht Mitglied der Währungsunion sind, importierte Rheinland-Pfalz 2010 Güter für 3,7 Milliarden Euro. Der Einfuhranteil dieser Länder belief sich auf 14 Prozent (Deutschland: 18 Prozent). Gegenüber 2010 ist der Importwert um 22 Prozent gestiegen (Deutschland: +22 Prozent).

Aus dem restlichen Europa bezieht Rheinland-Pfalz rund elf Prozent seiner Importgüter (Deutschland: zwölf Prozent). Im Berichtsjahr 2010 waren das Güter im Wert von 3,1 Milliarden Euro. Das ist im Ver-

gleich zu 2009 ein Zuwachs um 30 Prozent (Deutschland: +16 Prozent).

Etwa ein Viertel der rheinland-pfälzischen Einfuhr kommt aus nichteuropäischen Ländern. Das bedeutendste Lieferland außerhalb Europas ist die USA, knapp vor der Volksrepublik China. In einer Rangliste aller Lieferländer belegt die USA den vierten und China den fünften Rang. Aus den Vereinigten Staaten wurden 2010 Waren im Wert von 1,78 Milliarden Euro eingeführt; das war im Vergleich zu 2009 ein Plus von lediglich 2,5 Prozent. Der Anteil der USA an den gesamten rheinland-pfälzischen Einfuhren beläuft sich auf 6,5 Prozent. Nachdem der Import aus China im Krisenjahr noch kräftig eingebrochen war (2009: -22 Prozent), nahm er 2010 um 34 Prozent zu und überstieg damit das Vorkrisenniveau. Aus der Volksrepublik China wurden Güter für 1,77 Milliarden Euro nach Rheinland-Pfalz geliefert.

USA und China bedeutendste Lieferländer außerhalb Europas

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Europaangelegenheiten, Forschungsdatenzentrum; Diplom-Kauffrau Romy Feldmann, Dr. Birgit Hübbers, die Diplom-Volkswirte Werner Kertels und Thomas Kirschey sowie Dr. Julia Stoffel und Dr. Stefan Weil sind in diesem Bereich als Referenten tätig. Diplom-Ökonomin Simone Maier ist Mitarbeiterin in diesem Referat.

Info

Ausgabe N° 21 der Reihe „Statistische Analysen“**Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2010**

Diese und weitere interessante Informationen zum rheinland-pfälzischen Wirtschaftsjahr 2010 finden Sie in der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2010“. Hier werden in ausführlichen textlichen Analysen die ökonomischen Tendenzen des abgelaufenen Jahres und ihre möglichen Ursachen behandelt. Umfangreiche Tabellen und Grafiken ergänzen den Vergleich zum vorangegangenen Wirtschaftsjahr und stellen zusätzlich auch längerfristige Entwicklungen dar.

Die PDF-Datei steht zum kostenfreien Download unter www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/nach_themen/stat_analysen/wirtschaft/jw2010.pdf zur Verfügung.

Die Printausgabe kann zum Preis von 10 Euro einschließlich Versandkosten beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de



Sonderpädagogische Förderung im Schuljahr 2010/11

Sinkende Schülerzahlen im Primarbereich und im Sekundarbereich I



Von Bettina Link

Bereits im Jahr 1994 empfahl die Kultusministerkonferenz die Bildung behinderter Schülerinnen und Schüler verstärkt als gemeinsame Aufgabe aller Schulen anzustreben. Auch das rheinland-pfälzische Schulgesetz aus dem Jahr 2004 sieht für junge Menschen mit einer Behinderung grundsätzlich die selbstständige, barrierefreie Nutzung des schulischen Bildungs- und Erziehungsangebotes gemeinsam mit nicht beeinträchtigten Kindern und Jugendlichen vor. Entsprechend dem Landesgesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen zielt die schulische Ausbildung darauf, Menschen mit Behinderungen eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe und eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen. Zurzeit erfolgt die Bildung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf noch vorwiegend in Förderschulen. Allerdings lässt sich in den letzten Jahren eine merkliche Zunahme der integrativen Bildungsangebote feststellen.

Leichter Anstieg der Förderquote in den letzten zehn Jahren

Gut 18 000 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf

In Rheinland-Pfalz lernen zurzeit 18 199 Schülerinnen und Schüler mit einem sogenannten sonderpädagogischen Förderbedarf.

Ein solcher Förderbedarf trifft zu, wenn Kinder und Jugendliche in ihren Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten so weit beeinträchtigt sind, dass sie sonderpädagogischer Förderung für einen erfolgreichen Schulabschluss bedürfen. Ein sonderpädagogischer Förderbedarf wird nicht automatisch bei

Vorliegen einer Behinderung, sondern im Einzelfall aufgrund eines sonderpädagogischen Fördergutachtens festgestellt. Einbezogen werden jene Kinder und Jugendliche, die einer speziellen Förderung für den Bereich des schulischen Lernens bedürfen.

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der gesamten Schülerschaft im Alter der Vollzeitschulpflicht¹, die sogenannte Förderquote, liegt im laufenden Schuljahr 2010/11 bei 4,5 Prozent. Ausgehend von 4,1 Prozent im Schuljahr 2000/01 lässt sich in den letzten Jahren eine leichte Steigerung dieses Wertes beobachten.

Förderquote derzeit bei 4,5 Prozent

¹ Hierzu zählen die Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 1 bis 10 an allgemeinen Schulen sowie jene an Förderschulen.

T 1

Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2010/11 nach Förderschwerpunkt, Geschlecht und Migrationshintergrund

Förderschwerpunkt	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	% ¹	Anzahl	% ²	Anzahl	% ²	Anzahl	% ²
Ohne Förderschwerpunkt ³	383 629	95,5	187 512	48,9	196 117	51,1	50 947	13,3
Mit Förderschwerpunkt, davon	18 199	4,5	6 893	37,9	11 306	62,1	2 624	14,4
Lernen	10 694	2,7	4 361	40,8	6 333	59,2	1 783	16,7
Ganzheitliche Entwicklung	3 039	0,8	1 147	37,7	1 892	62,3	385	12,7
Motorische Entwicklung	1 650	0,4	657	39,8	993	60,2	168	10,2
Sprache	1 006	0,3	303	30,1	703	69,9	137	13,6
Sozial-emotionale Entwicklung	989	0,2	76	7,7	913	92,3	40	4,0
Gehörlose und Schwerhörige	631	0,2	264	41,8	367	58,2	95	15,1
Blinde und Sehbehinderte	190	0,0	85	44,7	105	55,3	16	8,4
Insgesamt	401 828	100	194 405	48,4	207 423	51,6	53 571	13,3

1 Anteil an allen Schülerinnen und Schülern. – 2 Anteil an Ingesamt. – 3 Ohne Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich II.

Höhere Förderquoten in den östlichen Bundesländern

Im Ländervergleich ist die rheinland-pfälzische Förderquote dennoch seit Jahren eine der niedrigsten. Im Schuljahr 2009/10 betrug der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Deutschland durchschnittlich 6,1 Prozent. Die Förderquote reichte dabei von 4,4 Prozent in Rheinland-Pfalz bis zu zwölf Prozent in Mecklenburg-Vorpommern. Besonders hoch ist sie in den östlichen Bundesländern.

Förderbedarf am häufigsten im Bereich Lernen

In Rheinland-Pfalz werden sieben sonderpädagogische Förderschwerpunkte unterschieden und zwar in Bezug auf:

- Blinde und Sehbehinderte,
- ganzheitliche Entwicklung,
- Gehörlose und Schwerhörige,
- Lernen,
- motorische Entwicklung,
- sozial-emotionale Entwicklung sowie
- für Sprache (nur in der Eingangsstufe der Primarstufe).

Die zahlenmäßige Besetzung dieser Förderbereiche ist durchaus unterschiedlich. Die weitaus meisten Kinder und Jugendlichen erhalten sonderpädagogischen Förderbedarf im Bereich Lernen. Einen eher kleinen Anteil stellen die Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt für Blinde und Sehbehinderte.

Höhere Förderquote bei Jungen

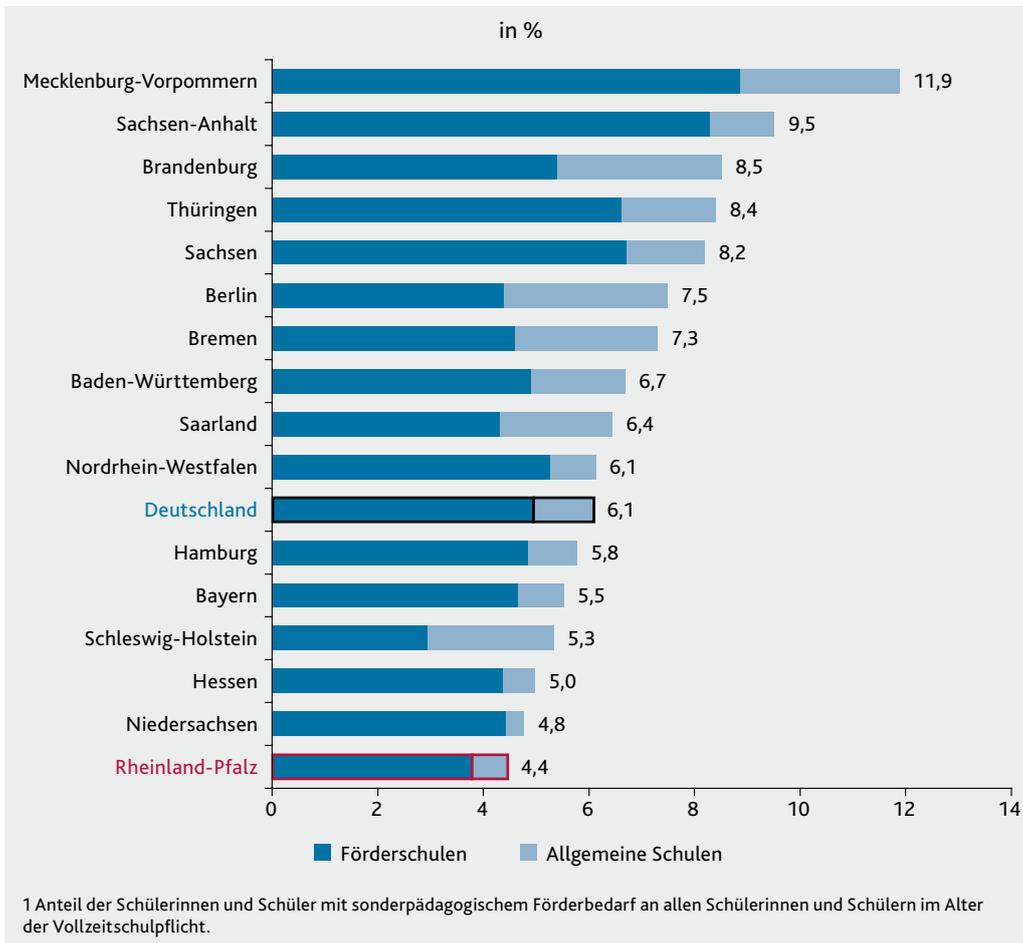
Auf eine Schülerin mit pädagogischem Förderbedarf kommen fast zwei Schüler mit Förderbedarf. Die Förderquote der Jungen liegt derzeit bei 5,5 Prozent und damit zwei Prozentpunkte höher als bei den Mädchen. Schüler sind in allen Förderbereichen stärker vertreten als Schülerinnen. Die überwiegende Mehrheit stellen sie mit einem Anteil von 92 Prozent im Förderschwerpunkt sozial-emotionale Entwicklung. Ausgeglichen ist das Verhältnis im Förderschwerpunkt für Blinde und Sehbehinderte. Hier sind die Schüler mit einem Anteil von 55 Prozent nur leicht in der Überzahl.

Jungen in allen Förderpunkten überrepräsentiert

Bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund liegt die Förderquote derzeit

G 1

Sonderpädagogische Förderquote¹ im Schuljahr 2009/10 nach Förderort und Ländern



Förderquote von Kindern mit Migrationshintergrund bei 4,9 Prozent

bei 4,9 Prozent und damit leicht über dem Durchschnitt. Im Vergleich zur Gesamtschülerschaft werden sie relativ häufig im Schwerpunkt Lernen gefördert. Verhältnismäßig selten ist dagegen die Förderung im Schwerpunkt sozial-emotionale Entwicklung und im Förderschwerpunkt für Blinde und Sehbehinderte.

Sonderpädagogische Förderung vor allem in Förderschulen

Grundsätzlich kann ein sonderpädagogischer Förderbedarf sowohl an Förderschulen als auch an allgemeinen Schulen, also den

übrigen allgemeinbildenden Schulen², erfüllt werden. Mit einem Anteil von 83 Prozent werden zurzeit jedoch die meisten Kinder und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Förderschulen unterrichtet. Im laufenden Schuljahr existieren in Rheinland-Pfalz 115 öffentliche und 23 private Förderschulen bzw. Förderzentren. Diese Einrichtungen umfassen den Primar-Bereich (Klassen 1 bis 4), den Sekundarbereich I (Klassen 5 bis 10) und die Schulstufen des Bildungsgangs ganzheitliche Entwicklung (Unter-, Mittel-, Ober- und Werkstufe). Sie bieten speziell auf die verschiedenen sonderpädagogischen Förderbedarfe abgestimmte Bildungsangebote.

Acht von zehn Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf lernen an Förderschulen

² Hier ohne Kollegs und Abendgymnasien.

15 000 Schülerinnen und Schüler besuchen Förderschulen

Insgesamt werden die Förderschulen im laufenden Schuljahr von 15 099 Schülerinnen und Schülern besucht. Die Förderschulbesuchsquote, also der Anteil der Schülerinnen und Schüler an Förderschulen an der gesamten Schülerschaft im Alter der Vollzeitschulpflicht, liegt derzeit bei 3,8 Prozent und damit etwas höher als vor zehn Jahren.

Deutliche Unterschiede zwischen den Förderschulbesuchsquoten der Bundesländer

Bundesweit sind die Förderschulbesuchsquoten sehr unterschiedlich. Im Schuljahr 2009/10 reichten sie von 2,9 Prozent in Schleswig-Holstein bis zu 8,9 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern. Wie die Förderquoten sind auch die Förderschulbesuchsquoten in den neuen Bundesländern höher als in den alten und liegen über dem Bundesdurchschnitt von 4,9 Prozent.

Wenige Schülerinnen und Schüler pro Lehrkraft

Fast 73 Prozent der Lehrkräfte an Förderschulen sind Frauen

An Förderschulen lehren, ebenso wie an allgemeinen Schulen, vorwiegend Frauen. Im Schuljahr 2010/11 liegt ihr Anteil bei 73 Prozent. Allerdings ist der Frauenanteil in den Bildungsgängen der verschiedenen Förderschwerpunkte sehr unterschiedlich. Am höchsten ist er mit 84 Prozent im Bereich Sprache, am geringsten mit 47 Prozent im Bildungsgang für den Förderschwerpunkt sozial-emotionale Entwicklung, jenem Bildungsgang, der den höchsten Anteil männlicher Schüler aufweist.

Weniger als zehn Schülerinnen und Schüler pro Klasse

Aufgrund der besonderen Bedürfnisse an Förderschulen ist die Schüler-Lehrer-Relation in diesen Einrichtungen deutlich günstiger als an den übrigen allgemeinbildenden Schulen. Im Schuljahr 2010/11 betreut – umgerechnet auf Vollzeitäquivalente – eine Lehrkraft durchschnittlich sechs Schülerinnen und Schüler. An allgemeinen Schulen sind es

mehr als doppelt so viele (14,4). Pro Klasse werden an Förderschulen durchschnittlich 9,6 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. An allgemeinen Schulen sind es zurzeit 23. Zwischen den einzelnen Bildungsgängen der Förderschulen variiert die Klassengröße. Relativ klein sind die Klassen, in denen blinde (5,6) und gehörlose (6,5) Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden, größer sind jene mit den Schwerpunkten Lernen (11,5) und Sprache (13,7).

Viele Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss

Die Bildungsgänge der Förderschulen in Rheinland-Pfalz führen je nach Schwerpunkt zum qualifizierten Sekundarabschluss I, zur Berufsreife (Hauptschulabschluss) und zu den Abschlüssen in den Förderschwerpunkten Lernen (besondere Form der Berufsreife) und ganzheitliche Entwicklung. Letztere sind spezielle Abschlüsse der Förderschulen, die unterhalb des Hauptschulabschlussniveaus liegen.

Tatsächlich verließen im Jahr 2010 fast drei Viertel der Schülerinnen und Schüler die Förderschulen ohne zumindest den Hauptschulabschluss erlangt zu haben, 27 Prozent gingen mit dem Hauptschulabschluss ab und lediglich 0,8 Prozent hatten den qualifizierten Sekundarabschluss I erzielt.

Von den Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss hatten 61 Prozent den Abschluss für den Förderschwerpunkt Lernen und 23 Prozent jenen im Bereich ganzheitliche Entwicklung erlangt.

Schulentlassene aus Förderschulen stellen zurzeit in Rheinland-Pfalz mit 58 Prozent den größten Anteil der Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss.

Bildungsgänge der Förderschulen führen bis zum qualifizierten Sekundarabschluss I

Fast drei Viertel verlassen die Förderschule ohne Hauptschulabschluss

T 2 Abschlüsse nach Förderschwerpunkt

Förderschwerpunkt	Abschlüsse
Lernen	Hauptschulabschluss (Berufsreife)
	Besondere Form der Berufsreife ¹
Ganzheitliche Entwicklung	Abschluss der Schule mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung
Motorische Entwicklung	Qualifizierter Sekundarabschluss I
	Hauptschulabschluss (Berufsreife)
	Besondere Form der Berufsreife ¹
	Abschluss der Schule mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung
Sozial-Emotionale Entwicklung	Hauptschulabschluss (Berufsreife)
	Besondere Form der Berufsreife ¹
Gehörlose und Schwerhörige	Qualifizierter Sekundarabschluss I
	Hauptschulabschluss (Berufsreife)
	Besondere Form der Berufsreife ¹
	Abschluss der Schule mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung
Blinde und Sehbehinderte	Hauptschulabschluss (Berufsreife)
	Besondere Form der Berufsreife ¹
	Abschluss der Schule mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung

¹ Früher: Abschlusszeugnis der Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen.

Im Ländervergleich zeigt sich, dass eine umfangreiche sonderpädagogische Förderung nicht unbedingt zu besseren Ergebnissen bezüglich der Absolventenquoten der allgemeinbildenden Schulen führen muss. So weisen überraschenderweise gerade Bun-

desländer mit hohen sonderpädagogischen Förderquoten häufig auch große Anteile von Schülerinnen und Schülern auf, die das allgemeinbildende Schulsystem verlassen, ohne den Hauptschulabschluss erlangt zu haben.

Im Jahr 2010 entließen die rheinland-pfälzischen Förderschulen insgesamt 2 038 Schülerinnen und Schüler. Da die amtliche Schulstatistik keine Verlaufsstudien ermöglicht, ist den Daten nicht zu entnehmen, welchen weiteren Bildungsweg diese jungen Menschen eingeschlagen haben.

Grundsätzlich bieten die an Förderschulen erlangten allgemeinbildenden Abschlüsse die gleichen Anschlussmöglichkeiten, wie jene, die an allgemeinen Schulen erworben wurden. Schülerinnen und Schüler, deren sonderpädagogischer Förderbedarf aufgehoben wird, können daher regulär allgemeine Schulen besuchen und die dort angebotenen Abschlüsse anstreben.

Zudem gibt es für Absolventinnen und Absolventen mit Förderbedarf weitere Bildungsangebote. So können junge Menschen mit einem Abschluss im Förderschwerpunkt Lernen an ausgewählten Förderschulen

Weiterführende Bildungsangebote für Absolventinnen und Absolventen mit Förderbedarf

T 3 Schulentlassene aus Förderschulen 2010 nach Abschlussart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Abschlussart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Ohne Hauptschulabschluss, darunter besondere Form der Berufsreife ¹	1 479	72,6	523	69,4	956	74,5	228	69,5
Abschluss der Schule mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung	342	16,8	142	18,8	200	15,6	40	12,2
Hauptschulabschluss (Berufsreife)	543	26,6	224	29,7	319	24,8	98	29,9
Qualifizierter Sekundarabschluss I	16	0,8	7	0,9	9	0,7	2	0,6
Insgesamt	2 038	100	754	100	1 284	100	328	100

¹ Früher: Abschlusszeugnis der Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen.

sowie an Schwerpunktschulen durch den erfolgreichen Besuch eines freiwilligen 10. Schuljahres den Hauptschulabschluss erlangen. Diese Möglichkeit besteht auch an berufsbildenden Schulen im Rahmen des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ).

Absolventinnen und Absolventen, die bereits über den Hauptschulabschluss verfügen, können an einzelnen Förderschulen und an Schwerpunktschulen zusätzlich den Sekundarabschluss I erreichen.

Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Sehen (Blinde und Sehbehinderte), Hören (Gehörlose und Schwerhörige) und motorische Entwicklung, die nach dem Besuch der Förderschule die Hochschulreife anstreben, besuchen in der Regel besondere Aufbaugymnasien in anderen Bundesländern.

Förderquoten in Deutschland deutlich höher als in anderen EU-Ländern

Sonderpädagogische Förderung in Deutschland traditionell an Förderschulen

Im europäischen Vergleich gibt es in Deutschland – und auch in Rheinland-Pfalz – relativ viele Kinder mit anerkanntem sonderpädagogischen Förderbedarf („special educational needs“). Zudem wird ein vergleichsweise großer Anteil dieser Schülerinnen und Schüler separat an speziellen Einrichtungen unterrichtet.

Durchschnittliche Förder-schulbesuchsquote in Europa bei zwei Prozent

Die durchschnittliche europäische Förderquote lag im Jahr 2008³ bei 3,6 Prozent, die Förderschulbesuchsquote sogar nur bei zwei Prozent. Die Differenzen zwischen den europäischen Ländern waren erheblich. So wies Italien (fast) gar keine Förderschüler aus, sehr hoch war die Förderquote dagegen mit 19,7 Prozent in Island. Allerdings wur-

T 4

Sonderpädagogische Förderquoten 2008 nach Förderort und ausgewählten Staaten

Staat	Förderquote ¹	Davon an	
		Förderschulen	allgemeinen Schulen
in %			
EU-Mittel ²	3,6	2,0	1,6
Italien	0,0	-	0,0
Irland	1,0	1,0	-
Schweden	1,5	0,1	1,4
Griechenland	1,9	0,5	1,4
Luxemburg	2,3	1,1	1,2
Spanien	2,6	0,6	2,0
Frankreich	2,7	1,9	0,8
UK (England)	2,8	1,1	1,7
Polen	2,9	1,6	1,3
Dänemark	3,2	2,9	0,3
UK (Wales)	3,5	1,5	2,0
Niederlande	3,7	2,0	1,7
Portugal	3,7	0,3	3,4
Malta	3,8	0,4	3,4
Lettland	4,0	4,0	-
Österreich	4,1	2,0	2,1
Zypern	4,3	0,2	4,1
Belgien (FR)	4,4	4,4	-
Slowenien	5,4	1,6	3,8
UK (Schottland)	5,5	1,3	4,2
Deutschland	5,6	4,9	0,7
Norwegen	5,7	0,3	5,4
Belgien (FL)	5,8	5,1	0,7
Ungarn	6,0	3,0	3,0
Finnland	7,7	3,9	3,8
Tschechische Rep.	8,6	4,5	4,1
Litauen	11,4	1,2	10,2
Estland	19,0	4,8	14,2
Island	19,7	0,3	19,4

1 Schüleranteil mit anerkanntem Förderbedarf („special educational needs“).

2 Arithmetisches Mittel der Werte aller dargestellten Staaten.

Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2010, Bielefeld 2010, Tab. D2-8web.

den lediglich 0,3 Prozent der isländischen Schülerinnen und Schüler an Förderschulen unterrichtet.

Die großen Unterschiede zwischen den Förder- und Förderschulbesuchsquoten der Länder spiegeln sehr ungleiche Regelungen zur Bedarfsabgrenzung sowie zu Umfang, Dauer und Ausgestaltung der sonderpädagogischen Förderung wider. Sie verweisen aber auch auf unterschiedliche Teilhabe- und Entwicklungschancen der Schülerinnen und Schüler.

³ Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2010, Bielefeld 2010.

Sonderpädagogische Förderung soll häufiger in allgemeinen Schulen erfolgen

Seit längerem wird in Deutschland das Modell der weitgehend separaten schulischen Bildung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf hinterfragt.

Verstärkter Wunsch nach integrativen Bildungsangeboten

Als problematisch wird zunehmend die Gefahr der Stigmatisierung, der Kategorisierung und der schulischen Separierung der förderungsbedürftigen Kinder und Jugendlichen gesehen. Insbesondere vor dem Hintergrund des großen Anteils junger Menschen, der die Förderschulen ohne Hauptschulabschluss verlässt, steht auch die pädagogische Leistungsfähigkeit des Systems auf dem Prüfstand. Nicht zuletzt findet zunehmend der Wunsch vieler Eltern von behinderten Kindern Gehör, die verstärkt integrative und wohnortnahe Bildungsangebote nachfragen.

Die Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) erkannte bereits im Jahr 1994 die Erfüllung des sonderpädagogischen Förderbedarfs grundsätzlich als Aufgabe aller Schulen an.⁴

Dennoch gibt es noch immer deutliche Unterschiede zwischen der Förderpraxis der einzelnen Bundesländer. So integrierte Schleswig-Holstein im Schuljahr 2009/10 fast die Hälfte aller Förderschülerinnen und -schüler an allgemeinen Schulen (45 Prozent). In Niedersachsen wurden dagegen nur 7,2 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf an allgemeinen Schulen unterrichtet.

⁴ Kultusministerkonferenz: Empfehlungen zur sonderpädagogischen Förderung in Schulen der Bundesrepublik Deutschland, Beschluss vom 06.05.1994.

⁵ Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 18.11.2010.

Rheinland-Pfalz lag im Jahr 2009/10 mit einer Integrationsquote von 15 Prozent noch eher im hinteren Mittelfeld. Allerdings wächst die rheinland-pfälzische Integrationsquote seit dem Jahr 2004. Dies liegt auch daran, dass das rheinland-pfälzische Schulgesetz seit diesem Jahr jungen Menschen mit einer Behinderung grundsätzlich die Möglichkeit der selbstständigen, barrierefreien Nutzung des schulischen Bildungs- und Erziehungsangebotes gemeinsam mit nicht behinderten Kindern und Jugendlichen einräumt, wenngleich auch unter dem Vorbehalt des Vorliegens der organisatorischen, personellen und sächlichen Voraussetzungen.

Rheinland-pfälzische Integrationsquote seit 2004/05 gestiegen

Eine neue Dynamik gewann der Prozess des Umbaus des Förderschulwesens deutschlandweit zuletzt durch die seit 2009 für Deutschland gültige UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Auch wenn der Umfang hierdurch entstandener subjektiver Rechte im Einzelnen umstritten ist – beispielsweise das Recht auf integrativen Unterricht an allgemeinen Schulen – so erhöhte die Vereinbarung den Druck zum Ausbau integrativer bzw. inklusiver Bildungsangebote. Die Kultusminister der Länder erkannten die Vereinbarung im Jahr 2010 als „zentrale Herausforderung für die Bildungspolitik“ an.⁵

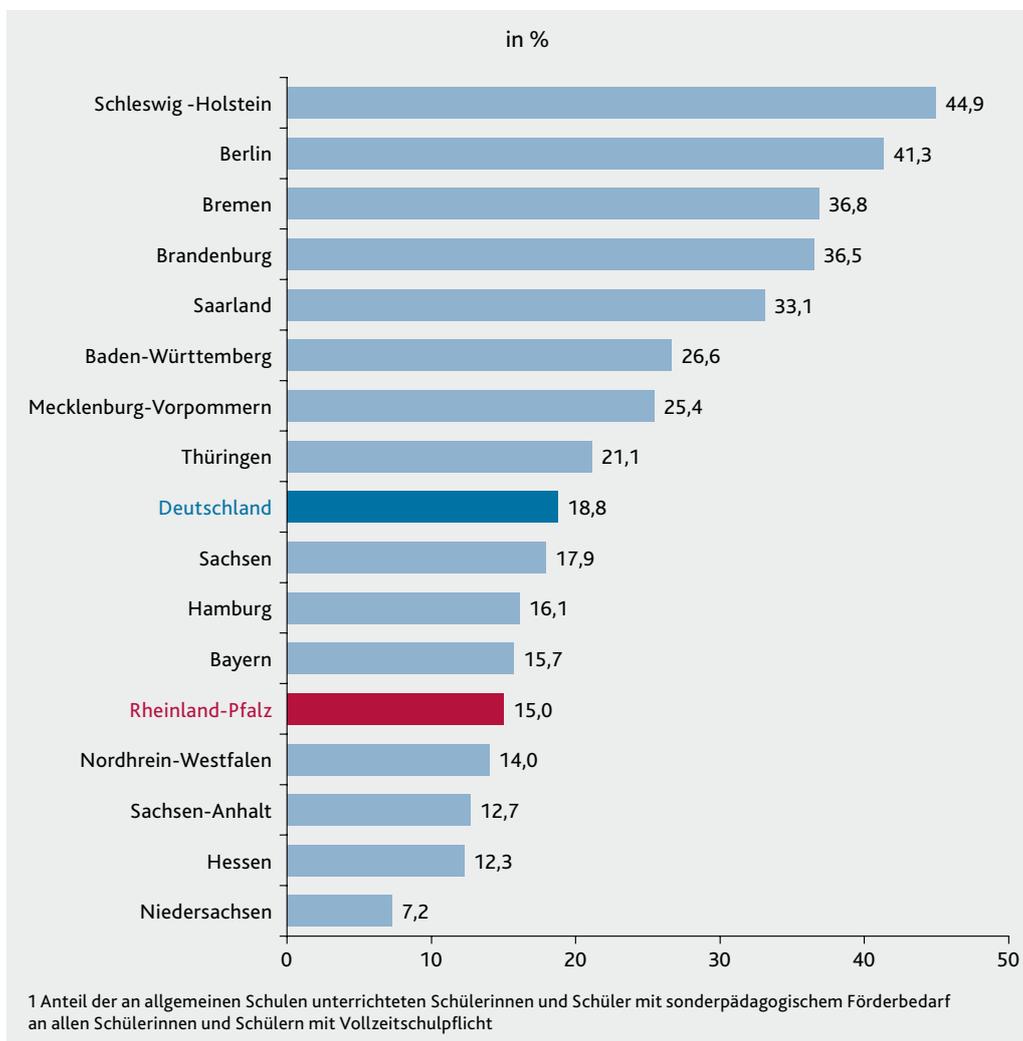
UN-Menschenrechtskonvention stärkt Rechte von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung

Integrative sonderpädagogische Förderung ausgeweitet

Das Land Rheinland-Pfalz setzt bei der Erweiterung der integrativen Bildung seit dem Schuljahr 2001/02 vor allem auf den Ausbau der sogenannten Schwerpunktschulen. Das sind allgemeine Schulen, an denen Schülerinnen und Schüler mit und ohne Förderbedarf im Primar- und im Sekundarbereich I gemeinsam unterrichtet werden.

Integrativer Unterricht in Rheinland-Pfalz an über 200 Schwerpunktschulen

G 2

Integrationsquoten¹ im Schuljahr 2009/10 nach Bundesländern

Förderschülerinnen und -schüler können hier sowohl die jeweiligen schulartspezifischen Abschlüsse als auch die besonderen Abschlüsse der Förderschulen erlangen. Innerhalb der letzten zehn Jahre hat sich die Zahl der Schwerpunktschulen von 30 im Schuljahr 2001/02 auf 201 im Schuljahr 2010/11 deutlich erhöht. Unter diesen Einrichtungen finden sich 113 Grundschulen und 88 weiterführende Schulen. Aktuell lernen 3100 Kinder und Jugendliche und damit 17 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf an einer Schwerpunktschule.

Integrativer Unterricht am häufigsten in der Primarstufe

Nicht allen förderungsbedürftigen Kindern und Jugendlichen steht die Möglichkeit eines integrativen Schulbesuchs derzeit in gleichem Maße zur Verfügung. So sind es bisher vor allem Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf in den Bereichen Lernen und Sprache, die an den allgemeinen Schulen unterrichtet werden, während Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf im Bereich motorische Entwicklung nahezu ausschließlich an Förderschulen lernen.

Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt Lernen häufiger integriert

T 5

Förderquote, Förderschulbesuchsquote und Integrationsquote in den Schuljahren 2000/01–2010/11

Schuljahr	Förderquote ¹	Förderschulbesuchsquote ²	Integrationsquote ³
2000/01	4,1	3,6	11,1
2001/02	4,1	3,7	8,6
2002/03	4,2	3,8	8,9
2003/04	4,2	3,9	7,0
2004/05	4,4	3,9	11,2
2005/06	4,4	3,9	11,7
2006/07	4,4	3,8	13,0
2007/08	4,4	3,8	12,0
2008/09	4,3	3,8	13,3
2009/10	4,4	3,8	15,0
2010/11	4,5	3,8	17,0

1 Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allen Schülerinnen und Schülern im Alter der Vollzeitschulpflicht. – 2 Anteil der Schülerinnen und Schüler an Förderschulen an allen Schülerinnen und Schülern im Alter der Vollzeitschulpflicht. – 3 Anteil der an allgemeinen Schulen unterrichteten Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allen Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Integrativer Unterricht vor allem in der Primarstufe

Unterschiede gibt es auch zwischen den Schulstufen. So lernt im Grundschulbereich fast jedes dritte Kind mit Förderbedarf an einer allgemeinen Schule. In der Sekundarstufe I trifft dies nur noch auf knapp jede fünfte Schülerin bzw. jeden fünften Schüler zu. Eine Integration von Förderschülerinnen und Förderschülern in die Sekundarstufe II

erfolgt derzeit in Rheinland-Pfalz nur in wenigen Ausnahmefällen. Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung, die eigene Schulstufen besuchen, lernen in der Regel an Förderschulen.

Es ist allerdings davon auszugehen, dass der Anteil der Integrationsschülerinnen und -schüler in der Sekundarstufe I in den nächsten Jahren weiter steigen wird. Denn nach der übergreifenden rheinland-pfälzischen Schulordnung von 2009 setzen Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die bereits in der Grundschule am integrativen Unterricht teilgenommen haben, diesen in der Regel auch in der Sekundarstufe I fort.

Integrativer Unterricht findet vorwiegend an Schwerpunktschulen statt. Dies sind in erster Linie Grundschulen, Realschulen plus und Integrierte Gesamtschulen. Obwohl vereinzelt auch an Gymnasien integrativer Unterricht erteilt wird, ist bisher kein Gymnasium als Schwerpunktschule ausgewiesen.

T 6

Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Schuljahr 2010/11 nach Schulstufen und besuchter Schulart/-form

Schulart/-form	Insgesamt		Primarstufe		Sekundarstufe I		Sekundarstufe II		Unter-, Mittel-, Ober- und Werkstufe	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Allgemeine Schule ¹	3 100	17,0	1 406	28,2	1 678	18,2	10	100,0	6	0,1
Förderschule, davon mit Förderschwerpunkt Lernen	15 099	83,0	3 575	71,8	7 520	81,8	-	-	4 004	99,9
Ganzheitliche Entwicklung	8 331	45,8	2 170	43,6	6 018	65,4	-	-	143	3,6
Motorische Entwicklung	2 861	15,7	34	0,7	-	-	-	-	2 827	70,5
Sozial-emotionale Entwicklung	1 322	7,3	238	4,8	339	3,7	-	-	745	18,6
Sprache	862	4,7	247	5,0	615,0	6,7	-	-	-	-
Gehörlose und Schwerhörige	604	3,3	604	12,1	-	-	-	-	-	-
Förderzentrum	600	3,3	197	4,0	321	3,5	-	-	82	2,0
Blinde und Sehbehinderte	343	1,9	68	1,4	181,0	2,0	-	-	94	2,3
	176	1,0	17	0,3	46	0,5	-	-	113	2,8
Insgesamt	18 199	100	4 981	100	9 198	100	10	100	4 010	100

1 Ohne Kollegs und Abendgymnasien.

T 7

Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinen Schulen¹ im Schuljahr 2010/11 nach besuchter Schulart

Schulart/-form	Insgesamt		Davon mit dem Förderschwerpunkt						
			Lernen	Sprache	Motorische Entwicklung	Sozial-emotionale Entwicklung	Blinde und Sehbehinderte	Ganzheitliche Entwicklung	Gehörlose und Schwerhörige
	Anzahl	%							
Förderschule	15 099	83,0	75,9	89,0	95,4	92,5	92,6	92,7	95,1
Allgemeine Schule	3 100	17,0	24,1	11,0	4,6	7,5	7,4	7,3	4,9
Gymnasium	28	0,2	0,1	-	0,8	-	1,1	-	1,0
Integrierte Gesamtschule	443	2,4	3,4	-	0,7	0,8	3,2	1,3	1,6
Realschule plus	959	5,3	8,2	-	0,8	1,8	0,5	1,5	0,5
Freie Waldorfschule	11	0,1	0,0	0,1	-	-	-	0,2	-
Hauptschule	264	1,5	2,2	-	0,1	0,9	-	0,5	-
Grundschule	1 395	7,7	10,1	10,9	2,2	3,9	2,6	3,8	1,9
Insgesamt	18 199	100	100	100	100	100	100	100	100

¹ Ohne Kollegs und Abendgymnasien.

Mehr Wechsel von Förderschulen auf allgemeine Schulen

Schülerinnen und Schüler, deren sonderpädagogischer Förderbedarf an allgemeinen Schulen nicht in ausreichendem Maße erfüllt werden kann, lernen an Förderschulen. Die Aufnahme an der Förderschule erfolgt entweder direkt mit der Einschulung oder durch einen späteren Schulwechsel. Grundsätzlich können diese Schülerinnen und Schüler auch wieder zurück auf eine allgemeine Schule wechseln. Dies ist der Fall, wenn der sonderpädagogische Förderbedarf aufgehoben wird oder wenn eine integrative Bildung an einer Schwerpunktschule gewünscht und möglich ist.

2,8 Prozent aller Kinder an Förderschulen eingeschult

Im Zeitvergleich lässt sich ein Wachstum des Anteils der Einschulungen an Förderschulen feststellen. So erfolgten im Jahr 2010 insgesamt 2,8 Prozent aller Einschulungen an Förderschulen. Das waren 0,8 Prozentpunkte mehr als noch vor zehn Jahren.

Zwischen Förderschulen und allgemeinen Schulen gab es im Jahr 2010 insgesamt 1234 Schulwechsel. Die meisten fanden beim Übergang vom Grundschulbereich zu den weiterführenden Schulen statt. Die Mehrheit der Schulwechsel zwischen dem allgemeinen und dem Förderschulsystem erfolgte dabei von den allgemeinen Schulen auf Förderschulen (79 Prozent).

Gut 1 200 Übergänge zwischen Förderschulen und allgemeinen Schulen

T 8

Einschulungen 2000–2010 nach Schulart

Jahr	Insgesamt ¹	Davon an			
		Grundschulen und Freien Waldorfschulen		Förderschulen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	
2000	44 498	43 598	98,0	900	2,0
2001	42 273	41 401	97,9	872	2,1
2002	42 537	41 684	98,0	853	2,0
2003	44 943	44 033	98,0	910	2,0
2004	43 573	42 557	97,7	1 016	2,3
2005	41 253	40 296	97,7	957	2,3
2006	40 275	39 352	97,7	923	2,3
2007	38 336	37 392	97,5	944	2,5
2008	39 524	38 515	97,4	1 009	2,6
2009	36 048	34 954	97,0	1 094	3,0
2010	34 541	33 557	97,2	984	2,8

¹ Einschließlich wiederholt Einschulte.

T 9

Übergänge zwischen Förderschulen und allgemeinen Schulen¹ 2000–2010

Jahr	Insgesamt	Davon				Anteil der Wechsel an allgemeine Schulen an insgesamt	Schülerinnen und Schüler an Förderschulen	Schülerinnen und Schüler an Förderschulen im Vorjahr
		Wechsel an Förderschulen		Wechsel an allgemeine Schulen				
		Anzahl	% ²	Anzahl	% ³			
2000	1 709	1 602	9,7	107	0,7	6,3	16 498	15 833
2005	1 505	1 308	7,6	197	1,1	13,1	17 272	17 513
2010	1 234	980	6,5	254	1,6	20,6	15 099	15 545

1 Ohne Kollegs und Abendgymnasien. – 2 Anteil der Schülerinnen und Schüler, die im Vorjahr eine allgemeine Schule besucht haben, an allen Schülerinnen und Schülern an Förderschulen im jeweiligen Jahr. – 3 Anteil der Schülerinnen und Schüler, die auf eine allgemeine Schule gewechselt sind, an allen Schülerinnen und Schülern an Förderschulen im Vorjahr.

Zum Schuljahr 2010/11 waren 980 Kinder und Jugendliche von einer allgemeinen Schule auf eine Förderschule gewechselt. Knapp 6,5 Prozent aller Förderschülerinnen und -schüler des aktuellen Schuljahres hatten also im Vorjahr noch eine allgemeine Schule besucht.

Leichter Anstieg der Übergänge an allgemeine Schulen

Umgekehrt wechselten im Jahr 2010 insgesamt 254 Kinder und Jugendliche von einer Förderschule auf eine allgemeine Schule. Bezogen auf die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die im Vorjahr eine Förderschule besucht hatten, entspricht das einem Anteil von 1,6 Prozent.

In den letzten zehn Jahren lässt sich ein Rückgang der Übergänge von allgemeinen Schulen auf Förderschulen feststellen, während gleichzeitig der Anteil der Wechsel von Förderschulen auf allgemeine Schulen leicht zunahm.

Fazit

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist in den letzten zehn Jahren leicht gestiegen. Die meisten dieser Kinder und Jugendlichen werden an Förderschulen unterrichtet. Diese Einrichtungen bieten kleinere Klassen und auf die jeweiligen Förderbedarfe abgestimmte Bildungsangebote.

In den vergangenen Jahren wurde die bisherige Praxis der weitgehend separaten Bildungsangebote für förderungsbedürftige Kinder und Jugendliche zunehmend hinterfragt. Zudem begann auch in Rheinland-Pfalz eine stärkere Orientierung hin zu einem gemeinsamen Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern.

Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden seither immer häufiger auch an allgemeinen Schulen unterrichtet. Dies gilt insbesondere für den Grundschulbereich. Doch auch an weiterführenden Schulen wird mit dem Ausbau der Schwerpunktschulen der integrative Unterricht immer öfter möglich.

Ob mit dem Ausbau der integrativen Bildungsangebote auch der Anteil jener Schülerinnen und Schüler steigt, die zu einem allgemeinbildenden Abschluss geführt werden können, wird in den nächsten Jahren zu beobachten sein.

Bettina Link, Diplom-Soziologin, Mag. rer. publ. leitet das Referat Bildung.

Landwirtschaftszählung 2010

Teil 1: Strukturen in den landwirtschaftlichen Betrieben

Von Jörg Breitenfeld

Mit der Landwirtschaftszählung 2010 erfolgte eine umfassende Bestandsaufnahme der Strukturen in der Landwirtschaft. Hierbei wurden rund 20 600 Betriebe ermittelt, die überwiegend als Familienbetrieb geführt werden und im Schnitt jeweils 34 Hektar bewirtschaften. Für 42 Prozent der rheinland-pfälzischen Betriebe ist der Weinbau der wichtigste Produktionszweig.

In diesem Beitrag werden die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 bezüglich der Struktur der Betriebe analysiert. In der nächsten Ausgabe des Statistischen Monatsheftes werden die Resultate der Landwirtschaftszählung in Rheinland-Pfalz hinsichtlich der Produktionsgrundlagen vorgestellt.

Immer weniger landwirtschaftliche Betriebe

Durchschnittlich 34 Hektar je Betrieb

In der Landwirtschaft ist seit Jahrzehnten zu beobachten, dass einerseits die Zahl der Betriebe zurückgeht und andererseits die Größe der verbliebenen Betriebe zunimmt. Im März 2010 wurden noch 20 564 landwirtschaftliche Betriebe in Rheinland-Pfalz gezählt, die über durchschnittlich 34 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) verfügen. Insgesamt bewirtschaften die Betriebe rund 705 200 Hektar bzw. knapp 36 Prozent der Landesfläche. Gegenüber 1999, dem Jahr der letzten Landwirtschaftszählung, nahm die Zahl der Betriebe von 35 475 Betrieben um 42 Prozent ab. Im selben Zeitraum verringerte sich die LF jedoch nur geringfügig, und zwar um rund 10 600

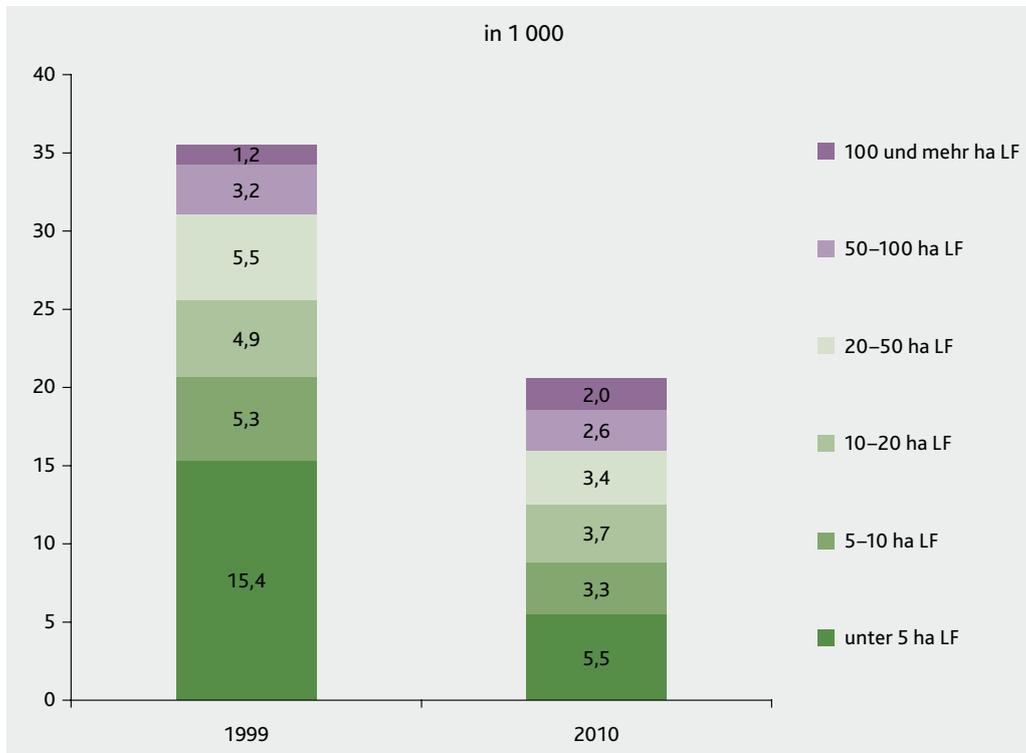
Hektar bzw. 1,5 Prozent. Als Folge davon stieg die durchschnittliche Betriebsgröße um 14 Hektar. Ermöglicht wurde diese Entwicklung durch den technischen Fortschritt. So kann eine Arbeitskraft heute deutlich mehr Fläche bewirtschaften und größere Tierbestände betreuen als dies in der Vergangenheit der Fall war. Unter statistisch-methodischen Gesichtspunkten ist beim Zeitvergleich allerdings zu berücksichtigen, dass bei dieser Landwirtschaftszählung die unteren Erfassungsgrenzen erneut angehoben wurden und somit die Veränderungsdaten „überschätzt“ sind.

Die zunehmende Flächenausstattung der Betriebe zeigt sich auch in der Betriebsgrößenstruktur. So hat seit 1999 nur noch die Zahl der Betriebe mit mindestens 100

Ein Zehntel der Betriebe bewirtschaftet 45 Prozent der LF

G1

Landwirtschaftliche Betriebe 1999–2010 nach Größenklassen der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)



Hektar LF zugenommen. Sie stieg von 1 235 auf 1 980 Betriebe (+60 Prozent). Diese Betriebe bewirtschaften mittlerweile 45 Prozent der gesamten LF und haben damit ihren Anteilswert seit 1999 (24 Prozent) fast verdoppelt.

Eine weitere Differenzierung dieser Größenklasse zeigt, dass sich insbesondere die Zahl der Betriebe mit mehr als 200 Hektar LF erhöht hat. Mittlerweile verfügen 356 Betriebe (1,7 Prozent) über mindestens 200 Hektar LF. Im Jahr 1999 hatten nur rund 100 Betriebe (0,3 Prozent) eine entsprechende Flächenausstattung.

Ein Viertel der Betriebe kleiner als fünf Hektar

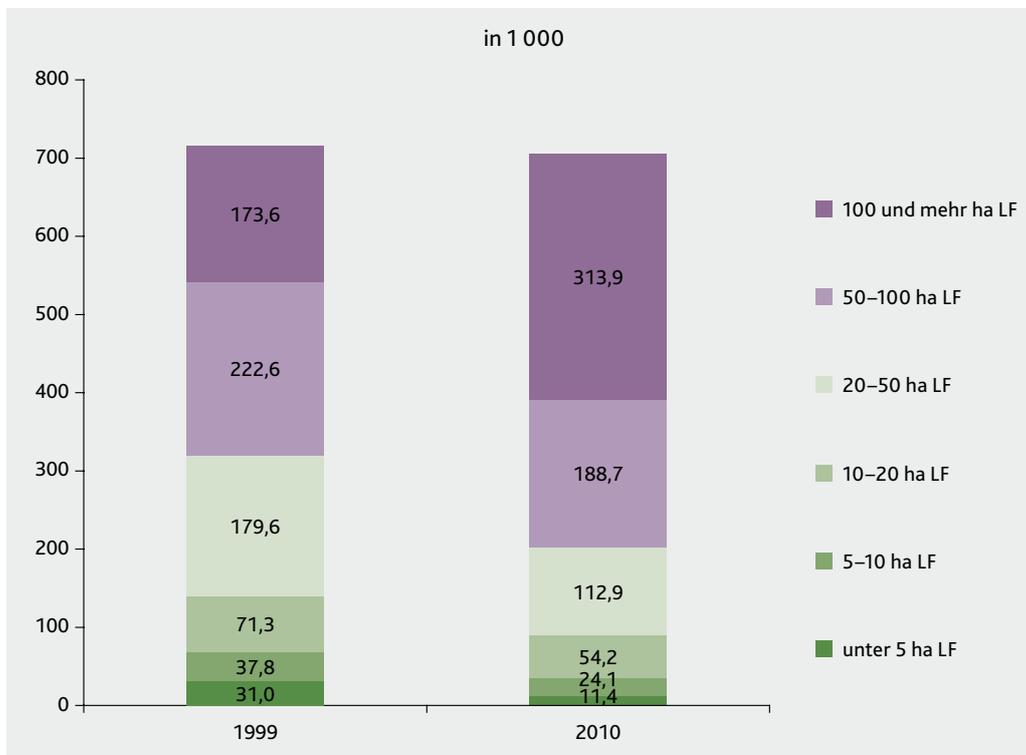
Die meisten Betriebe sind allerdings nach wie vor der Größenklasse bis fünf Hektar zuzuordnen. Auf diese Größenklasse (5 500 Betriebe) entfallen trotz der Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen noch 27 Prozent aller Betriebe. Im Rahmen der Landwirtschafts-

zählung 1999 waren in dieser Größenklasse noch 15 400 bzw. 43 Prozent aller Betriebe registriert worden. Zurückzuführen ist die immer noch große Bedeutung dieser Größenklasse vor allem auf den Weinbau. Mit 11 400 Hektar LF bewirtschaften die kleinen Betriebe allerdings nur noch 1,6 Prozent der gesamten LF. Gut zehn Jahre zuvor waren es noch 4,3 Prozent.

Bundesweit wurden 2010 nach dem noch vorläufigen Ergebnis der Landwirtschaftszählung 300 700 landwirtschaftliche Betriebe gezählt, die im Durchschnitt 56 Hektar bewirtschaften. Im Hinblick auf die geringere durchschnittliche Flächenausstattung in Rheinland-Pfalz ist zu berücksichtigen, dass im Land vielfach Sonderkulturen wie Wein und Obst angebaut werden. Im Vergleich zum Getreidebau ermöglichen diese eine hohe Wertschöpfung pro Flächeneinheit.

G 2

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) der landwirtschaftlichen Betriebe 1999 bis 2010 nach Größenklassen der LF



Den Betrieben genügt deshalb eine kleinere Flächenausstattung, um als Familienbetrieb ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften. Die große Bedeutung des Weinbaus zeigt sich auch bei der Betrachtung der durchschnittlichen Rebfläche je Betrieb, die in Rheinland-Pfalz mit durchschnittlich sechs Hektar deutlich größer ist als im gesamten Bundesgebiet mit vier Hektar.

Weinbau bestimmt die Betriebsstruktur

Fast jeder zweite Betrieb betreibt Weinbau

Einen Einblick in die Produktionsstrukturen vermittelt die Aufbereitung nach der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung der Betriebe. Sie weist aus, dass 42 Prozent der Betriebe vorwiegend Weinbau betreiben. Zusammen mit den Obstbaubetrieben gehören sie zu den Dauerkulturbetrieben

(9 194 Betriebe), die insgesamt auf einen Anteil von fast 45 Prozent kommen; ein Wert der in keinem anderen Bundesland erreicht wird. Die hohe Wertschöpfung je Hektar Dauerkulturen zeigt sich daran, dass die Dauerkulturbetriebe nur 13 Prozent der LF bewirtschaften.

Ein weiterer wichtiger Produktionsschwerpunkt ist der Futterbau¹, der sowohl die Milchproduktion als auch die Rind-, Schaf- und Ziegenhaltung umfasst. Insgesamt betreiben 4 996 Betriebe (24 Prozent) überwiegend Futterbau. Sie bewirtschaften mit 37 Prozent den größten Teil der LF. Auf die Milchproduktion sind 1 857 Betriebe spezialisiert. Des Weiteren stellt der Ackerbau für 18 Prozent der Betriebe einen Schwerpunkt dar. Diese verfügen zusammen über ein Viertel der LF. In der Veredlung oder dem Gartenbau haben nur wenige Betriebe ihren Produkti-

Futterbau zweitgrößter Bereich

¹ Im Hinblick auf die betriebswirtschaftliche Ausrichtung wird dieser Schwerpunkt Futterbau-Weidevieh genannt.

Zur Methode

Landwirtschaftszählungen

Mit der im März 2010 durchgeführten Landwirtschaftszählung (LZ) fand nach zehn Jahren wieder ein Zensus bei landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland statt. Die LZ ist Teil des von der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen (FAO) initiierten weltweiten Agrarzensus. Dies ist der neunte Zensus seit 1930 und wird von mehr als 100 Staaten im Zeitraum von 2006 bis 2015 durchgeführt. In der Europäischen Union wurde die Landwirtschaftszählung 2010 federführend durch das Statistische Amt der Europäischen Union geplant und in der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 umgesetzt. Das gewährleistet europaweit eine weit gehend harmonisierte Befragung aller landwirtschaftlichen Betriebe als eine grundlegende Voraussetzung für die Bereitstellung von vergleichbaren Informationen.

Gegenüber früheren Landwirtschaftszählungen wurden in Deutschland die unteren Erfassungsgrenzen angehoben und die Merkmalsausprägungen und Definitionen an die europäischen Vorgaben angepasst. Das Erhebungsprogramm umfasst neben den „traditionellen“ Merkmalen (z. B. zur pflanzlichen und tierischen Produktion), auch Angaben mit denen neuen Datenbedürfnissen entsprochen wird (z. B. hinsichtlich der Bewirtschaftungs- und Produktionsmethoden).

Zusätzlich fanden in Deutschland und der Europäischen Union alle zwei Jahre Strukturserhebung in der Landwirtschaft

statt. National werden diese Erhebungen als Agrarstrukturserhebungen bezeichnet. Das Merkmalsprogramm ist gegenüber dem einer Landwirtschaftszählung nicht so umfassend und wird oftmals nur repräsentativ erhoben.

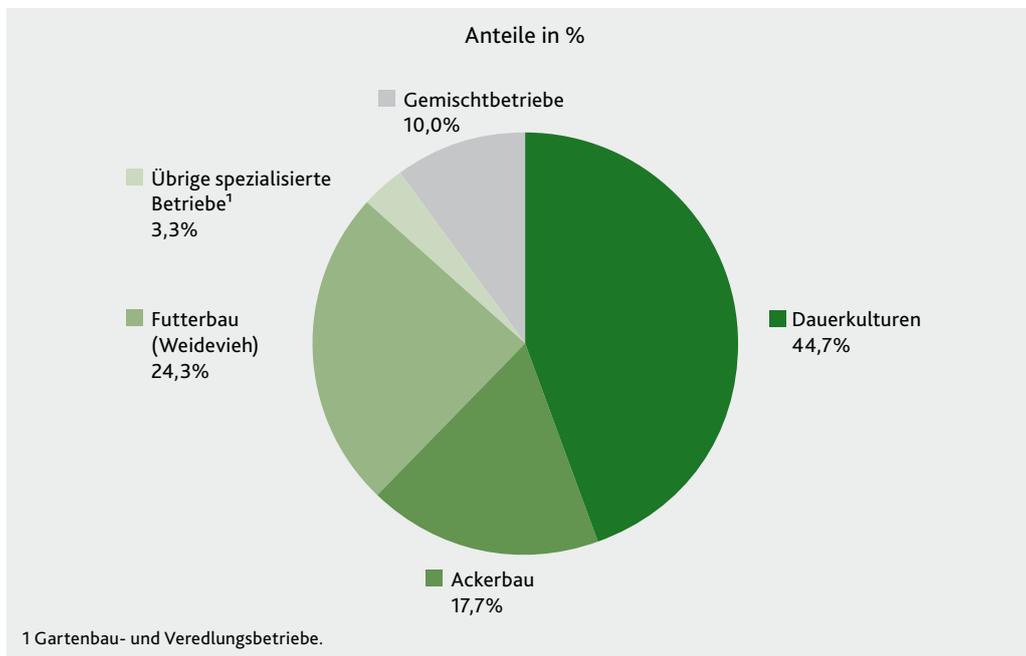
Erhebungs- und Darstellungsbereich

Landwirtschaftliche Betriebe sind seit dem Jahr 2010 Erhebungseinheiten mit mindestens

- fünf Hektar LF,
- zehn Rindern,
- 50 Schweinen oder zehn Zuchtsauen,
- 20 Schafen,
- 20 Ziegen,
- 1 000 Stück Geflügel,
- 0,5 Hektar Hopfenfläche,
- 0,5 Hektar Tabakfläche,
- ein Hektar Dauerkulturfläche im Freiland,
- jeweils 0,5 Hektar Rebfläche, Baumschulfläche oder Obstfläche,
- 0,5 Hektar Gemüse- oder Erdbeerfläche im Freiland,
- 0,3 Hektar Blumen- oder Zierpflanzenfläche im Freiland,
- 0,1 Hektar Fläche unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen oder
- 0,1 Hektar Produktionsfläche für Speisepilze.

G 3

Landwirtschaftliche Betriebe 2010 nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung



onsschwerpunkt. Neben den spezialisierten Betrieben gibt es nach wie eine große Zahl von Betrieben, die aus zwei und mehr Produktionsrichtungen ihr Einkommen erzielen. Rund jeder zehnte Betrieb wurde 2010 den Gemischtbetrieben zugeordnet.

Gemischtbetriebe mit der größten Flächenausstattung

Aufgrund der unterschiedlichen Wertschöpfung, die die Betriebe je Hektar erzielen, schwankt die Flächenausstattung deutlich: Während die Dauerkulturbetriebe mit durchschnittlich zehn Hektar nur eine geringe Flächenausstattung aufweisen, verfügen die Gemischtbetriebe mit 70 Hektar über die größte Flächenausstattung je Betrieb. Die Futterbaubetriebe kommen im Mittel auf 52 Hektar, die Ackerbaubetriebe auf 50 Hektar.

Landwirtschaftliche Betriebe zumeist als Familienbetriebe bewirtschaftet

Nach wie vor wird der überwiegende Teil der landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-

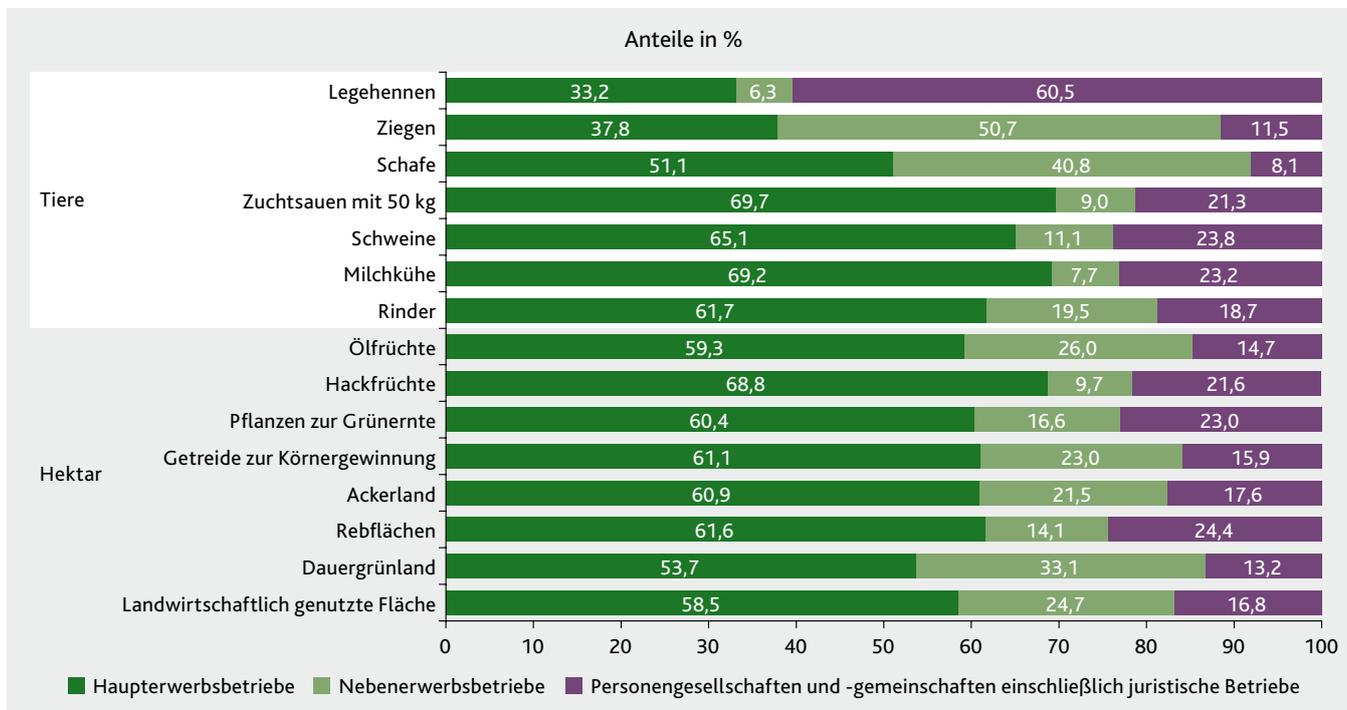
Pfalz als Familienbetrieb geführt, d. h., die rechtliche Verantwortung liegt bei einer Einzelperson oder einem Ehepaar. Rund 18 500 bzw. 90 Prozent der Betriebe weisen die Rechtsform Einzelunternehmen auf. Im Jahr 1999 lag der Anteilswert noch bei knapp 95 Prozent.

Neun von zehn Betrieben werden als Familienbetrieb geführt

Zugenommen hat insbesondere der Anteil der Personengesellschaften. Knapp 1900 Betriebe bzw. 9,1 Prozent werden in dieser Rechtsform geführt. Innerhalb der Personengesellschaften bildet die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) die wichtigste Form. Ein Grund für die Bildung einer GbR ist z. B. die Einbindung des Hofnachfolgers in den Betrieb durch eine sogenannte Vater-Sohn-GbR. Ein weiterer wichtiger Anlass für die Gründung einer GbR ist die Ausschöpfung von Synergieeffekten bei einer größeren Flächenausstattung und größeren Viehbeständen. Zugleich ist auch eine Vertretung im Krankheitsfall sichergestellt.

G 4

Bodennutzung und Viehhaltung landwirtschaftlicher Betriebe 2010 nach Rechtsformen und sozialökonomischen Betriebstypen



Personengesellschaften weisen größere Produktionsgrundlagen auf

Die durchschnittliche Flächenausstattung der Personengesellschaften fällt aus den genannten Gründen mit 60 Hektar fast doppelt so hoch aus wie die der Einzelunternehmen (32 Hektar). Ebenso sind die Viehbestände mit durchschnittlich 151 Rindern je Betrieb (Einzelunternehmen: 62) und 471 Schweinen je Betrieb (Einzelunternehmen: 178) bei den Personengesellschaften größer. Nur gut 100 Betriebe weisen eine juristische Person als Betriebsinhaber aus.

Haupterwerbsbetriebe deutlich größer

Nebenerwerbsbetriebe überwiegen

Mehr als die Hälfte der Familienbetriebe (53 Prozent) wird im Nebenerwerb bewirtschaftet, d. h., weniger als 50 Prozent der Gesamteinkünfte des Betriebsinhabers bzw. Betriebsinhaberehepaars werden mit der Landwirtschaft erzielt. Im Vergleich zu 1999 nahm die Zahl der erfassten Nebenerwerbsbetriebe von 20 600 um mehr als die Hälfte

auf 9 900 ab. Bei den Haupterwerbsbetrieben verringerte sich die Anzahl um rund ein Drittel von 13 000 auf 8 700.

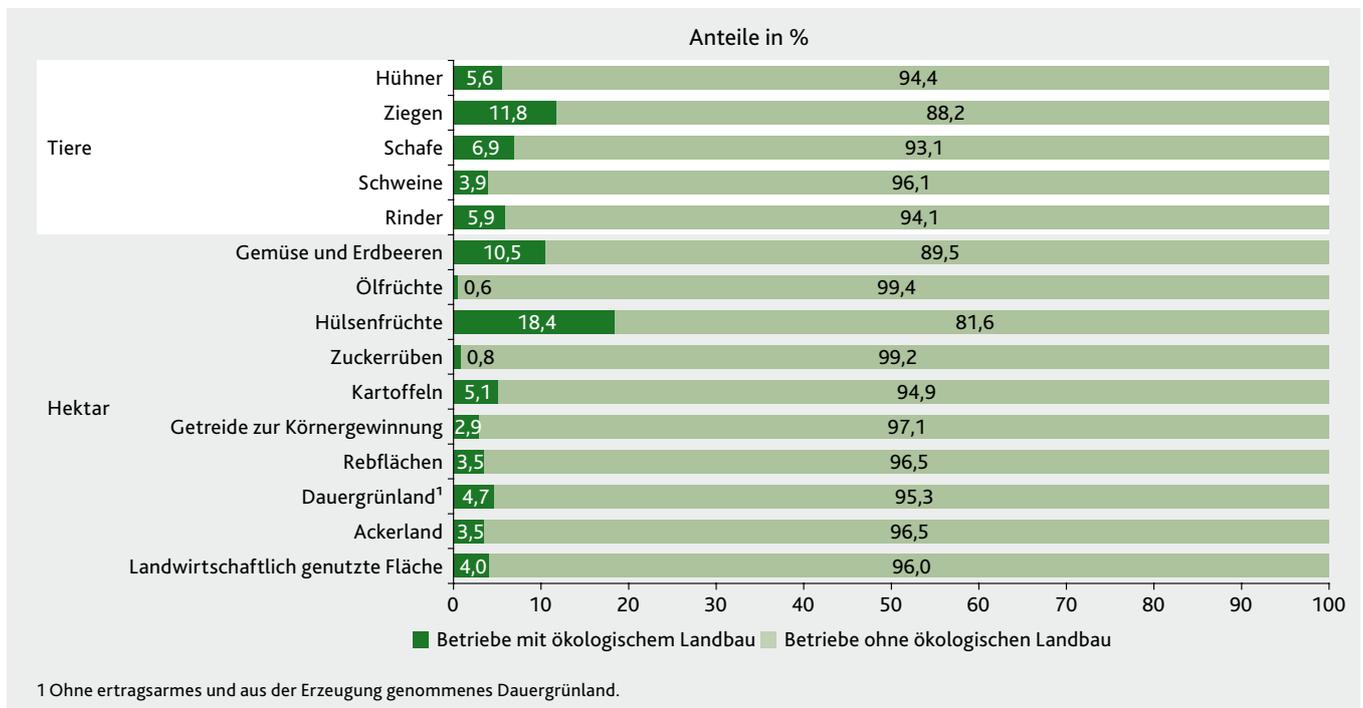
Dabei ist allerdings die Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen zu berücksichtigen, die sich insbesondere zu Lasten der Zahl an Nebenerwerbsbetrieben auswirkt.

Der Anteil der Haupterwerbsbetriebe nimmt dabei mit zunehmender Betriebsgröße zu. Während nur 32 Prozent der Familienbetriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche bis fünf Hektar LF im Haupterwerb bewirtschaftet wird, sind es in der Größenklasse 100 Hektar und mehr 88 Prozent. Bei den flächenmäßig kleineren Haupterwerbsbetrieben handelt es sich vielfach um Weinbau- oder Gartenbaubetriebe. Sie können aufgrund der hohen Flächenproduktivität auch auf kleineren Flächen ein ausreichendes Einkommen sicherstellen.

Haupterwerbsbetriebe überwiegen bei den größeren Betrieben

G 5

Ausgewählte Merkmale für landwirtschaftliche Betriebe 2010 nach Art der Bewirtschaftung



Wie sich aus der Betrachtung der Größenklasse schon erkennen lässt, verfügen die Haupterwerbsbetriebe über den größten Teil der landwirtschaftlich genutzten Flächen und halten zugleich den größeren Teil der Viehbestände. So bewirtschaften sie knapp 59 Prozent der Fläche aller Betriebe und sind mit durchschnittlich 48 Hektar deutlich größer als die Nebenerwerbsbetriebe (18 Hektar). In den Ställen der Haupterwerbsbetriebe stehen gut 62 Prozent der 368 900 im Land gehaltenen Rinder und 65 Prozent der 258 200 Schweine. Die durchschnittliche Bestandsgröße beträgt in einem Vieh haltenden Haupterwerbsbetrieb 94 Rinder und 292 Schweine. Nebenerwerbsbetriebe erreichen durchschnittliche Bestandsgrößen von 30 Rindern und 54 Schweinen.

Für die Inhaber der Nebenerwerbsbetriebe stellen außerbetriebliche Einkünfte (z. B. Erwerbseinkommen, Kapitaleinkünfte, Mie-

ten) die Haupteinkommensquelle dar. Hierbei kommt dem außerbetrieblichen Erwerbseinkommen die größte Bedeutung zu. Rund 76 Prozent der Betriebsinhaber eines Nebenerwerbsbetriebes üben eine außerbetriebliche Beschäftigung aus. Bei den Haupterwerbsbetrieben sind es nur acht Prozent. Durch die außerbetriebliche Erwerbstätigkeit steht für die Bewirtschaftung eines landwirtschaftlichen Betriebes nur begrenzt Arbeitszeit zur Verfügung und die betrieblichen Tätigkeiten müssen häufig am Abend und am Wochenende erledigt werden. In den Haupterwerbsbetrieben sind darüber hinaus mit 49 000 Personen mehr als doppelt so viele Personen beschäftigt wie in Nebenerwerbsbetrieben (23 800 Personen). Die große Bedeutung der außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit bei den Nebenerwerbsbetrieben hat natürlich auch Auswirkungen auf die Zahl der im landwirtschaftlichen

Nebenerwerbsbetriebe: Außerbetriebliche Erwerbstätigkeit wichtige Einkommensquelle

Betrieb Vollbeschäftigten. Während bei den Nebenerwerbsbetrieben nur sieben Prozent der Personen vollbeschäftigt sind, beträgt der Anteil in Haupterwerbsbetrieben rund 25 Prozent.

Ökolandbau gewinnt an Bedeutung

Die steigende Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln veranlasst immer mehr Landwirte auf entsprechende Anbauverfahren umzustellen. So nahm die Zahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe von 370 im Jahr 1999 auf zuletzt über 800 Betriebe zu. Insgesamt stieg der Anteil der Ökobetriebe auf vier Prozent aller Betriebe. Die Ökobetriebe bewirtschaften im Jahr 2010 insgesamt eine LF von 38 000 Hektar bzw. 5,4 Prozent der gesamten LF. Fast 95 Prozent dieser Fläche sind dabei bereits auf eine ökologische Bewirtschaftung umgestellt oder befinden sich auf dem Weg dorthin.

Ökobetriebe
bewirtschaften
5,4 Prozent
der LF

Im Vergleich zu den konventionell wirtschaftenden Betrieben verfügen die Ökobetriebe über eine größere Flächenausstattung. Mit durchschnittlich 46 Hektar LF sind sie rund ein Drittel größer als konventionelle Betriebe mit durchschnittlich 34 Hektar. Ein Grund für die größere Flächenausstattung ist der höhere Anteil von Haupterwerbsbetrieben und Personengesellschaften im Ökolandbau. Rund 54 Prozent der ökologisch ausgerichteten Einzelunternehmen sind als Haupterwerbsbetrieb klassifiziert worden. Die Personengesellschaften haben einen Anteilswert von knapp 13 Prozent.

Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen auf Höchststand

Die durch Betriebsaufgaben frei werdenden Flächen werden vielfach von den weiterwirtschaftenden Betrieben übernommen. Die einzelbetriebliche Vergrößerung der Flä-

chenausstattung erfolgt dabei überwiegend auf dem Wege der Zupacht. Im März 2010 waren 65 Prozent bzw. 461 200 Hektar der gesamten LF gepachtet.

Durchschnittlich wird ein Pachtentgelt von 199 Euro je Hektar für die von familienfremden Personen gepachteten Flächen bezahlt. Das ist gegenüber 1999 ein Anstieg um zwölf Prozent bzw. 21 Euro. Ein wesentlicher Faktor, der den Pachtpreis bestimmt, ist die Nutzungsmöglichkeit der Fläche. Die höchsten Pachtpreise werden mit 857 Euro je Hektar für Rebflächen gezahlt. Gegenüber 1999 ist dieser Pachtpreis um 2,6 Prozent zurückgegangen. Ackerland kostet durchschnittlich 195 Euro je Hektar. Im Gegensatz zu den Rebflächen weist Ackerland einen steigenden Pachtpreis auf. Im Vergleich zu 1999 stieg der Durchschnittspreis um 13 Prozent bzw. 23 Euro. Die Pachten für Dauergrünland erhöhten sich um vier Euro auf 89 Euro je Hektar.

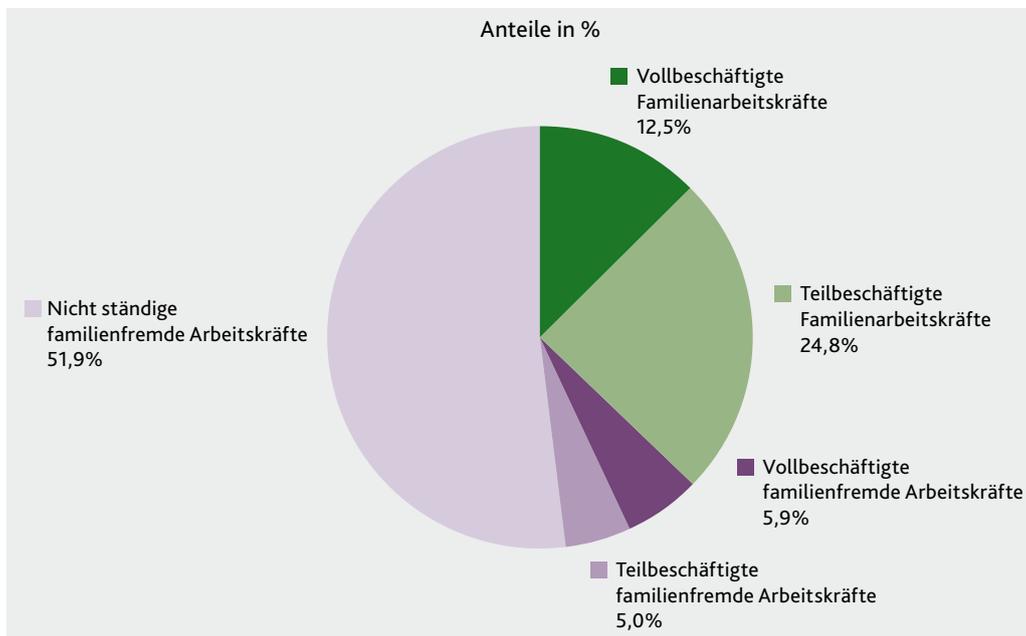
Viele Saison- oder Aushilfsarbeitskräften beschäftigt

In der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft hat die Beschäftigung von Saison- oder Aushilfskräften eine große Bedeutung, da viele Arbeiten – wie beispielsweise die Gemüseernte oder die Weinlese – stets nur in begrenzten Zeiträumen zu erledigen sind. Im Jahr 2010 wurden noch knapp 99 400 Personen gezählt, von denen über die Hälfte als Saison- oder Aushilfskräfte (52 Prozent) eingesetzt wurde. Für nur 18 300 Personen wurde eine Vollbeschäftigung registriert. Einer regelmäßigen Tätigkeit, deren Umfang aber keine Vollbeschäftigung ausmacht, gingen 29 600 Personen nach. Der hohe Anteil Teilbeschäftigter ist u. a. auf die große Zahl an Nebenerwerbsbetrieben zurückzuführen.

Saisonarbeitskräfte besonders im Gemüse- und Weinbau

G 6

Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben 2010 nach dem Status



Im Vergleich zum Jahr 1999 nahm die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Arbeitskräfte um 19 Prozent ab. Während sich der Umfang der Saisonkräfte nur geringfügig verringerte (-2,4 Prozent), sank die Zahl der Vollbeschäftigten um elf Prozent. Die Anzahl der Teilbeschäftigten fiel sogar um 41 Prozent. Der Rückgang der Beschäftigtenzahlen ist u. a. auf den Strukturwandel in der Landwirtschaft zurückzuführen. So setzen größere Betriebe in der Regel Arbeitskräfte sparende Techniken ein. Bei einem zeitlichen Vergleich sind aber auch die Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen und die geänderte Befragungsmethodik zu berücksichtigen.

Familienarbeitskräfte dominieren

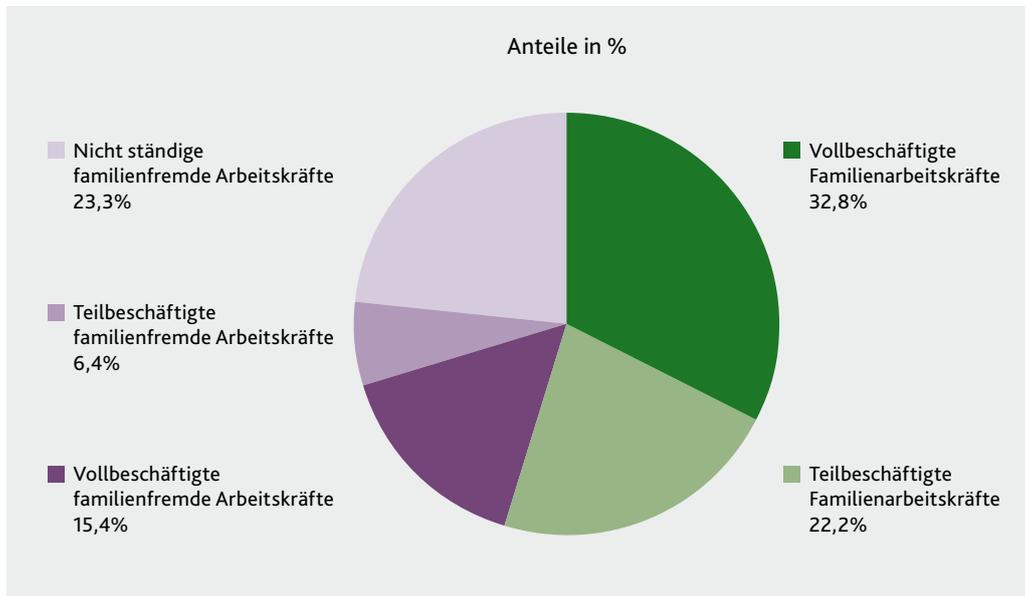
Vollbeschäftigte Familienarbeitskräfte vor allem in Hauptidebetrieben

Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal bietet die Differenzierung nach Familienarbeitskräften und familienfremden Arbeitskräften. Die Zahl der Familienarbeitskräfte (37 000 Personen), die definitionsgemäß nur in Betrieben der Rechtsform eines Einzelun-

ternehmens beschäftigt sind, verringerte sich gegenüber 1999 um 39 Prozent. Diese Entwicklung entspricht fast dem Rückgang der Anzahl an Betrieben. Die Verringerung der Zahl vollbeschäftigter Familienarbeitskräfte belief sich dagegen nur auf 13 Prozent. Im Jahr 2010 waren in 9 000 Betrieben noch 12 400 Familienarbeitskräfte vollbeschäftigt. In 86 Prozent aller Fälle handelte es sich dabei um einen Hauptidebetrieb.

Neben den Saison- und Familienarbeitskräften werden in der Landwirtschaft familienfremde Arbeitskräfte ständig beschäftigt. Im Jahr 2010 waren dies rund 10 800 Personen. Gegenüber 1999 stellt das eine Zunahme von 1100 Personen dar. Dies dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass bei den Betrieben, die als Personengesellschaften geführt werden, alle ständig Beschäftigten zu den familienfremden Arbeitskräften gezählt werden. Deren Veränderung lag gegenüber 1999 deutlich unter der der Familienbetriebe. Insgesamt gaben 3 600

G7

Arbeitskräfteeinheiten in landwirtschaftlichen Betrieben 2010
nach dem Status

Betriebe (davon 1 600 Familienbetriebe) an, dass sie familienfremde Arbeitskräfte einsetzen. Die Mehrzahl der Personen (62 Prozent) ist in einem Betrieb der Rechtsform Personengesellschaft beschäftigt.

Betriebsinhaber erbringen rund 32 Prozent der Arbeitsleistung

Arbeitsumfang
entspricht
37 900 AK-
Einheiten

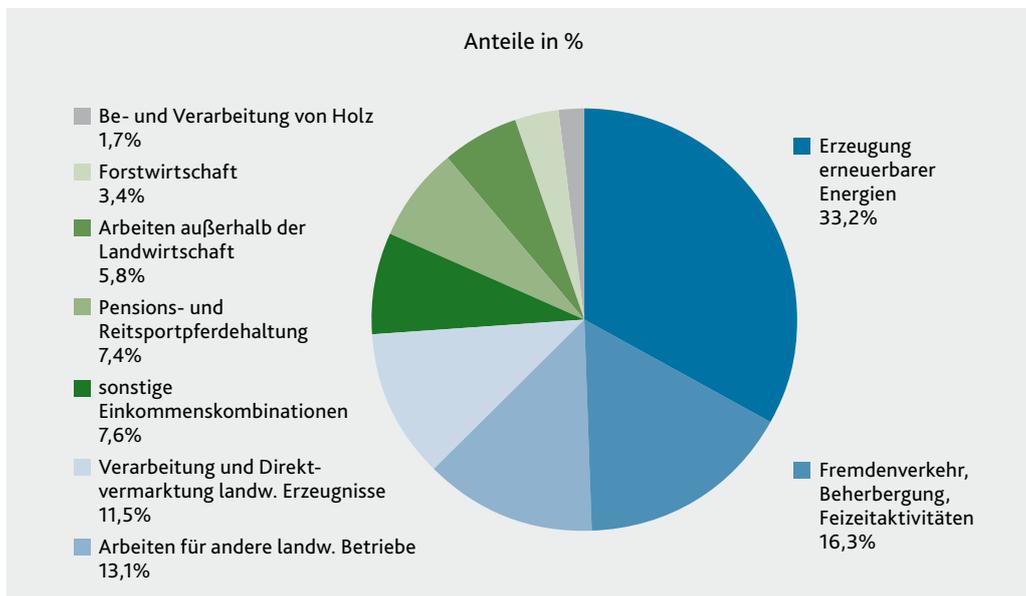
Um die unterschiedliche Arbeitsleistung der Teilbeschäftigten und der saisonal Beschäftigten miteinander vergleichen zu können, erfolgt im Rahmen der Auswertung der Landwirtschaftszählung eine Umrechnung auf Vollbeschäftigten-Einheiten (AK-Einheiten). Die in der Landwirtschaft Tätigen leisteten 2010 knapp 37 900 AK-Einheiten, d. h., die in den Betrieben anfallenden Arbeiten hätten rechnerisch auch durch eine entsprechende Anzahl an Vollbeschäftigten erledigt werden können. Wird dieser Wert auf die Fläche bezogen, so errechnen sich 5,4 AK-Einheiten je 100 Hektar LF. Der Vergleichswert lag 1999 bei 5,7 AK-Einheiten je 100 Hektar.

Ein beachtlicher Teil der Arbeiten wird von den Betriebsinhabern erbracht, auf die fast 12 100 AK-Einheiten entfallen. Das sind fast 32 Prozent der gesamten Arbeitsleistung. Die übrigen Familienarbeitskräfte kommen auf 8 800 AK-Einheiten (23 Prozent). Die Arbeitsleistung der familienfremden Arbeitskräfte entspricht etwa 17 100 AK-Einheiten (45 Prozent). Knapp die Hälfte davon entfällt auf die ständigen familienfremden Arbeitskräfte. Den Rest leisten die Saisonarbeitskräfte.

Mit zunehmender Betriebsgröße nimmt die Zahl der AK-Einheiten je 100 Hektar LF ab. Da sich in den unteren Größenklassen vermehrt Wein- und Gartenbaubetriebe befinden, die aufgrund der arbeitsintensiveren Produktionsverfahren einen höheren Arbeitskräfteeinsatz haben, ist die Beobachtung erklärbar. Die in der Regel flächenstärkeren Marktfrucht- und Futterbaubetriebe benötigen demgegenüber deutlich weniger Arbeitskräfte. Darüber hinaus ist in größeren Betrieben die Mechanisierung deutlich

Kleine Betriebe
mit hohem
Arbeitsbedarf

G 8

Landwirtschaftliche Betriebe mit Einkommenskombinationen 2010
nach Art der Einkommenskombination

weiter fortgeschritten. Umgerechnet 56 AK-Einheiten je 100 Hektar LF werden in den Betrieben unter fünf Hektar LF geleistet. Die Betriebe mit 100 Hektar LF kommen dagegen nur auf 2,9 AK-Einheiten je 100 Hektar.

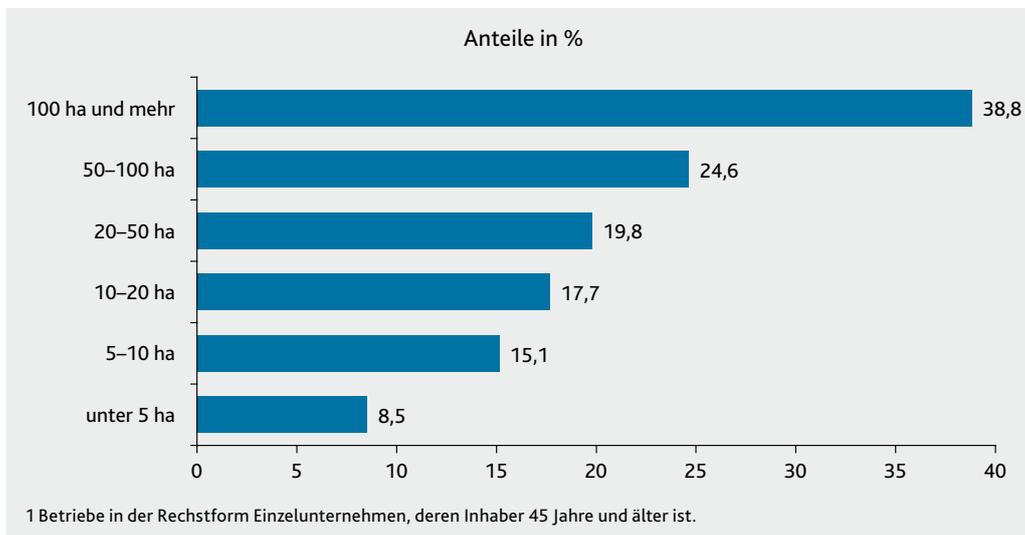
Jeder vierte Betrieb verfügt über Einkommensalternativen

Viele Betriebe erzielen mit der Produktion landwirtschaftlicher Produkte kein ausreichendes Einkommen, sodass weitere Einkommensquellen erschlossen werden. Neben der Aufnahme einer außerbetrieblichen Tätigkeit, verfügt knapp ein Viertel der Betriebe über sogenannte Einkommenskombinationen. Nach den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung gab es im Jahr 2010 in Rheinland-Pfalz knapp 5 300 Betriebe mit Einkünften aus zusätzlichen Tätigkeiten. Anzugeben waren aber nur Einkommenskombinationen, die nicht auf einen rechtlich selbstständigen Gewerbebetrieb zurückgingen.

Eine Betrachtung der einzelnen Aktivitäten zeigt, dass die Einkommensalternative „Erzeugung erneuerbarer Energien“ mit 2 300 Nennungen am häufigsten genannt wurde. Dazu zählen das Betreiben von Fotovoltaik-, Windkraft- und Biogasanlagen sowie die Verwertung von nachwachsenden Rohstoffen zur Erzeugung von Wärme und Strom, sofern diese Anlagen nicht ausschließlich dem Eigenverbrauch dienen. Eine weitere, häufig genannte Einkommenskombination resultiert aus dem Segment „Fremdenverkehr, Beherbergung, Freizeitaktivitäten“ mit 1 200 Nennungen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Beherbergung häufig als gewerblicher Betrieb geführt wird und dementsprechend nicht anzugeben war. Weiterhin kommt der Durchführung von Arbeiten für andere landwirtschaftliche Betriebe (900 Betriebe) sowie der Verarbeitung und Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit gut 800 Nennungen eine größere Bedeutung zu. In diese Kombination wurde im Gegensatz zu

Viele Betriebe investieren in Erzeugung erneuerbare Energien

G 9

Landwirtschaftlichen Betriebe¹ 2010 mit Hofnachfolge nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

früheren Auswertungen die Weiterverarbeitung von Wein nicht mit einbezogen.

Außerbetriebliche Erwerbstätigkeit weit verbreitet

Neben den Einkünften aus einer Einkommenskombination ist ein Drittel der Familienarbeitskräfte außerbetrieblich erwerbstätig. Von diesen 12 300 Personen sind 65 Prozent außerbetrieblich vollbeschäftigt. Die Gliederung nach den Größenklassen der LF zeigt, dass mit zunehmender Betriebsgröße der Anteil der Familienarbeitskräfte, die eine außerbetriebliche Erwerbstätigkeit ausüben, deutlich zurückgeht. Während in den Betrieben unter zehn Hektar LF rund 38 Prozent der Familienarbeitskräfte außerbetrieblich tätig sind, trifft dies bei den Betrieben über 200 Hektar LF nur noch für zwölf Prozent zu.

Die Untergliederung nach Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben zeigt, dass der überwiegende Teil der Familienarbeitskräfte mit einer außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit in einem Nebenerwerbsbetrieb tätig

ist. Während dies auf mehr als jede zweite Familienarbeitskraft (57 Prozent) eines Nebenerwerbsbetriebes zutrifft, ist es in den Haupterwerbsbetrieben nicht einmal jede Zehnte (neun Prozent).

Nur jeder sechste landwirtschaftliche Familienbetrieb verfügt über einen Hofnachfolger

Ein Kriterium für die Beurteilung des zukünftigen Strukturwandels in der Landwirtschaft ist die Zahl junger Menschen, die bereit sind, einen landwirtschaftlichen Betrieb fortzuführen. Da es sich hierbei um einen in die Zukunft gerichteten Aspekt handelt, wurden nur Betriebsinhaber befragt, die zum Erhebungszeitpunkt 45 Jahre und älter waren und die ihren Betrieb in der Rechtsform eines Einzelunternehmens führten. Diese Kriterien erfüllen immerhin zwei Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz.

Nur jeder sechste dieser Betriebe (17 Prozent) verfügt über einen Hofnachfolger. In den restlichen Betrieben war kein Hofnachfolger vorhanden oder die Hofnachfolge ist

In zwei von drei Betrieben ist der Betriebsinhaber 45 Jahre und älter

Nur jeder sechste Familienbetrieb mit einem Hofnachfolger

noch ungeklärt. Gegenüber den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung von 1999 nahm der Anteil der Betriebe mit Hofnachfolge um einen Prozentpunkt ab.

Für den geringen Anteil gesicherter Hofnachfolge dürfte eine Vielzahl von Gründen verantwortlich sein. So ist die Arbeitsbelastung in einem landwirtschaftlichen Betrieb deutlich höher als bei einer außerbetrieblichen Beschäftigung. In Vieh haltenden Betrieben kommt hinzu, dass die Tiere auch am Wochenende versorgt werden müssen. Ferner hat sich in den letzten Jahren der Anteil am Einkommen der Betriebe, der sich durch den Verkauf landwirtschaftlicher Produkte erzielen lässt, deutlich verringert. Ein beachtlicher Teil des Einkommens entfällt mittlerweile auf staatliche Ausgleichsleistungen, bei denen befürchtet wird, dass sie auf Dauer gekürzt oder gestrichen werden.

Ein Kriterium für das Vorhandensein eines Hofnachfolgers ist die Betriebsgröße. So

weisen 39 Prozent der Betriebe mit einer Flächenausstattung von 100 und mehr Hektar LF einen Hofnachfolger auf. Die Betriebe unter fünf Hektar LF kommen dagegen nur auf einen Anteil von 8,5 Prozent. Damit wird sich der landwirtschaftliche Strukturwandel in den nächsten Jahren fortsetzen.

Über die fachlichen Voraussetzungen zur Übernahme eines landwirtschaftlichen Betriebes verfügen rund 58 Prozent der 2 400 Hofnachfolger. Diese knapp 1 400 Personen haben bereits eine landwirtschaftliche Ausbildung abgeschlossen bzw. werden eine entsprechende absolvieren. Die übrigen Hofnachfolger weisen zumeist eine nicht landwirtschaftliche Ausbildung auf.

Hofnachfolger verfügen oft über landwirtschaftliche Ausbildung

Jörg Breitenfeld, Diplom-Agraringenieur, leitet das Referat Landwirtschaft und Umwelt.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

Stimmung in der deutschen Wirtschaft bleibt freundlich

ifo Geschäftsklimaindex unverändert

Der ifo Geschäftsklimaindex, der die Stimmung in der deutschen Wirtschaft wiedergibt, hat sich gegenüber dem Vormonat nicht verändert. Nach einem Rückgang um 0,8 Punkte im April blieb der Indexwert im Mai bei 114,2 Punkte. Damit ist der Konjunkturaufschwung ungebrochen. Nach den Spitzenwerten vom Februar und März 2011 befindet sich der ifo Index weiterhin auf dem höchsten Niveau seit der Wiedervereinigung.

ifo Index auf WZ 2008 und Basisjahr 2005 umgestellt

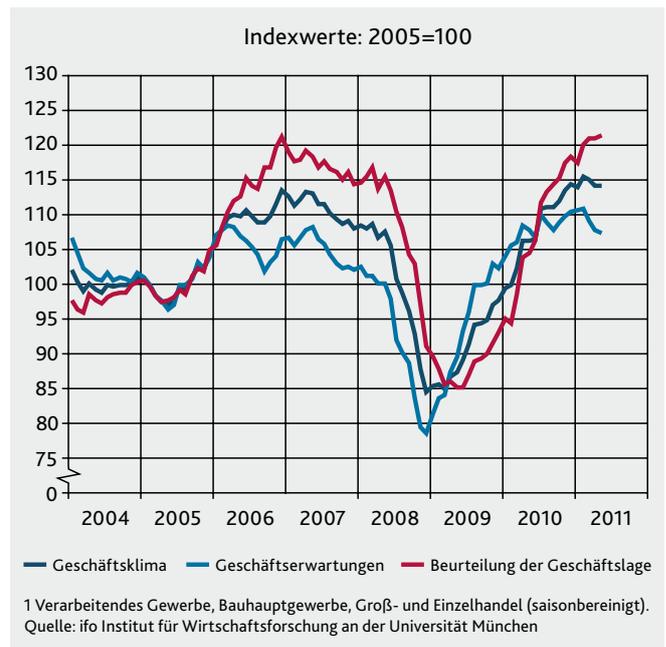
Der ifo Index für die gewerbliche Wirtschaft wird ab dem Monatsbericht Mai 2011 auf Basis einer neuen Gewichtung und der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) berechnet. Zudem erfolgte die Umstellung der Indexreihen auf das neue Basisjahr 2005. Aufgrund der Neuberechnung der Konjunkturtestergebnisse kann es zu deutlichen Abweichungen von den bisherigen Ergebnissen kommen – und zwar nicht nur im Niveau, sondern auch im Verlauf.

Geschäftslage günstiger, Geschäftserwartungen ungünstiger beurteilt

Das aktuelle Klima ist darauf zurückzuführen, dass die Unternehmen ihre Geschäftslage etwas besser einstufen als zuletzt, während sich die Geschäftsaussichten für die kommenden sechs Monate leicht verschlechtert haben. Der Lageindex stieg von 121 auf 121,4 Punkte. Der Erwartungsindex sank dagegen von 107,7 auf 107,4 Punkte.

Stand: Mai 2011

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹



Der Geschäftsklimaindex hat sich im Mai in den Wirtschaftsbereichen unterschiedlich entwickelt. Im verarbeitenden Gewerbe und im Großhandel ist er gesunken. Im Bauhauptgewerbe blieb er nahezu unverändert. Kräftig gestiegen ist er dagegen – in erster Linie wegen der positiven Lagebeurteilung – im Einzelhandel.

Klimaverbesserung nur im Einzelhandel

Produktion im verarbeitenden Gewerbe zieht kräftig an

Für Rheinland-Pfalz deuten die harten Indikatoren weiterhin auf eine gute konjunkturelle Lage hin. Der „geglättete“ Produktionsindex für die Industrie weist im Februar 2011 im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg des

Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes: +14 Prozent

Güterausstoßes um 14 Prozent aus. Schon seit März 2010 liegen die Zuwachsraten im zweistelligen Bereich. Dank der besonders starken Zuwächse im Berichtsmonat März 2011 erreichte die Produktion wieder das Vorkrisenniveau vom Oktober 2008.

In den großen Branchen zieht die Produktion weiter an

Die drei umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Industriebranchen hatten im Februar 2011 alle eine deutlich höhere Produktion als ein Jahr zuvor: Die chemische Industrie (Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“; Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2010: 33 Prozent) steigerte ihren Ausstoß um 6,2 Prozent. Den kräftigsten Zuwachs verbuchte mit einem Plus von 37 Prozent wiederum der Fahrzeugbau (Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“; Anteil 2010: zwölf Prozent). Im Maschinenbau (Umsatzanteil 2010: acht Prozent) ergab sich ein Anstieg um 25 Prozent.

Deutlicher Anstieg der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe

Die Auftragseingänge deuten darauf hin, dass die günstige Entwicklung in der rheinland-pfälzischen Industrie in den kommenden Monaten anhalten wird. Dazu leistet das Auslandsgeschäft einen wesentlichen Beitrag.

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes: +18 Prozent

Die geglätteten Auftragseingänge haben sich im Februar 2011 gegenüber dem Vorjahr um 18 Prozent verbessert und erreichten damit wieder das Niveau vom Juli 2008. Die Bestellungen aus dem Ausland legten erneut deutlich stärker zu als die Auftragseingänge aus dem Inland (Inland: +14 Prozent; Ausland: +22 Prozent).

In der chemischen Industrie hat sich die Auftragslage im Februar im Vergleich zum

Vorjahr um 5,9 Prozent verbessert. Die Nachfrage aus dem Inland erhöhte sich um 4,9 Prozent. Das Plus bei der ausländischen Nachfrage fiel mit 6,4 Prozent zwar immer noch höher aus, blieb aber hinter den Zuwachsraten der Vormonate zurück.

Auftragseingänge in der chemischen Industrie: +5,9 Prozent

Der Fahrzeugbau verbuchte im Februar ein Auftragsplus von 52 Prozent und damit einen ähnlich starken Zuwachs wie in den Vormonaten. Nach den besonders kräftigen Einbrüchen in der Wirtschaftskrise zogen vor allem die Auslandsaufträge mit +80 Prozent erneut sehr deutlich an. Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten verbesserte sich um 28 Prozent.

Fahrzeugbau: Kräftig steigende Auftragseingänge

Im Maschinenbau übertrafen die Bestellungen im Februar den Vorjahreswert um 37 Prozent. Die heimische Nachfrage verbesserte sich um 31 Prozent. Bei der Auslandsnachfrage gab es mit +40 Prozent erneut einen stärkeren Anstieg, der allerdings hinter den Verbesserungen der letzten drei Vormonate zurückblieb.

Deutliches Plus bei Auftragseingängen im Maschinenbau

Kräftige Steigerung der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

Im Bauhauptgewerbe sind die geglätteten Auftragseingänge im Februar 2011 gegenüber Februar 2010 um 15,5 Prozent gestiegen. Davor hatte es im Januar ein Plus von 6,2 Prozent gegeben, nachdem es im November und Dezember 2010 noch zu leichten Rückgängen gekommen war.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe: +15,5 Prozent

Im Tiefbau sinken die Auftragseingänge tendenziell seit April 2010; im Februar 2011 lag das Minus bei 4,2 Prozent. Im Hochbau hatte es dagegen – mit Ausnahme eines Rückgangs im Dezember – seit April 2010 steigende Auftragszahlen gegeben. Im Februar 2011 verbuchte dieser Teilbereich

mit einem deutlichen Anstieg (+42 Prozent) die stärkste Verbesserung seit Jahren. Gerade im Bauhauptgewerbe ist allerdings zu berücksichtigen, dass selbst die gleitenden Durchschnittswerte häufig noch durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt werden.

Zahl der Baugenehmigungen steigt sprunghaft an

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau, einem Frühindikator für die Baukonjunktur, ist im Februar 2011 kräftig gestiegen (+73 Prozent). Bereits im Dezember 2010 und Januar 2011 war es zu sehr deutlichen Verbesserungen gekommen (+40 bzw. +51 Prozent).

Umsatzsteigerungen im Handel und im Gastgewerbe

Die geglätteten Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im Februar 2011 einen realen Anstieg um 0,8 Prozent auf. Damit werden im Vorjahresvergleich bereits seit Februar 2010 Umsatzsteigerungen festgestellt.

Umsatz im Einzelhandel steigt weiter

Im Kraftfahrzeughandel sind die Umsätze im Februar preisbereinigt ebenfalls gestiegen (+12 Prozent). Davor hatte es bereits im Dezember 2010 und im Januar 2011 kräftige Verbesserungen gegeben (+12 bzw. +16 Prozent).

Umsatzplus von 12 Prozent im Kfz-Handel

Erläuterungen

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunktur-entwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Die Indizes der Produktion und der Auftragseingänge sowie die Handelsumsätze können von Monat zu Monat stark schwanken. Deshalb wird zur Beurteilung der Konjunktur-entwicklung der **gleitende Drei-Monats-Durchschnitt** herangezogen. In den gleitenden Drei-Monats-

Durchschnitt für **Februar 2011** sind die Originalwerte der Berichtsmonate Januar bis März 2011 eingeflossen.

Der **ifo Geschäftsklimaindex** für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich etwa 7 000 Unternehmen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungskennindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunktur-entwicklung die **Originalwerte** des Berichtsmonats **Mai 2011** herangezogen.

Steigende Umsätze im Großhandel

Der Großhandel verzeichnete im Februar 2011 einen Anstieg der realen Umsätze um vier Prozent. Die Großhandelsumsätze verbessern sich bereits seit Februar 2010 – lediglich im Oktober ergab sich ein leichter Rückgang.

Umsätze im Gastgewerbe weiter verbessert

Im Gastgewerbe stiegen die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Februar 2011 gegenüber dem Vorjahreswert um vier Prozent. Davor hatte es seit März 2010 nur geringfügige Veränderungen in einem Bereich von -1,3 bis +1 Prozent gegeben.

Jahresteuerrate im Mai bei 2,1 Prozent

Höhere Preise für Heizöl und Kraftstoffe tragen zum Preisanstieg bei

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex ist im Mai 2011 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 2,1 Prozent erhöht. Damit übertraf die Jahresteuerrate zum vierten Mal in Folge die für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bedeutsame Zwei-Prozent-Marke. Im April 2011 war mit +2,2 Prozent noch der höchste Anstieg des Verbraucherpreisindex seit Oktober 2008 registriert worden. Zu der Verteuerung im Mai 2011 trugen insbesondere die im Vorjahresvergleich kräftigen Preiserhöhungen für Heizöl und Kraftstoffe bei (+19 bzw. +12 Prozent). Der häufig als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel“ wies dagegen nur einen Anstieg von 1,1 Prozent auf.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Verkehr“ (+4,3 Prozent). Außerdem verteuerten sich die Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ (+2,6 Prozent) sowie

„Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+2,2 Prozent) überdurchschnittlich. Lediglich in der Hauptgruppe „Nachrichtenübermittlung“ (-2,7 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Günstige Arbeitsmarktentwicklung

Der Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz entwickelt sich weiterhin sehr günstig. Im Mai 2011 waren 108 200 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet; das sind 5 900 bzw. 5,2 Prozent weniger als im Vormonat. Gegenüber Mai 2010 nahm die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 10 700 bzw. neun Prozent ab.

Arbeitslosigkeit sinkt um 5,2 Prozent

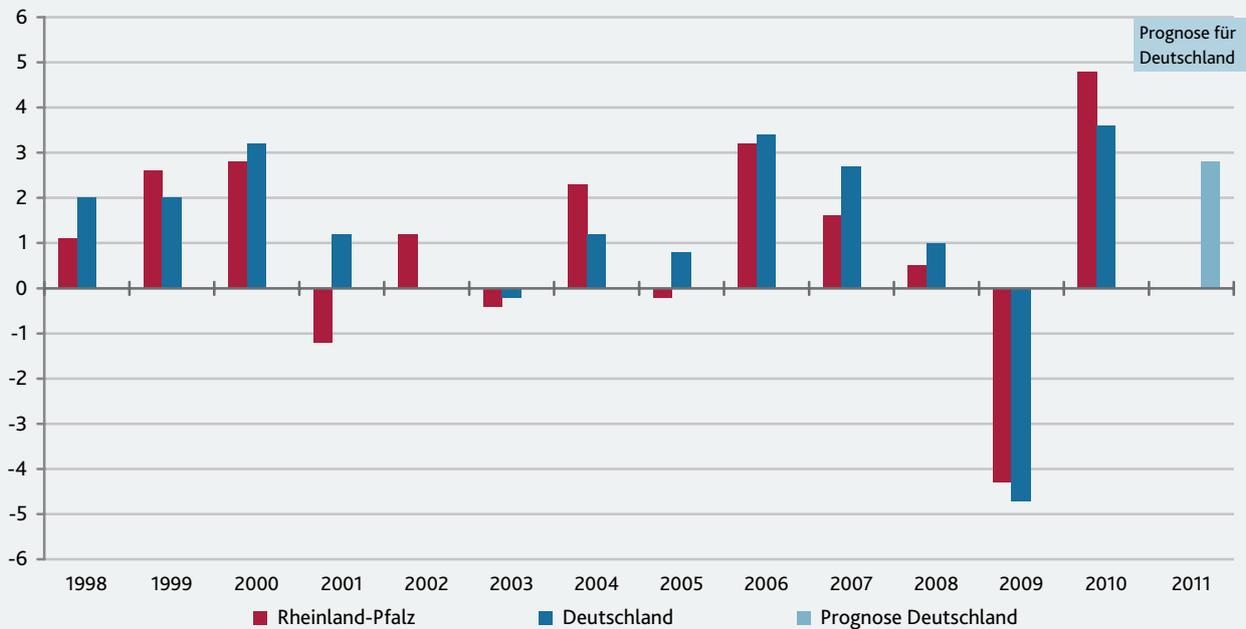
Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, verringerte sich im Mai 2011 auf 5,2 Prozent. Die Quote ist im Vergleich zum April um 0,2 Prozentpunkte gesunken. Gegenüber Mai 2010 ergab sich ein Rückgang um 0,5 Prozentpunkte.

Arbeitslosenquote liegt bei 5,2 Prozent

Grund dieser positiven Entwicklung ist nach Einschätzung der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland die gute Auftragslage im Land, die zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führte. Im Mai 2011 meldeten die Arbeitsagenturen und Jobcentern 21 700 freie Arbeitsstellen. Das waren 600 mehr als im Vormonat und sogar 4 500 mehr als im Mai 2010.

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist dort als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz¹⁾ und in Deutschland
 – Preisbereinigt –
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Nächster Fortschreibungstermin im September 2011. Quelle Prognosewert: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2011.

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹⁾
 in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

3-Monats-Durchschnitte²⁾³⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2010. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale. – 3) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %
 Insgesamt



Inland



Ausland



Produktionsindex (Monatswerte)
 Produktionsindex (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

Auftragseingang (Monatswerte)
 Auftragseingang (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %
 Insgesamt



Inland



Ausland



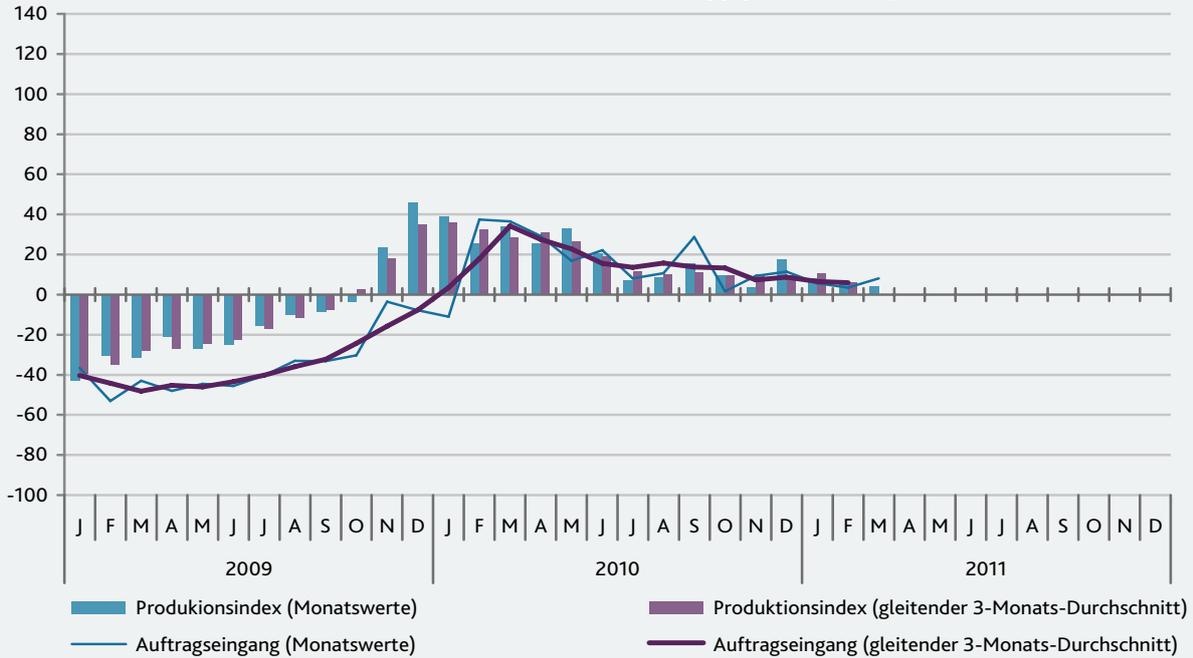
Produktionsindex (Monatswerte)
 Produktionsindex (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)
 Auftragseingang (Monatswerte)
 Auftragseingang (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 33%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

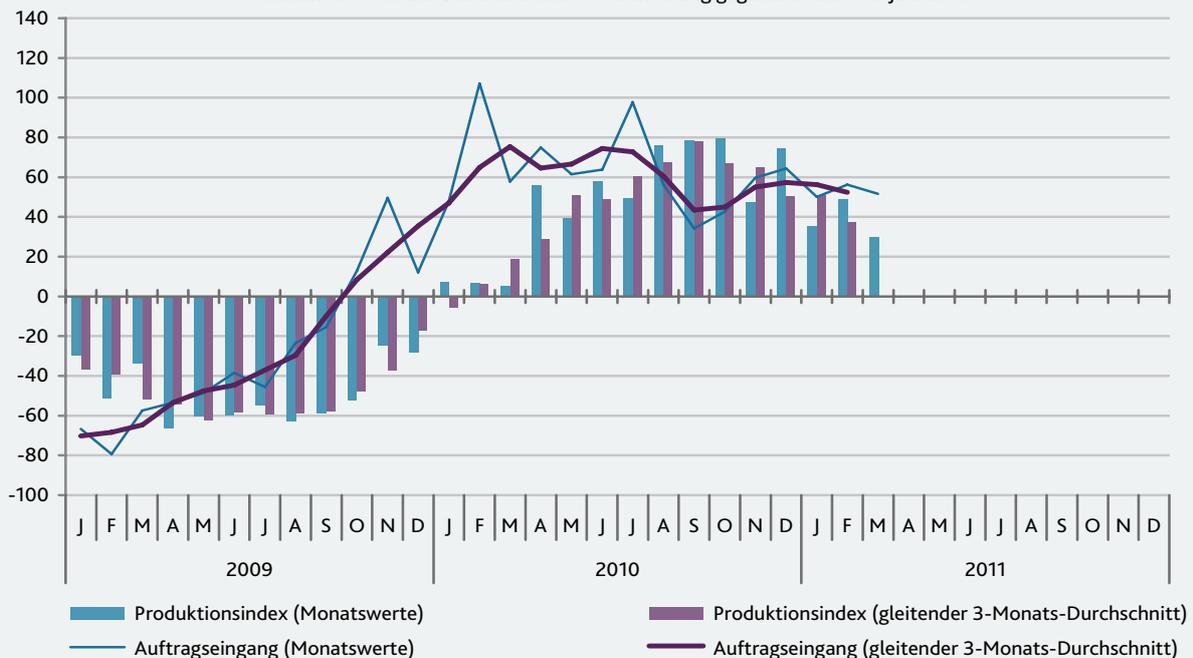


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 12%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

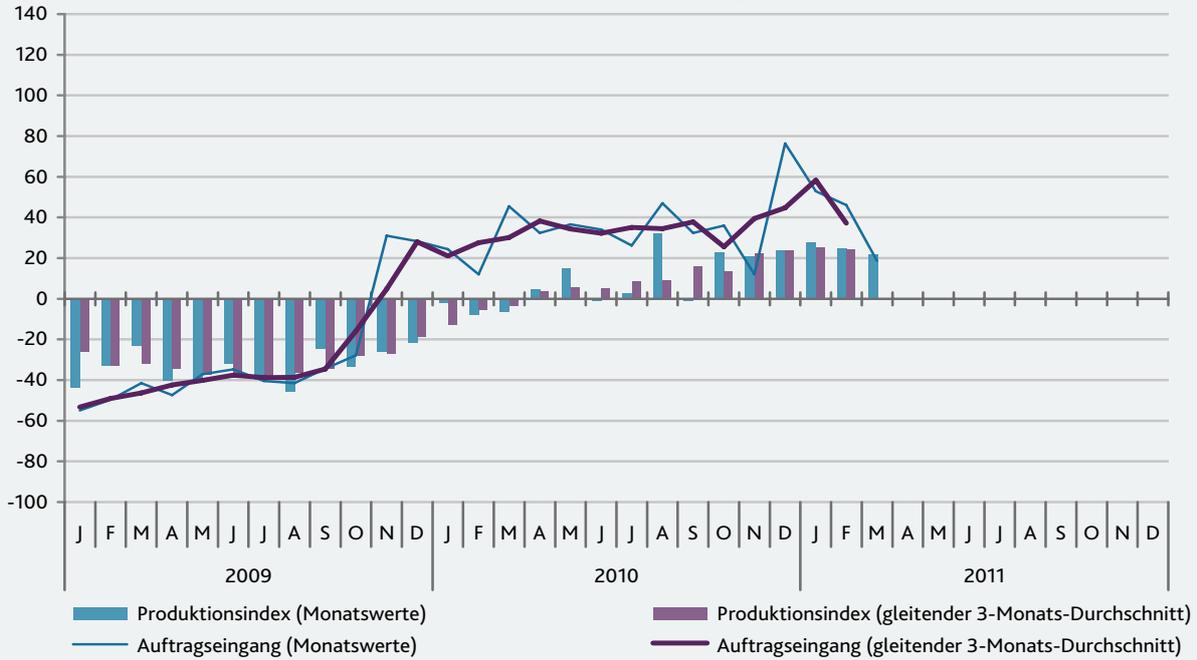


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Maschinenbau

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 8%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

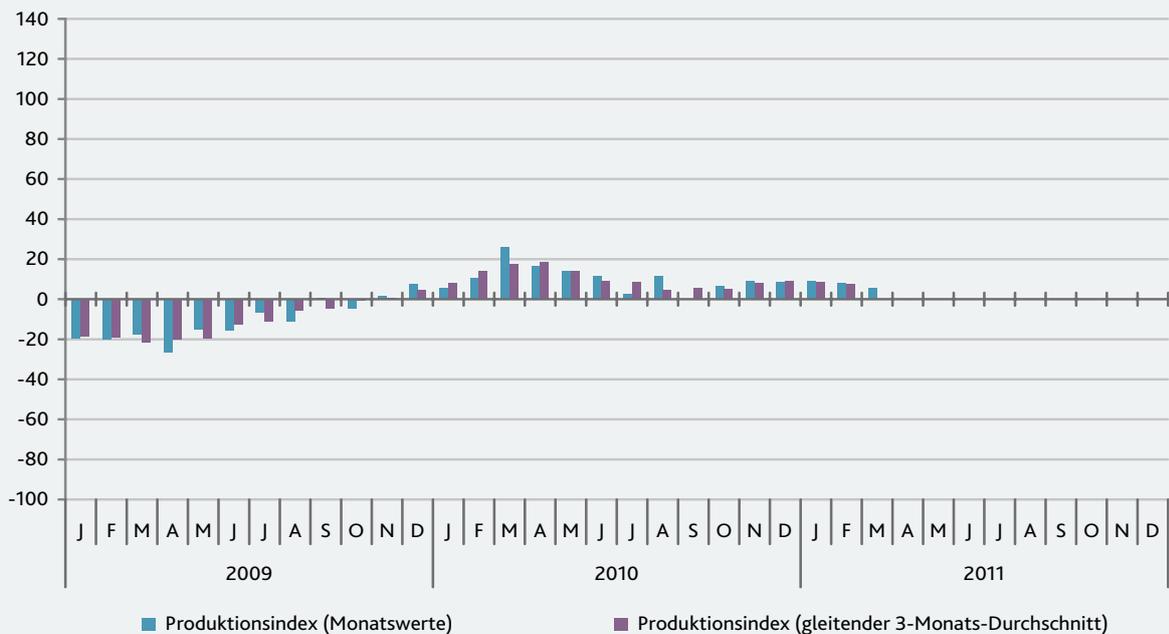


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren¹⁾

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 6%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

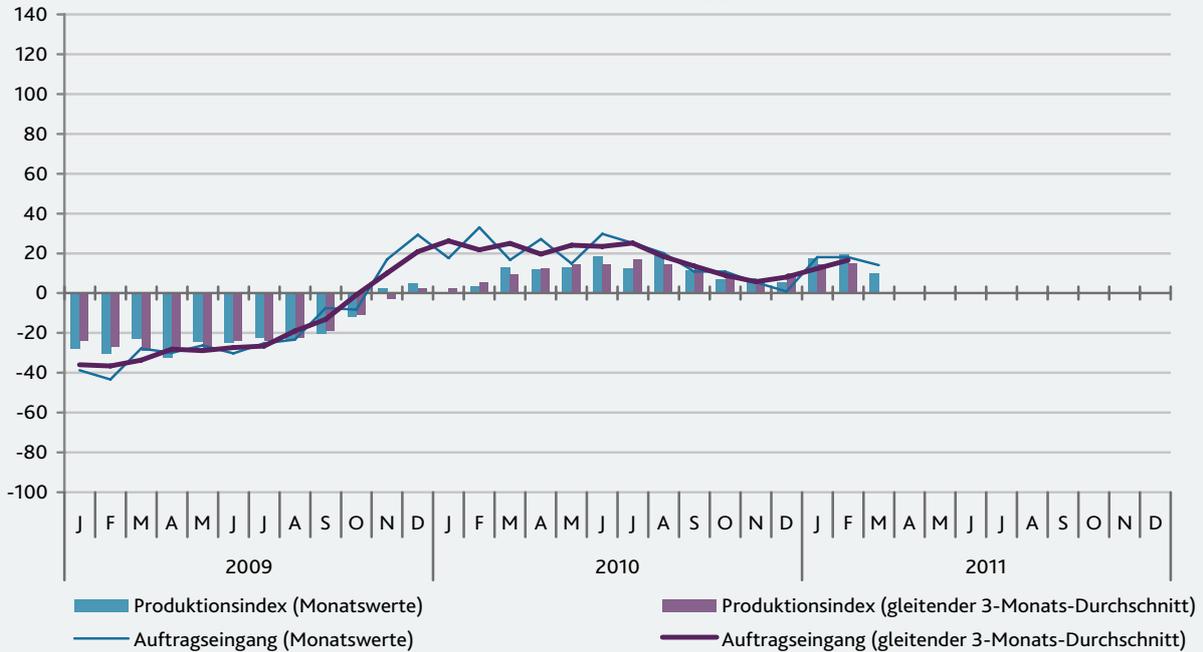


1) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von Metallerzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 5%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



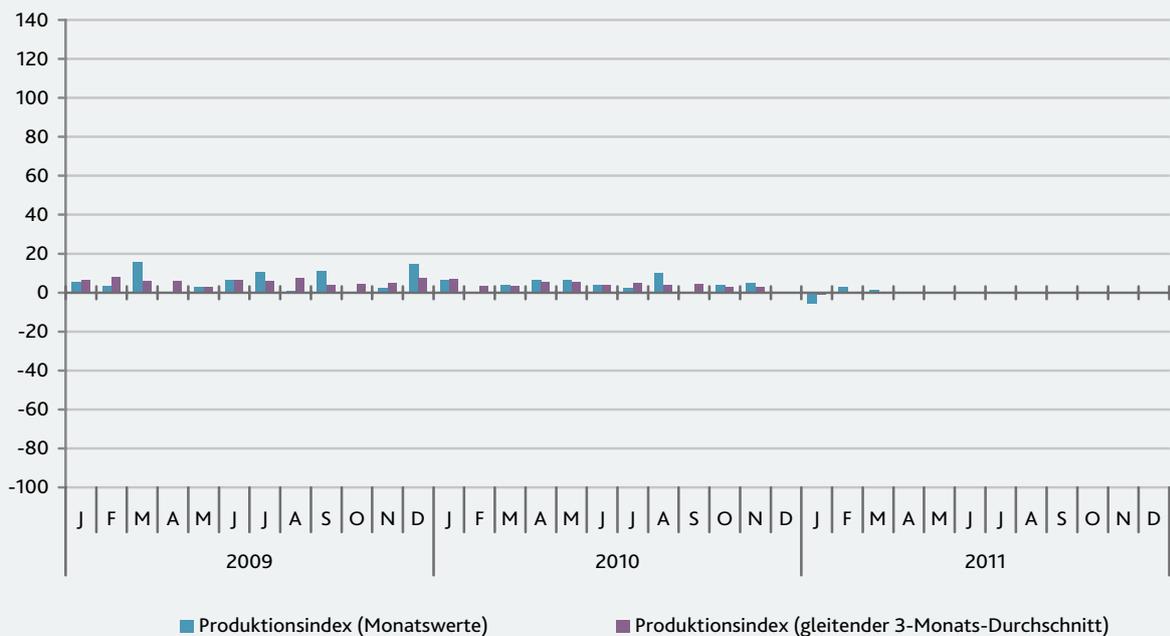
1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Produktionsindex (preisbereinigt)

Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln¹⁾

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 5%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

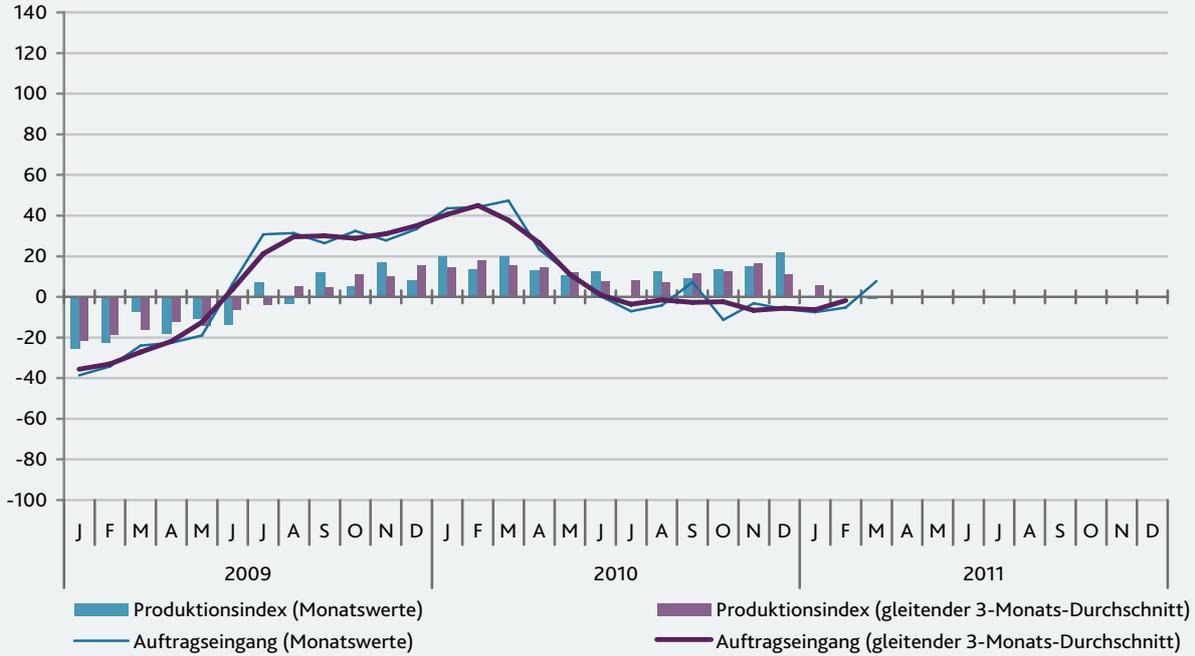


1) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt)
Metallerzeugung und -bearbeitung

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 4%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

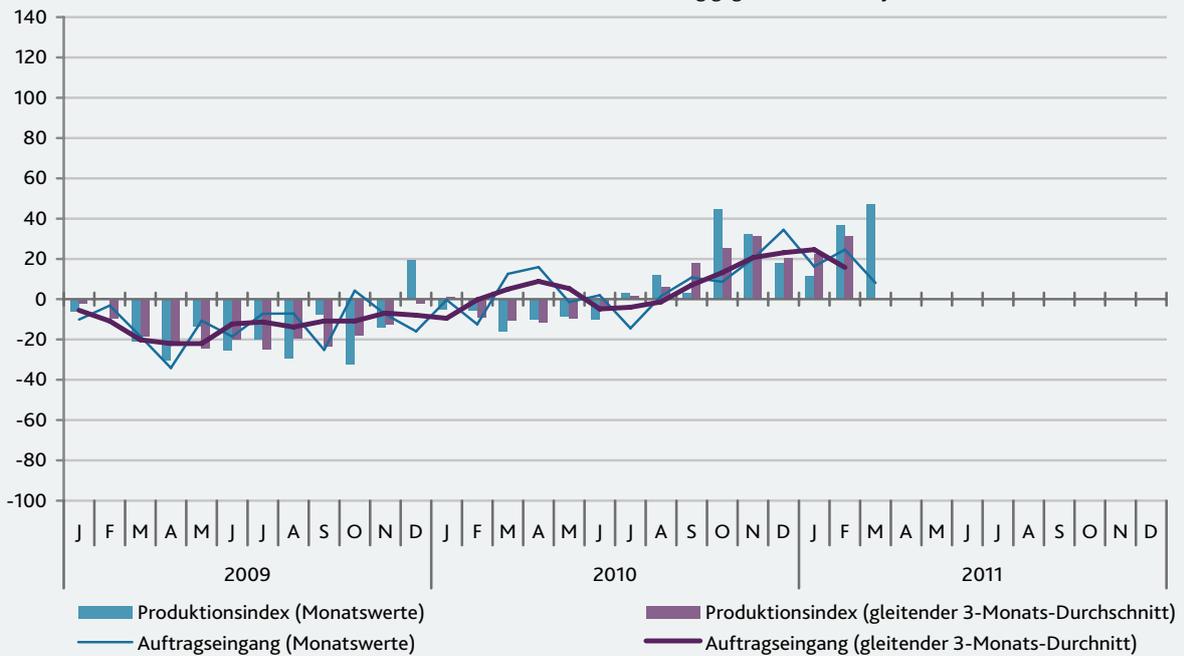


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt)
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen

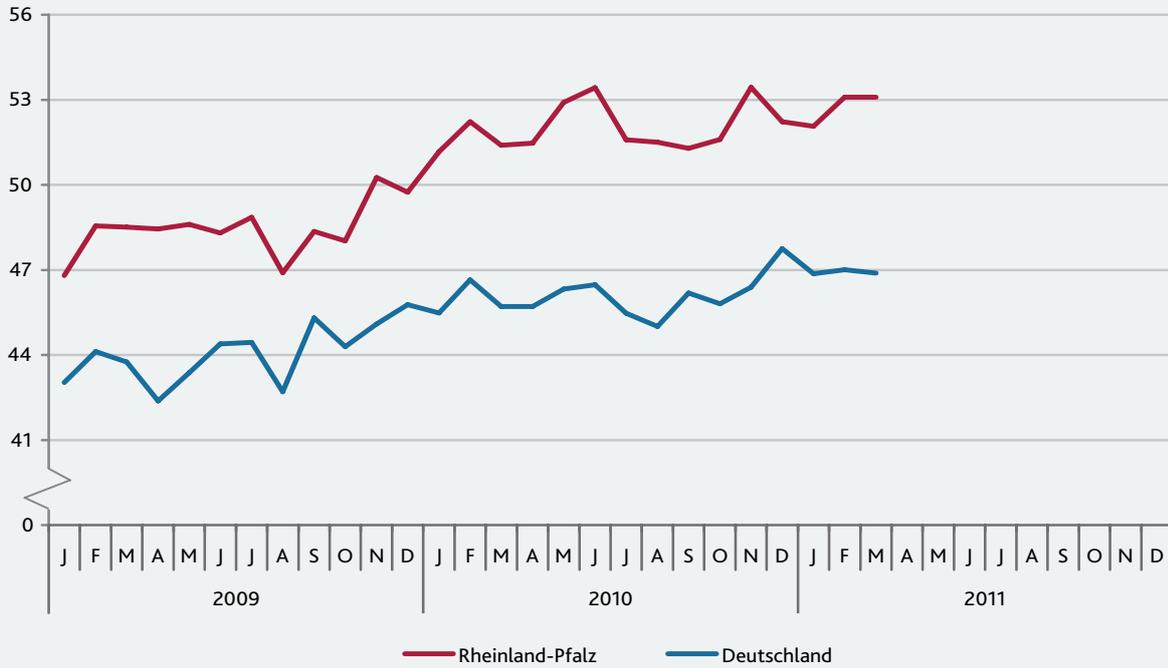
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 5%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

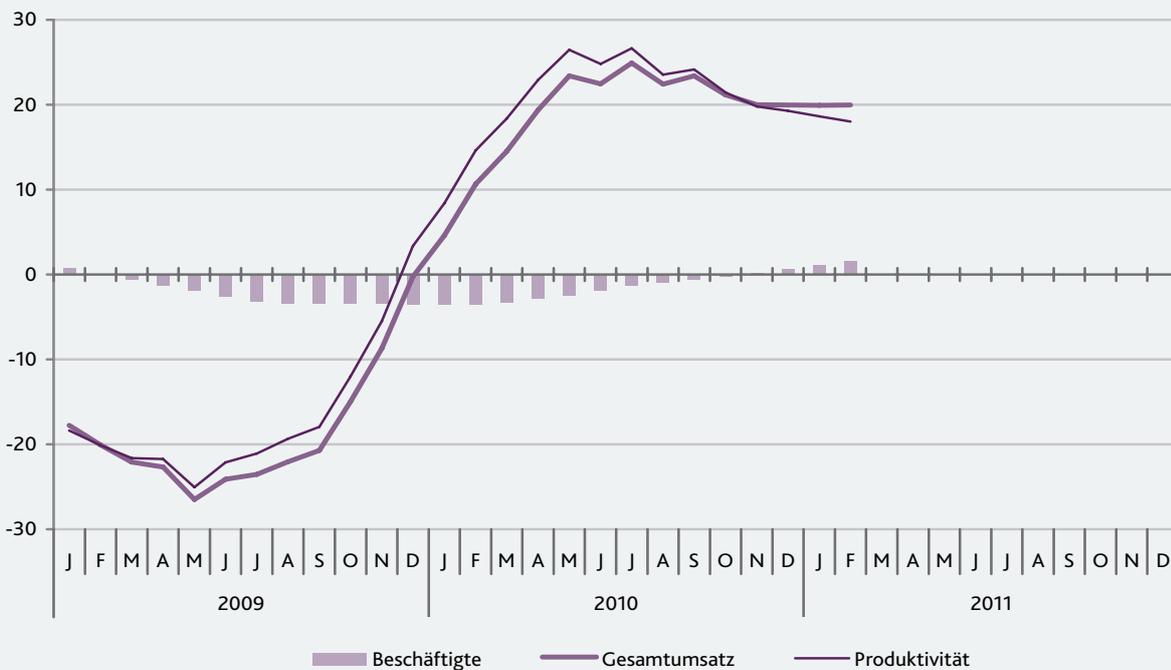


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



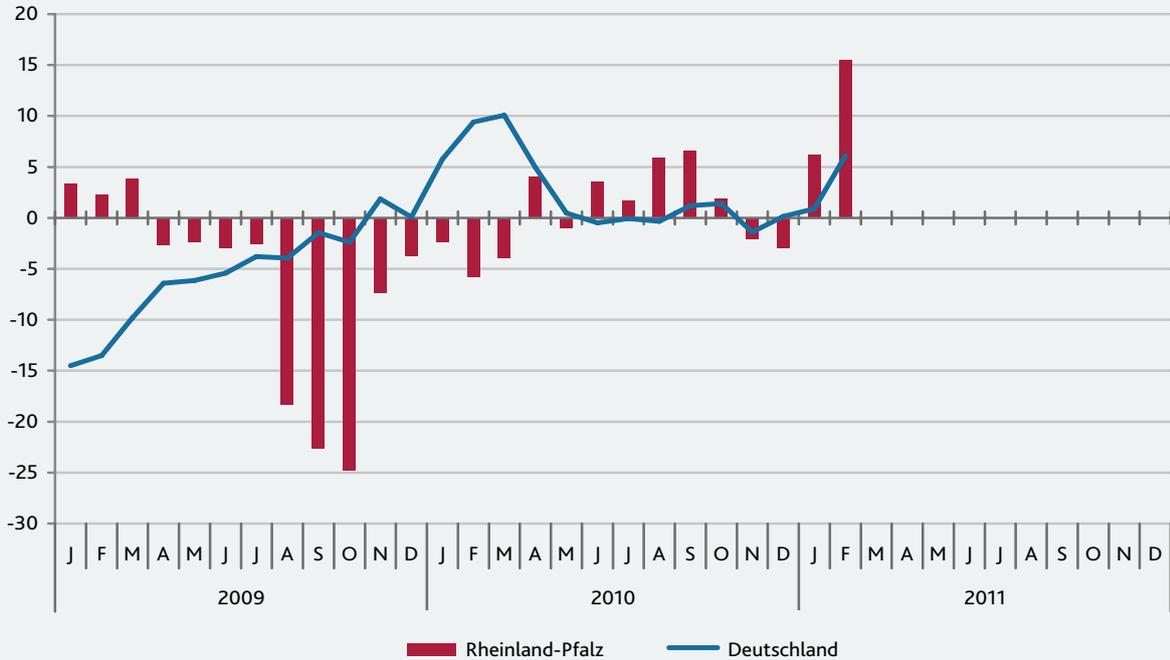
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Umsatz je Beschäftigten. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

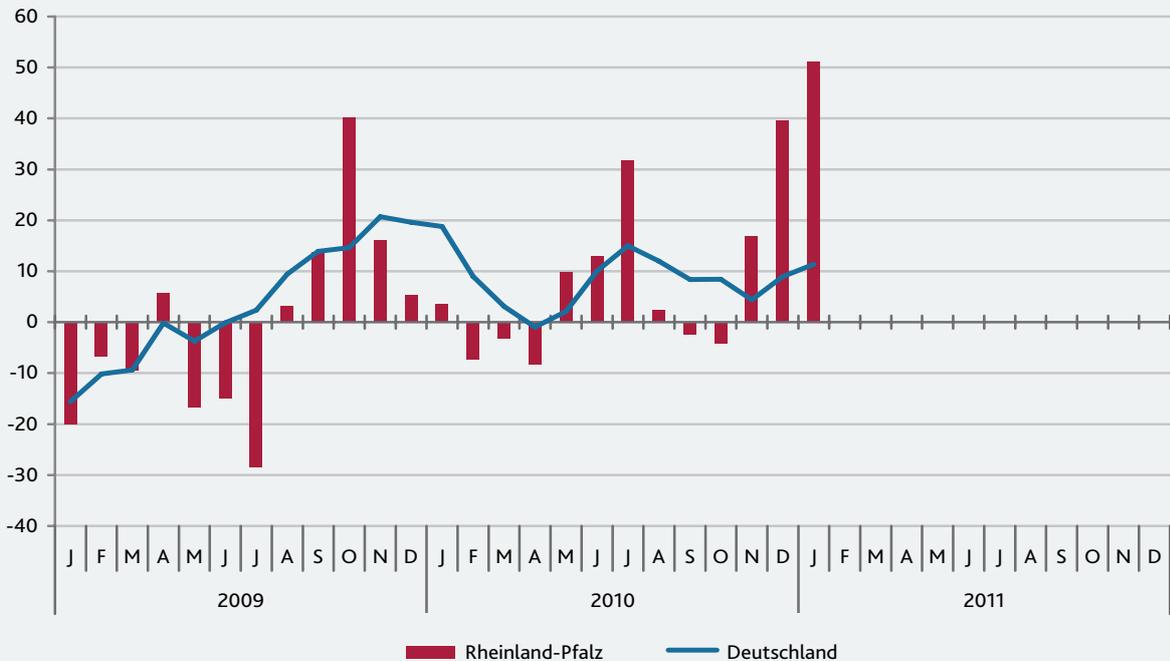
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Baugenehmigungen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

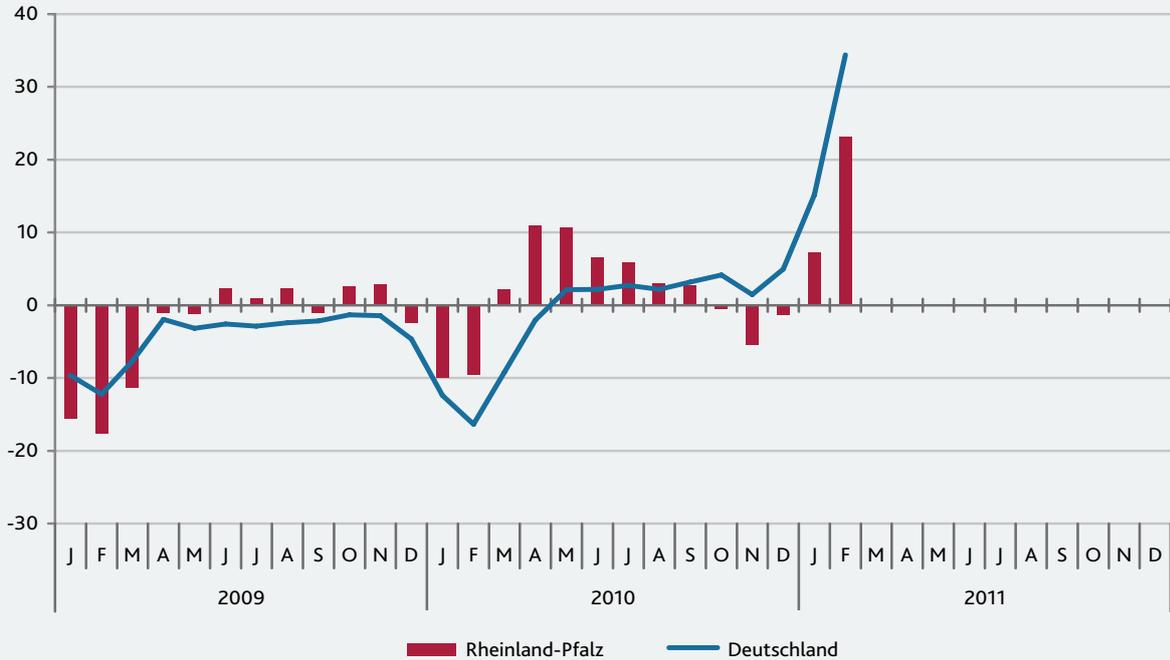
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

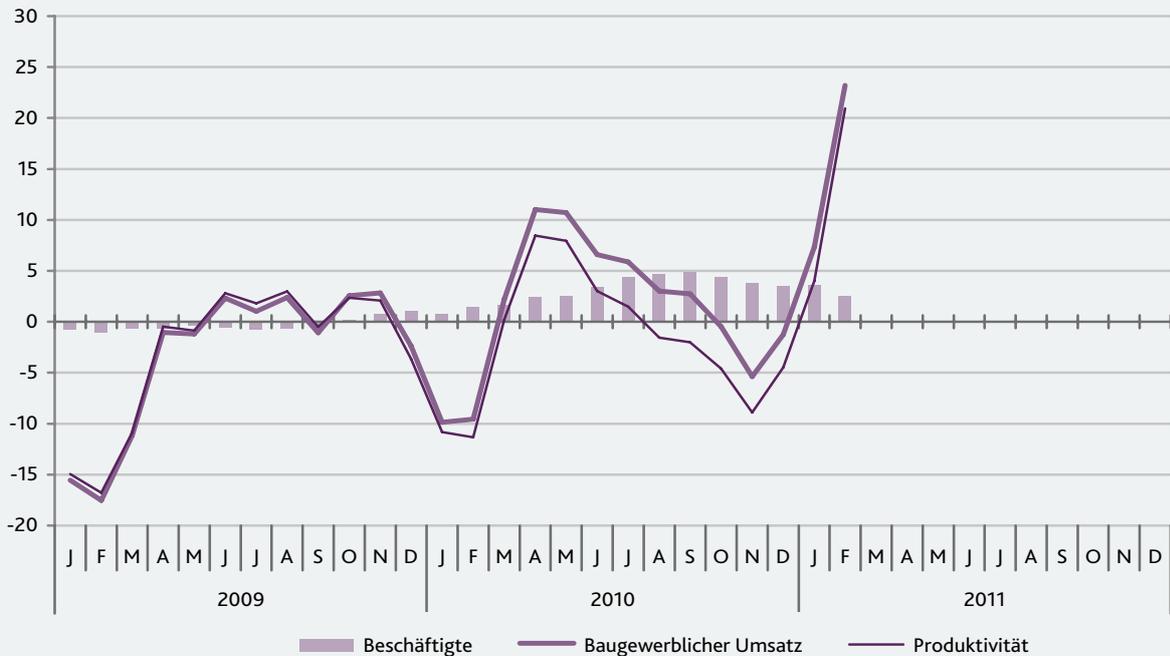
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im Bauhauptgewerbe

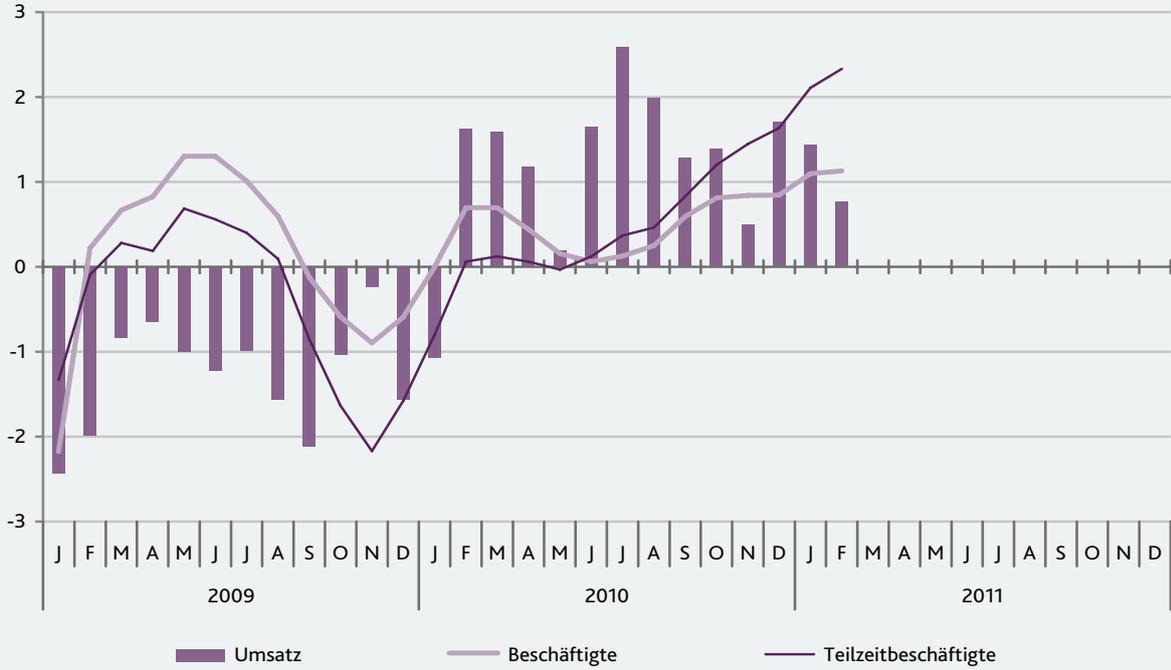
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

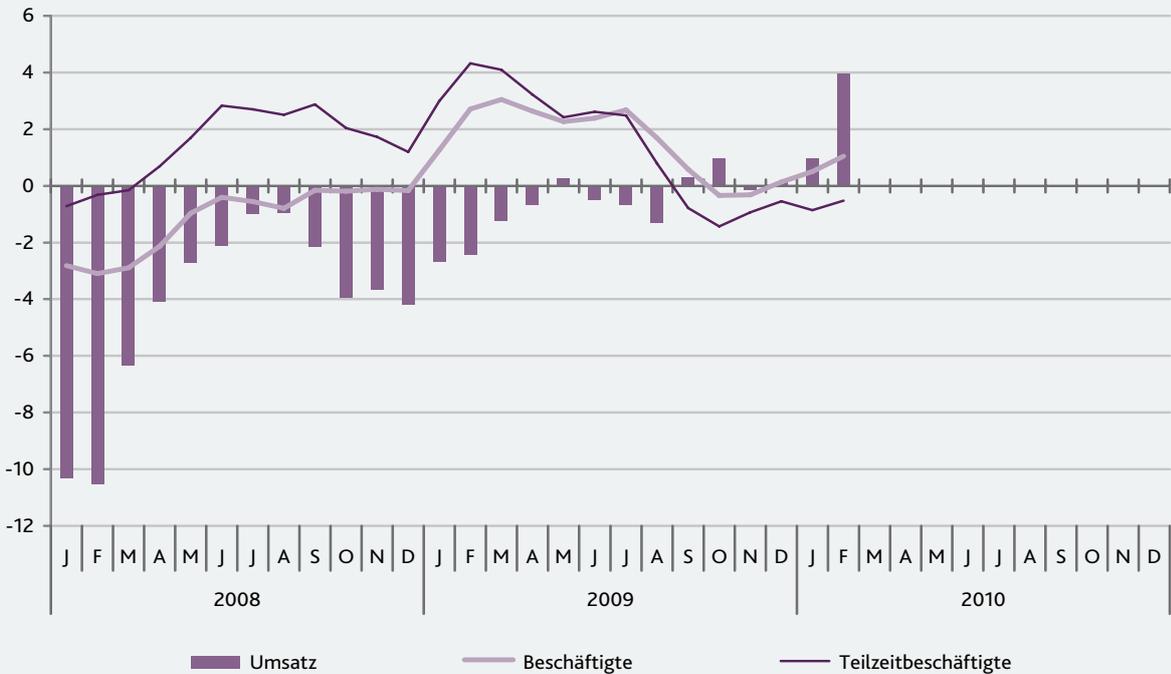
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Gästeübernachtungen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Außenhandel¹⁾ in Rheinland-Pfalz

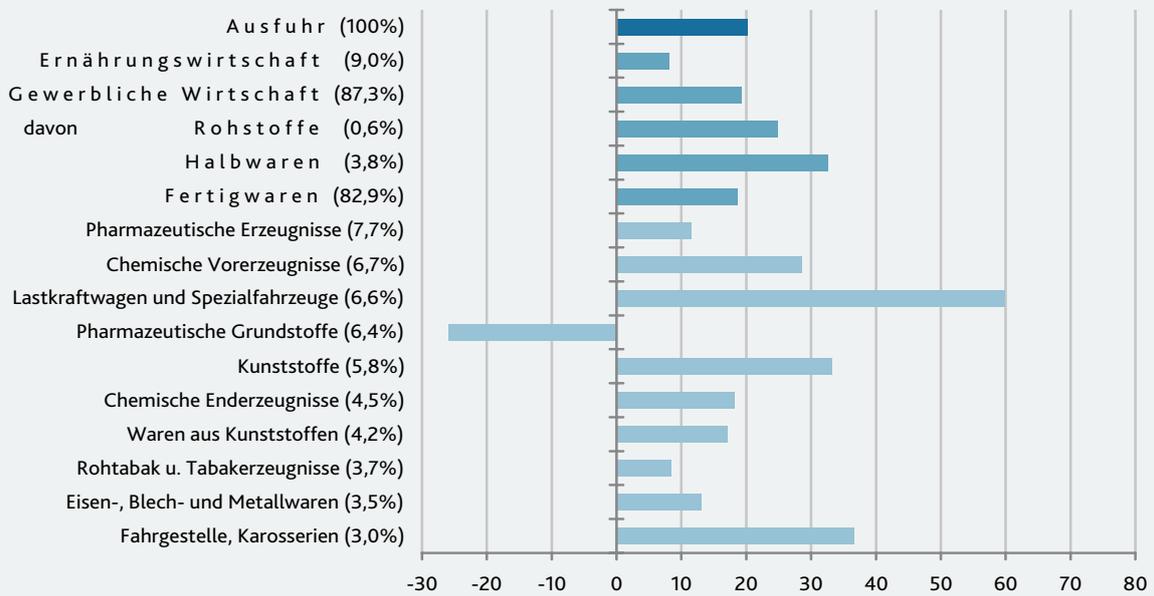
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland. - 2) Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz März 2010 - Februar 2011 nach Warengruppen¹⁾

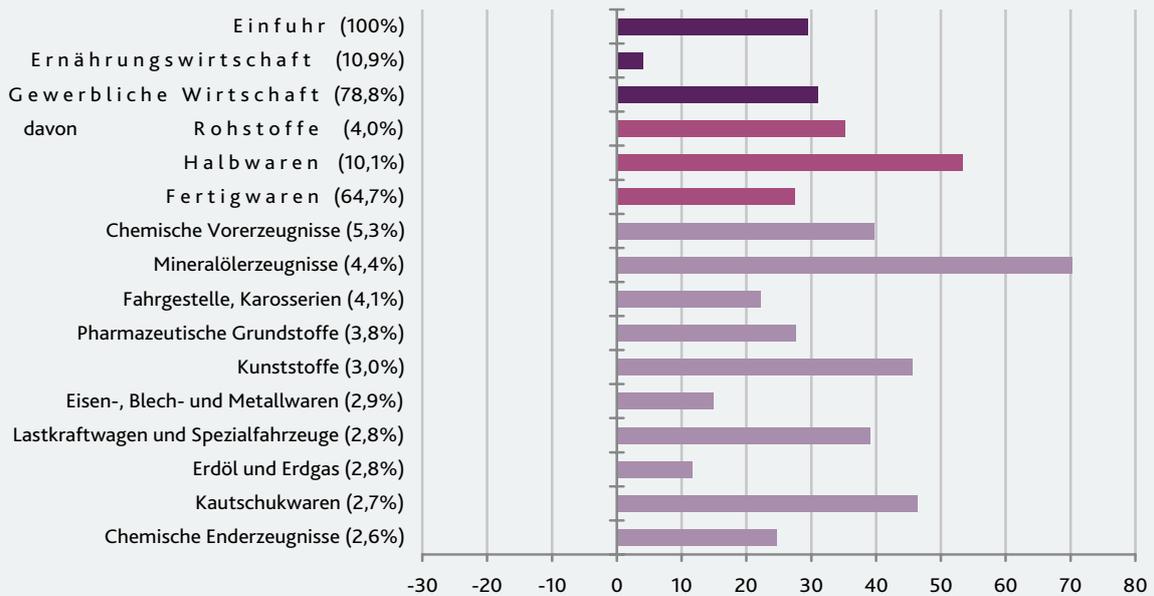
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

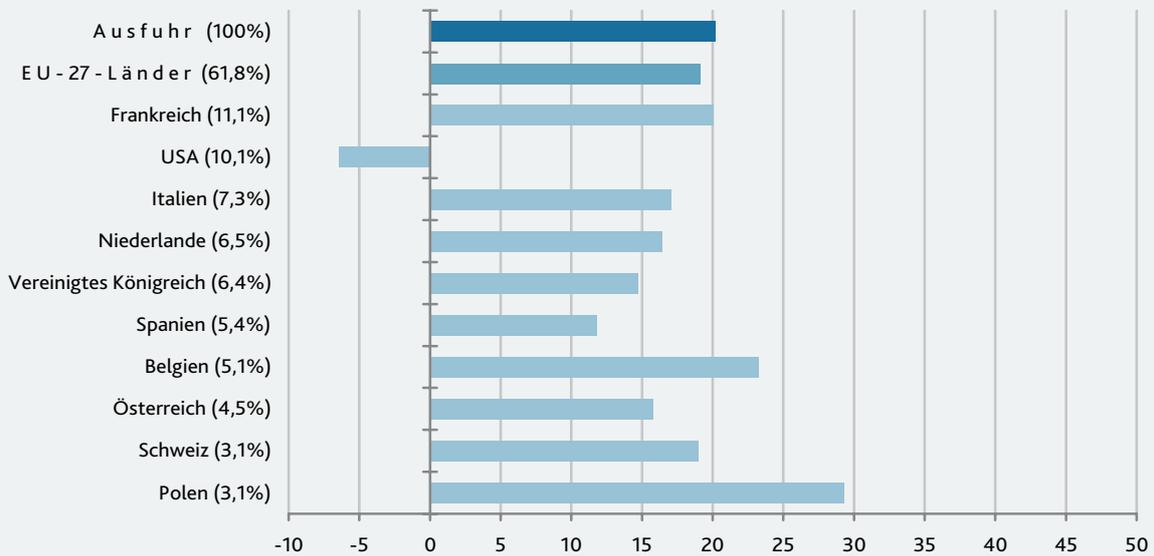
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz März 2010 - Februar 2011 nach Warengruppen¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



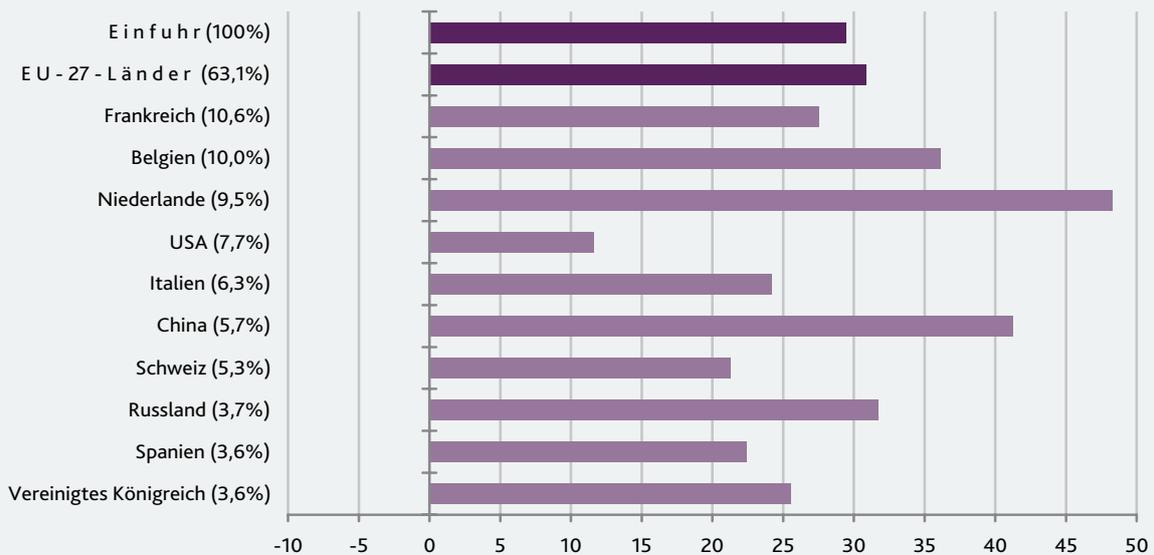
1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz März 2010 - Februar 2011 nach Bestimmungsländern¹⁾
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

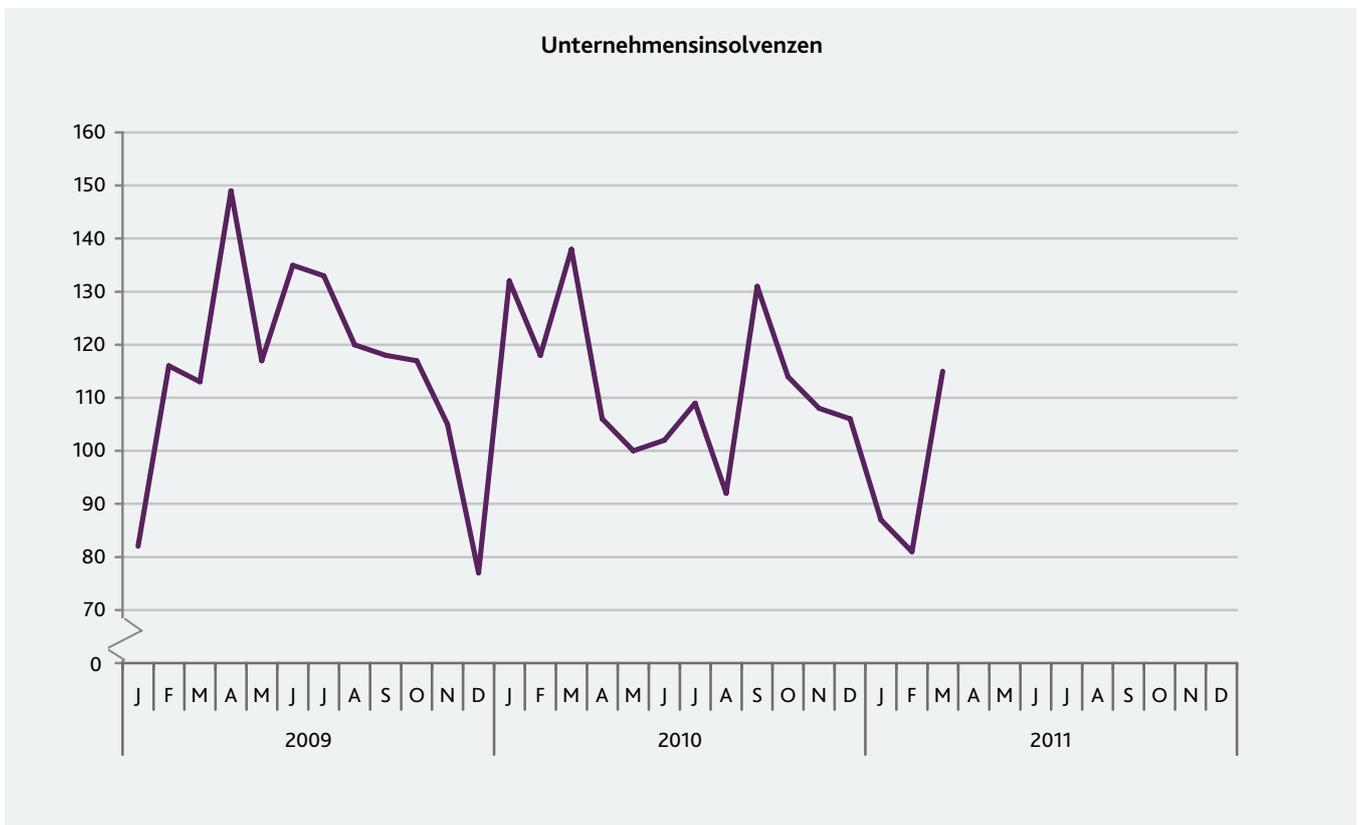
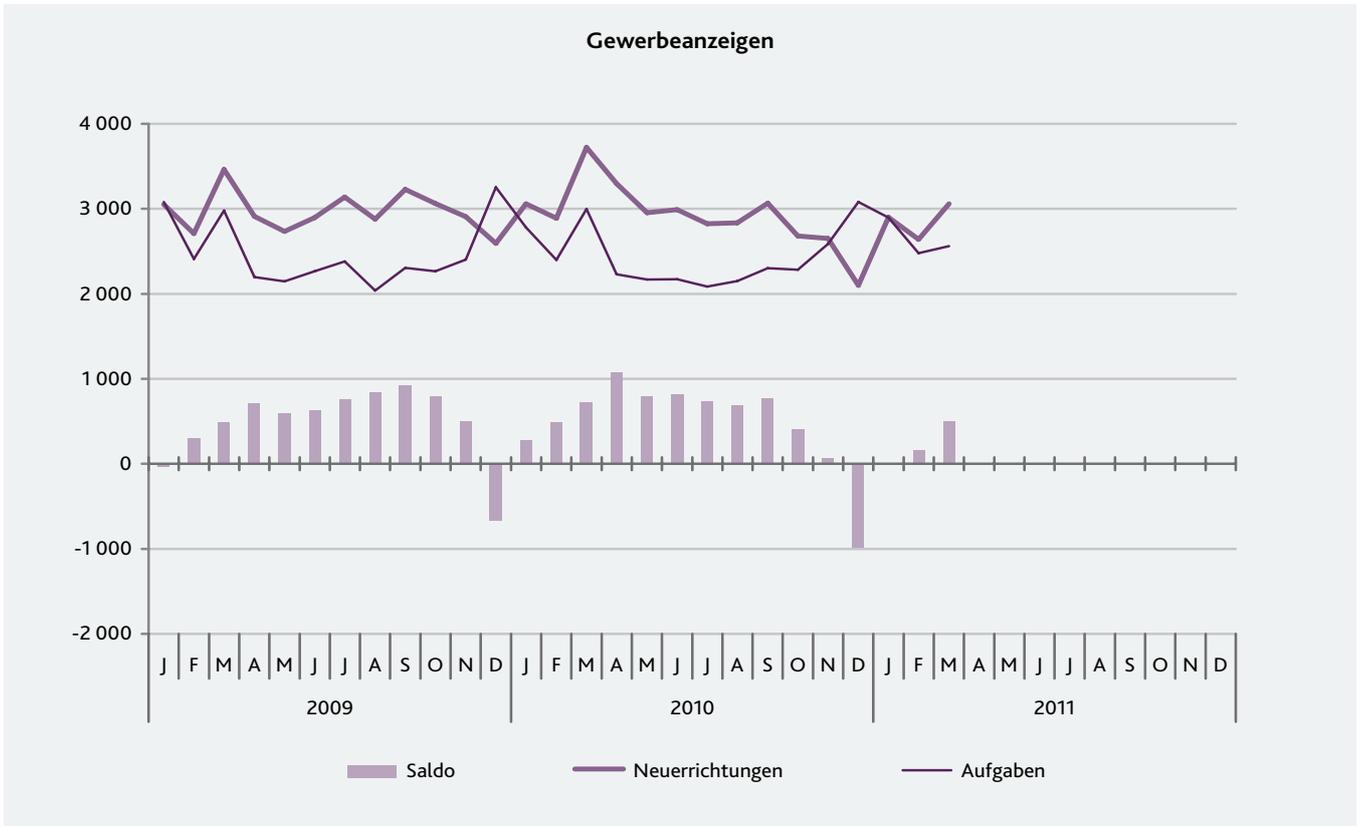


1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

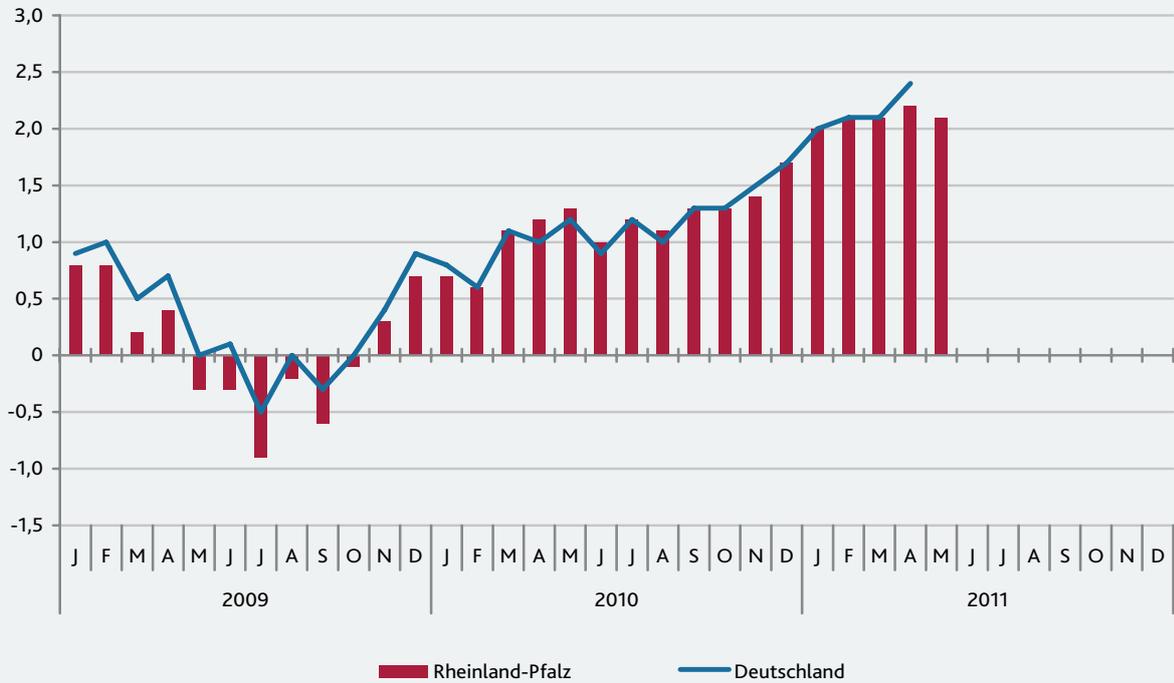
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz März 2010 - Februar 2011 nach Herkunftsländern¹⁾
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.



Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

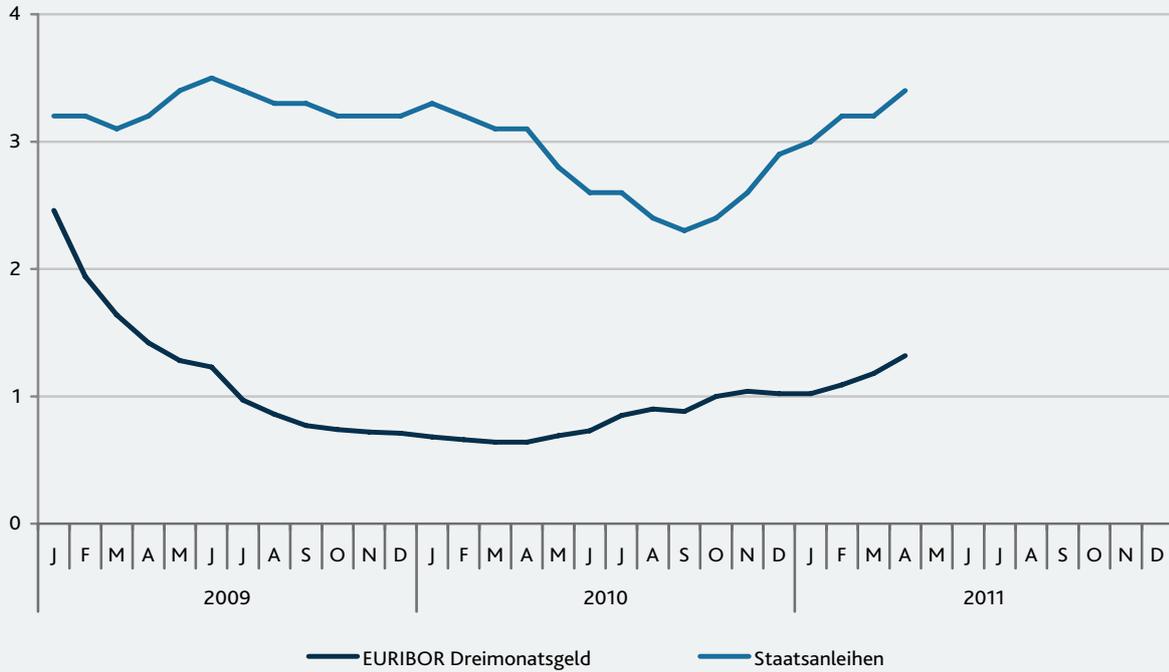


Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



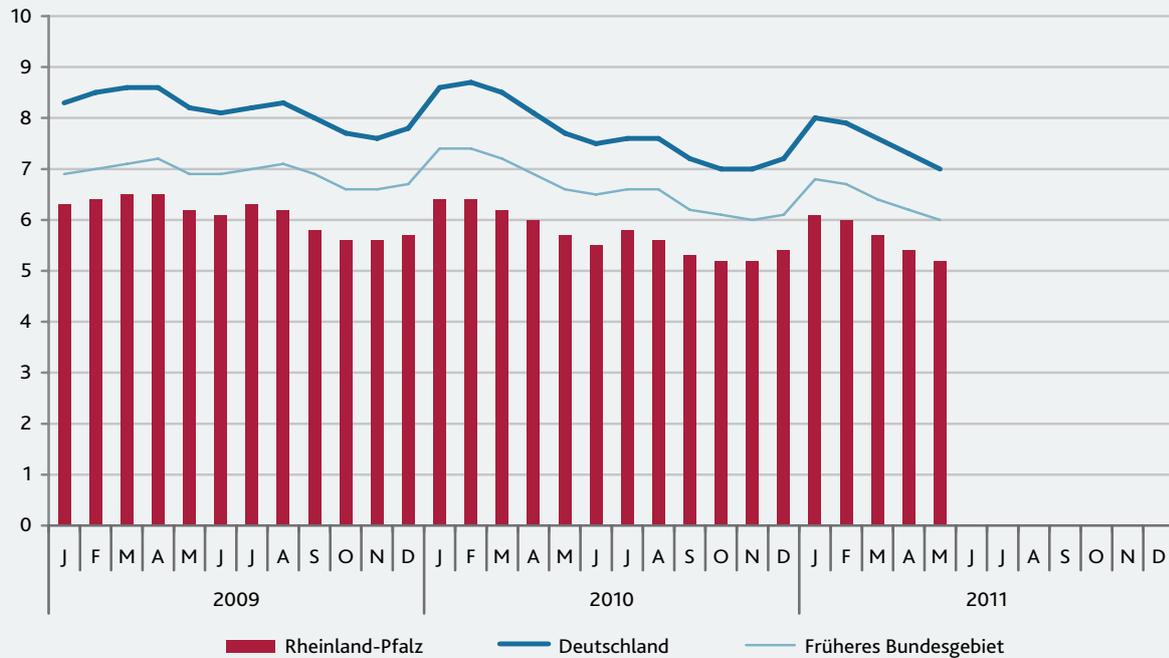
Quelle: Europäische Zentralbank

Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
 Monatsdurchschnitt in %



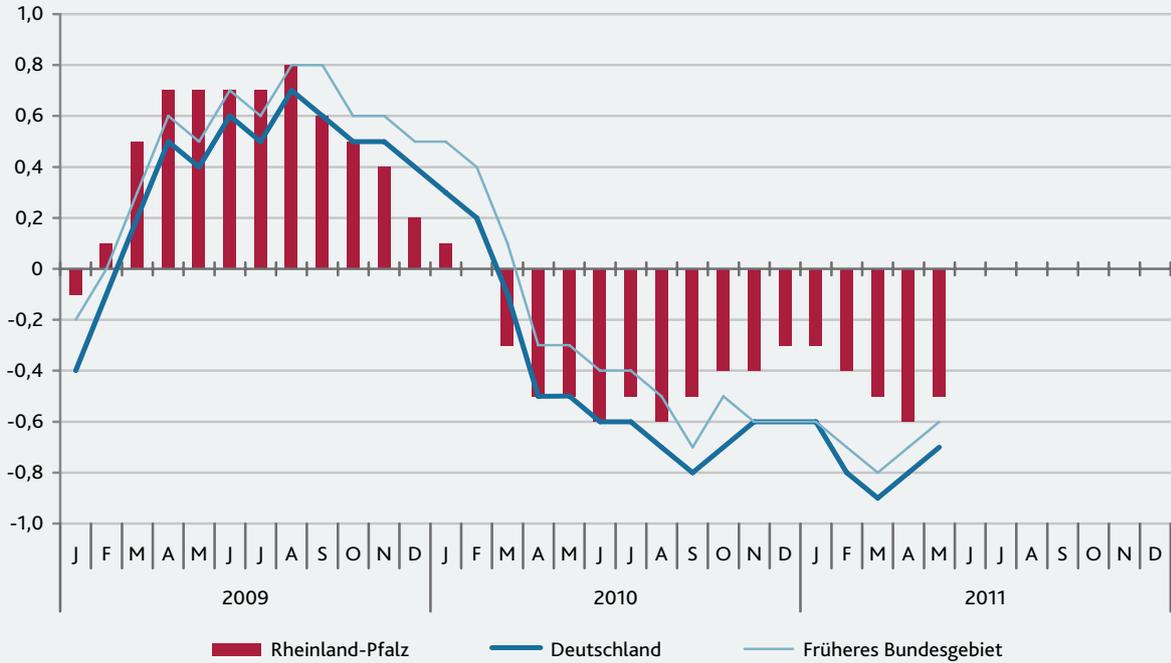
Quelle: Deutsche Bundesbank

Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
 Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



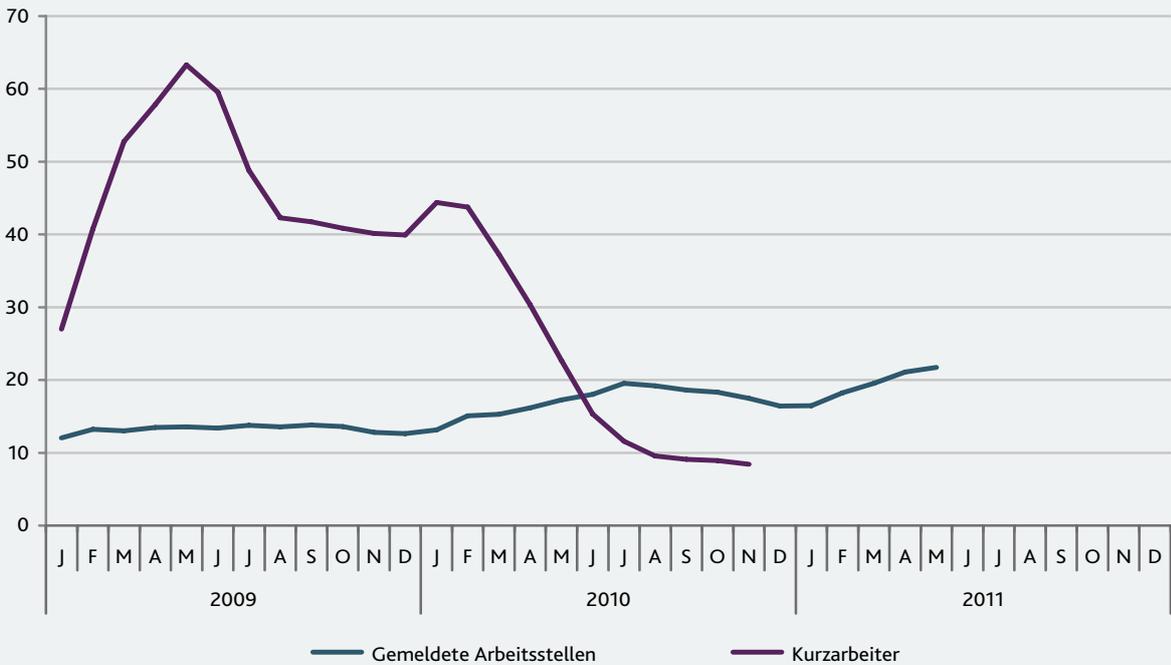
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



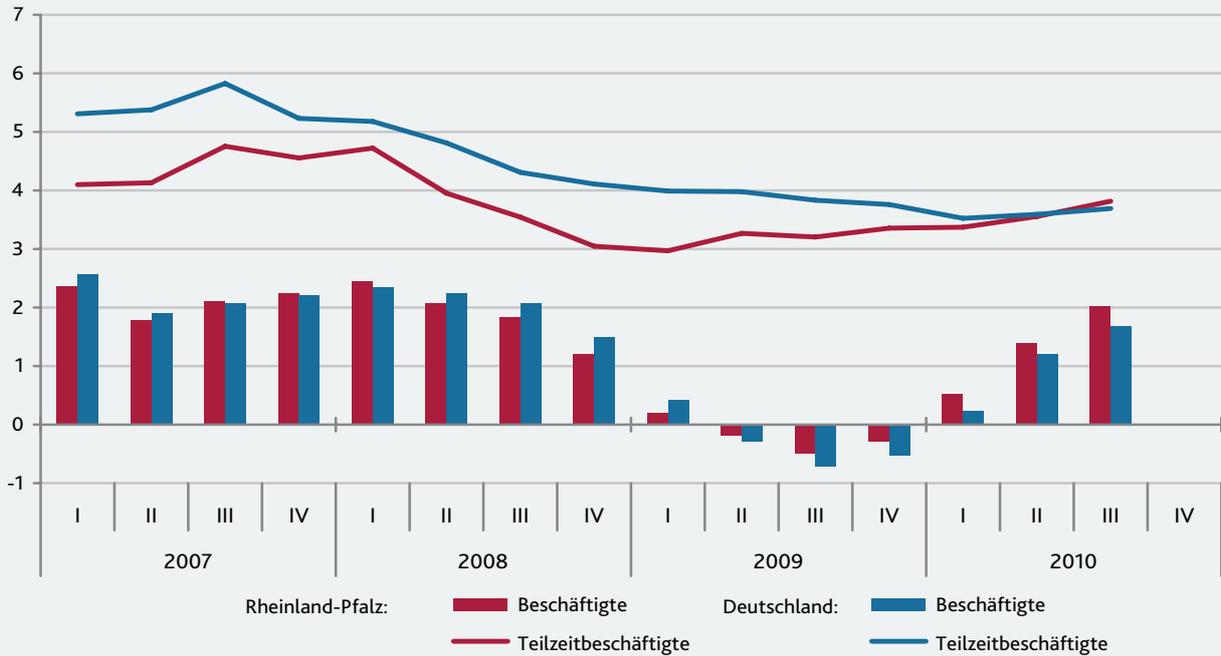
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



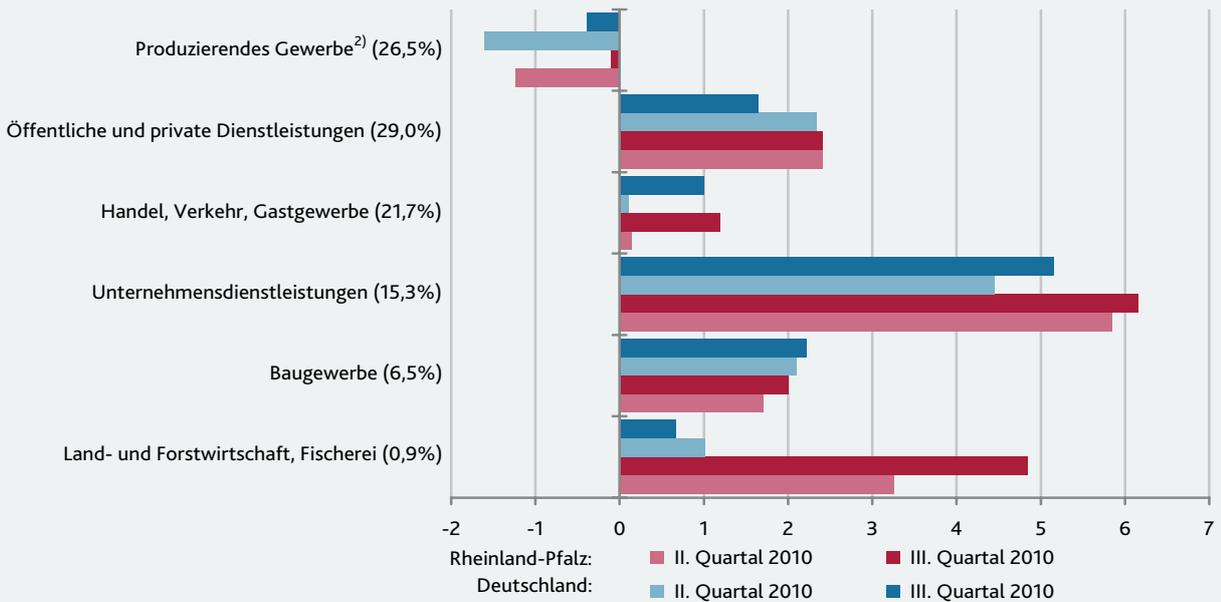
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



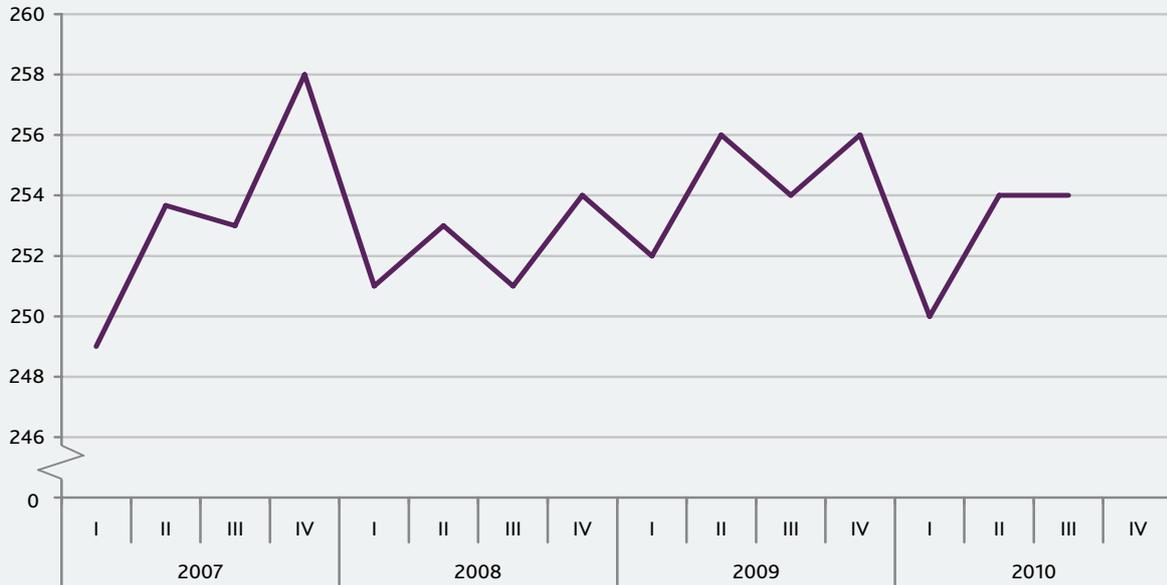
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



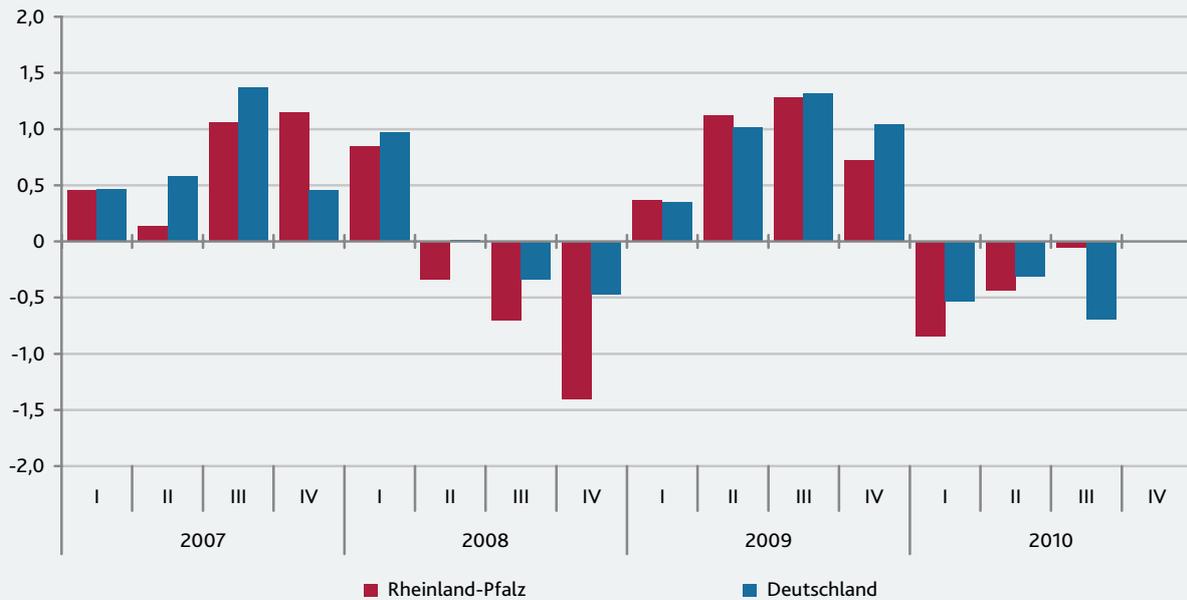
1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2010. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹⁾ am Arbeitsort
in 1 000



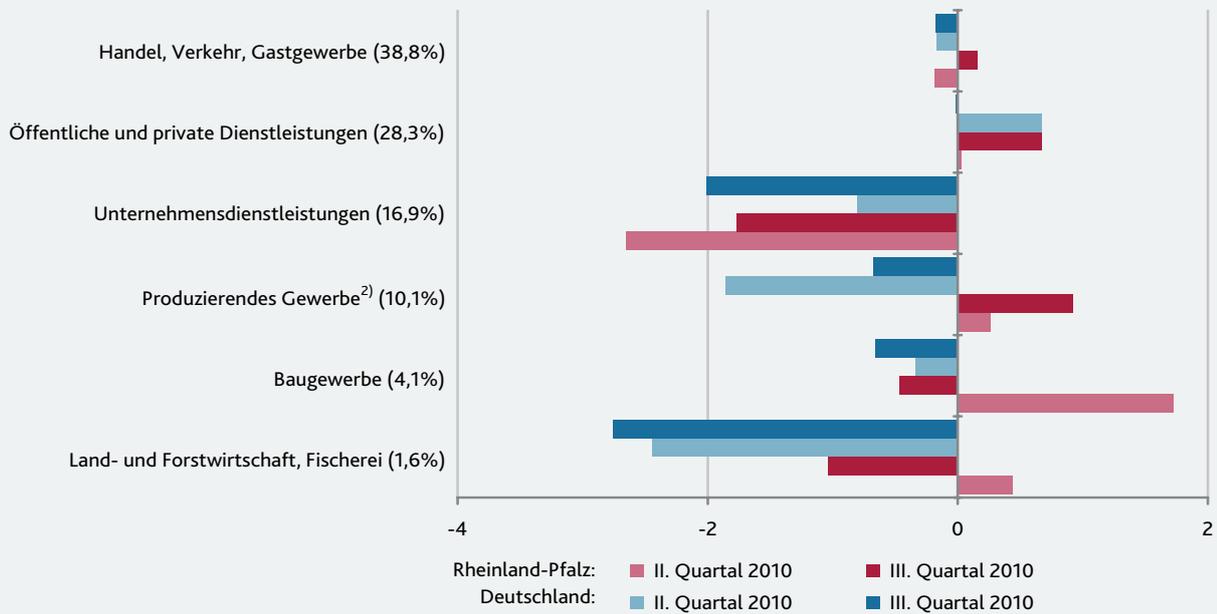
1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹⁾
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2010. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 31. Mai 2011.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz ($= \text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Monatsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2005 (d. h. 2005=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig

zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gemeldete Arbeitsstellen

Bei den gemeldeten Stellen handelt es sich um ungeforderte Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neueröffnung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den preisbereinigten Wertangaben werden auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2005 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebig-

keit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit

einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des

Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

The image shows a close-up, slightly blurred view of a statistical table. The table consists of several rows and columns of numerical data. The numbers are printed in a dark font on a light-colored background. The values range from approximately 65,000 to 157,000. The table is oriented diagonally, with the top-left corner being the most visible. The numbers are arranged in a grid-like pattern, with some rows having more columns than others. The overall appearance is that of a printed document, possibly a report or a data sheet.

20	129 151	130 953	127 942
752	134 121	128 093	125 432
6 058	126 824	133 450	133 523
134 628	134 545	157 264	110 138
157 811	157 827	111 776	77 082
113 466	113 035	80 756	61 782
87 007	84 980	63 568	61 782
65 282	64 829	77 648	61 782
78 320	78 146	92 396	61 782
95 409	94 429	125 873	61 782
	125 677	103 802	61 782
	87 027	69 000	61 782

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2008	2009		2010			2011		
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 028 ¹	4 013 ¹	4 014	4 013	4 011	4 006	4 005	4 004	4 002
darunter Ausländer ²	1 000	308 ¹	306 ¹	307	306	306	309	309	309	309

Natürliche Bevölkerungsbewegung³

* Eheschließungen ⁴	Anzahl	1 672	1 656	1 066	2 272	456	1 996	996	2 119	433
* Lebendgeborene ⁵	Anzahl	2 685	2 573	2 329	3 127	1 921	2 609	2 696	3 260	1 907
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	8,0	7,7	7,1	9,2	5,6	7,7	8,2	9,6	5,6
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶	Anzahl	3 578	3 659	3 464	4 155	3 420	3 336	3 808	4 288	3 523
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,6	10,9	10,5	12,2	10,0	9,8	11,6	12,6	10,4
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁶	Anzahl	8	10	14	12	4	10	11	7	10
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,1	4,0	6,0	3,8	2,1	3,8	4,1	2,1	5,2
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 892	-1 085	-1 135	-1 028	-1 499	- 727	-1 112	-1 028	-1 616
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,7	- 3,2	- 3,4	- 3,0	- 4,4	- 2,1	- 3,4	- 3,0	- 4,8

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 963	7 989	7 740	6 220	7 370	9 555	8 270	6 339	7 670
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 619	2 656	2 476	1 994	2 430	3 057	2 855	2 031	2 536
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 517	8 224	8 100	6 710	7 509	9 194	7 726	6 952	7 803
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 828	2 608	2 848	2 278	2 495	2 251	2 355	2 171	2 327
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	- 554	- 234	- 360	- 490	- 139	361	544	- 613	- 133
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁷	Anzahl	12 673	12 832	12 979	11 109	11 941	12 798	13 333	11 372	13 077

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{8,9}

	Einheit	2007	2008	2009			2010			
		30.06.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰	1 000	1 179	1 203	1 198	1 201	1 222	1 205	1 205	1 218	1 247
* Frauen	1 000	527	540	549	549	559	556	556	558	571

1 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 2 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4 Nach dem Ereignisort. – 5 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 10 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1,2}**

	Einheit	2007	2008	2009				2010		
		30.06.		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Ausländer/-innen	1 000	73	77	74	76	77	71	74	78	81
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	226	235	238	242	244	244	246	251	253
* darunter Frauen	1 000	195	202	205	208	209	209	211	214	216
davon nach Wirtschaftsbereichen ³										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	...	10	10	11	11	8	9	11	11
* produzierendes Gewerbe	1 000	...	411	407	404	409	401	398	402	410
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	...	263	263	264	269	264	262	265	272
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	...	185	175	176	181	177	181	187	192
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	...	333	344	345	352	354	354	353	361

Arbeitsmarkt⁴

	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Arbeitslose	Anzahl	127 214	119 933	131 037	125 293	119 043	125 751	120 202	114 076	108 164
* Frauen	Anzahl	57 737	55 198	57 084	56 246	54 518	56 341	55 045	53 311	51 301
Männer	Anzahl	69 477	64 735	73 953	69 047	64 525	69 410	65 157	60 765	56 863
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁵	Anzahl	52 882	46 790	53 949	48 495	44 405	49 604	44 834	40 585	37 626
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁶	Anzahl	74 332	73 143	77 088	76 798	74 638	76 147	75 368	73 491	70 538
* Arbeitslosenquote ⁷	%	6,1	5,7	6,2	6,0	5,7	6,0	5,7	5,4	5,2
* Frauen	%	6,0	5,7	5,9	5,8	5,6	5,8	5,6	5,4	5,2
* Männer	%	6,2	5,8	6,6	6,1	5,8	6,2	5,8	5,4	5,1
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	6,6	5,5	6,1	5,6	5,3	5,4	5,1	4,6	4,4
Jüngere von 15–20 Jahren	%	4,1	3,5	3,4	3,2	3,2	3,1	2,9	2,9	2,9
Ältere von 50–65 Jahren	%	6,2	6,0	6,4	6,3	5,9	6,7	6,5	6,2	5,7
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,4	6,4	6,7	6,7	6,2	7,1	6,9	6,7	6,1
* Ausländer/-innen	%	13,5	12,6	13,8	13,3	12,5	13,3	12,8	12,1	11,4
Deutsche	%	5,5	5,2	5,7	5,4	5,1	5,4	5,2	4,9	4,7
* Kurzarbeiter/-innen ⁸	Anzahl	42 408	...	37 241	30 343	22 669
* Gemeldete Arbeitsstellen ⁹	Anzahl	13 243	17 048	15 288	16 169	17 275	18 246	19 556	21 106	21 739

Bautätigkeit**(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	432	452	330	301	440	453	507	513	679
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	408	426	311	278	422	439	475	484	639

1 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 3 Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar. – 4 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit unter Arbeitsmarkt im Überblick zu finden. – 5 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 6 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 7 Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen. – 8 Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes.

noch: Bautätigkeit (Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

Einheit	2009	2010						2011		
	Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März		
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	432	452	330	301	440	453	507	513	679
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	1	...	1	...	3	8	2	2
Unternehmen	Anzahl	63	50	45	22	41	89	159	63	66
private Haushalte	Anzahl	366	401	285	278	399	361	340	448	611
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	627	662	497	485	565	620	831	832	1 014
* Umbauter Raum	1 000 m ³	441	464	349	322	415	427	526	561	748
* Wohnfläche	1 000 m ²	80	87	64	59	77	80	104	1 020	140
Wohnräume	Anzahl	3 434	3 546	2 784	2 478	3 166	3 259	4 175	4 292	5 477
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	111	121	88	80	107	113	131	149	194

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	106	128	107	91	127	125	74	99	122
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	10	17	11	12	14	24	9	14	6
Unternehmen	Anzahl	89	107	93	77	106	97	63	82	116
private Haushalte	Anzahl	2	4	3	2	7	4	2	3	...
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	9	20	99	16	14	12	109	25	10
* Umbauter Raum	1 000 m ³	707	748	479	698	488	708	580	628	77
* Nutzfläche	1 000 m ²	98	104	78	88	73	104	68	74	107
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	75	80	61	52	51	62	45	46	78

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	714	780	680	578	645	749	1 031	941	1 163
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	3 977	4 145	3 444	2 970	3 763	3 828	4 716	4 803	6 075

Landwirtschaft

	Einheit	2009	2010					2011		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	10 468	10 541	10 473	9 324	11 725	10 503	10 578	10 225	11 098
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 406	2 291	2 158	2 024	2 591	2 473	2 340	2 110	2 286
darunter										
* Kälber ²	t	13	12	8	6	20	24	7	7	12
* Jungrinder	t	11	9	6	8	11	15	28	26	11
* Schweine	t	8 001	8 198	8 287	7 268	9 064	7 973	8 200	8 078	8 769
* Eierzeugung ³	1 000	8 738	11 908	7 848	8 464	10 118	15 443	12 952	13 620	15 270

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden⁴

* Betriebe	Anzahl	1 039	1 006	1 010	1 011	1 007	1 007	984	994	994
* Beschäftigte ⁵	Anzahl	242 777	238 784	237 462	237 176	237 066	240 922	240 158	241 132	241 686
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	29 376	32 016	29 113	29 085	32 652	29 352	31 081	31 268	33 796
* Entgelte ⁶	Mill. EUR	852	853	794	771	805	874	835	823	855
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 209	6 217	4 945	5 334	6 501	6 334	5 957	6 569	7 625
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷	Mill. EUR	2 805	3 609	2 958	3 209	3 832	3 352	3 497	3 855	4 404
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 285	1 470	942	1 131	1 495	1 771	1 309	1 516	1 921
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	96	100	84	85	108	98	90	105	117
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 023	1 038	961	909	1 066	1 112	1 062	1 093	1 183
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	1 499	2 050	1 663	1 880	2 178	1 941	1 926	2 236	2 508
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	598	745	462	544	772	856	674	756	985
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 526	32 340	2 531	2 779	3 338	3 310	3 101	3 488	4 048
Exportquote ⁸	%	48,5	52,1	51,2	52,1	51,4	52,3	52,1	53,1	53,1
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	76,7	95,4	87,8	85,3	102,9	98,8	106,6	102,0	118,2
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	78,0	91,9	87,2	89,9	102,5	82,9	92,7	96,4	109,5
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	67,5	96,7	82,0	73,6	101,1	116,7	120,6	107,0	128,8

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeriern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Einheit	2009	2010					2011			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
Gebrauchsgüterproduzenten	2005=100	78,9	103,0	101,3	105,8	111,5	81,5	141,1	112,7	123,0
Verbrauchsgüterproduzenten	2005=100	109,5	110,7	115,5	106,1	112,1	120,7	123,6	113,4	123,4
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2005=100	68,4	79,3	72,4	78,9	89,8	70,7	76,5	81,7	97,1
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2005=100	54,0	87,1	77,4	61,3	81,7	97,0	116,2	95,8	123,9

Energie- und Wasserversorgung

* Betriebe ^{2,3}	Anzahl	116	164	163	163	163	163	167	169	169
* Beschäftigte ^{2,3,4}	Anzahl	10 014	9 470	9 468	9 490	9 479	9 464	9 460	9 430	9 410
* Geleistete Arbeitsstunden ^{2,3}	1 000 h	1 272	1 205	1 188	1 167	1 343	1 152	1 229	1 211	1 281
* Bruttoentgeltsumme ^{2,3}	Mill. EUR	36	36	31	33	33	36	34	33	34

Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung⁵

* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	567	494	637	518	592	531	533	480	497
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	551	480	617	501	575	516	519	467	484

Baugewerbe⁶

Bauhauptgewerbe⁷

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	36 362	37 497	35 525	35 449	36 991	37 515	36 953	36 738	36 973
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 479	3 512	1 452	1 839	3 835	2 102	2 563	3 082	3 947
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 291	1 326	577	743	1 470	843	1 059	1 227	1 489
* gewerblicher Bau ⁸	1 000 h	877	873	441	561	1 003	624	686	803	985
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 311	1 313	434	535	1 362	635	818	1 052	1 473
darunter Straßenbau	1 000 h	653	636	148	205	630	221	330	469	723
* Entgelte ⁹	Mill. EUR	83	85	63	62	78	80	74	73	87

1 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. – 2 Wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 9 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme.

noch: Baugewerbe¹Bauhauptgewerbe²

Einheit	2009	2010					2011			
	Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März		
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	355	356	146	168	311	381	186	238	346
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	103	110	46	54	110	112	67	87	126
* gewerblicher Bau ³	Mill. EUR	102	94	42	53	84	107	47	66	90
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	150	151	57	62	117	162	72	85	131
darunter Straßenbau	Mill. EUR	74	70	25	21	52	59	30	36	58

Ausbaugewerbe

(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)⁴

Einheit	2009	2010	2009		2010				2011	
	Durchschnitt		III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	
Betriebe ⁵	Anzahl	358	362	358	359	364	362	362	361	355
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁵	Anzahl	13 063	13 268	13 085	12 990	13 076	13 228	13 443	13 326	13 199
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 210	4 335	4 324	4 392	4 101	4 316	4 449	4 474	4 257
* Entgelte ⁶	Mill. EUR	90	94	90	97	86	95	93	101	92
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	330	343	329	436	258	328	348	439	274

Handel⁷Großhandel⁸

Einheit	2009	2010					2011			
	Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März		
* Beschäftigte	2005=100	118,2	116,9	115,0	115,6	116,0	117,8	117,4	117,8	118,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	116,7	118,2	116,8	118,5	118,4	118,7	116,7	117,1	116,9
* Umsatz nominal ⁹	2005=100	105,7	113,0	87,6	92,9	123,5	113,6	98,9	107,8	131,0
* Umsatz real ⁹	2005=100	100,6	102,4	82,2	86,5	114,0	100,3	87,4	94,0	112,6

Einzelhandel¹⁰

* Beschäftigte	2005=100	106,3	106,8	106,1	105,8	106,5	107,7	107,1	107,5	107,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	107,9	108,4	107,4	106,7	107,5	109,9	109,5	110,0	109,6
* Umsatz nominal ⁹	2005=100	109,3	111,5	97,3	95,8	117,3	130,2	101,0	99,6	116,0
* Umsatz real ⁹	2005=100	106,5	107,6	95,2	92,8	112,8	125,8	97,8	95,2	110,1

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 8 Einschließlich Handelsvermittlung. – 9 Ohne Umsatzsteuer. – 10 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹**Kfz-Handel^{P, 2}**

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Beschäftigte	2005=100	105,7	105,6	105,3	104,9	104,9	106,2	106,6	105,7	106,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	124,3	127,5	126,9	127,6	128,3	126,7	125,7	126,5	128,9
* Umsatz nominal ³	2005=100	94,0	92,6	70,8	72,1	104,2	90,1	82,9	85,9	109,7
* Umsatz real ³	2005=100	89,7	87,9	67,5	68,8	99,2	85,3	78,5	81,2	103,4

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2005=100	103,8	105,3	97,1	97,9	100,4	101,4	98,3	98,7	101,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	113,1	114,9	106,8	108,5	110,5	110,0	106,6	107,2	110,3
* Umsatz nominal ³	2005=100	98,7	100,9	69,9	72,8	85,2	94,0	74,1	76,4	88,7
* Umsatz real ³	2005=100	92,7	92,0	64,3	66,9	78,1	85,5	67,6	69,4	80,6

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	620	640	301	350	439	399	330	362	476
* darunter von Auslandsgästen	1 000	150	156	59	80	83	97	66	77	98
* Gästeübernachtungen	1 000	1 678	1 714	806	925	1 118	1 042	868	903	1 201
* darunter von Auslandsgästen	1 000	437	449	136	213	197	253	158	185	239

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2008	2009		2010			2011		
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	2 017	1 950	1 884	1 672	1 361	2 050	1 801	1 501	1 439
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 331	1 293	1 096	866	752	1 279	912	912	887
* Getötete Personen	Anzahl	19	19	20	9	12	21	5	10	7
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	10	11	15	7	9	15	5	3	6
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	3	-	-	-	3	-	1	-
Radfahrer	Anzahl	2	1	-	-	-	-	-	-	-
Fußgänger	Anzahl	3	2	5	-	2	2	-	4	1
* Verletzte Personen	Anzahl	1 738	1 682	1 404	1 154	994	1 710	1 200	1 213	1 165

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschließlich Dezember 2007 nur unter Alkoholeinwirkung).

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2008	2009		2010				2011	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
schwer verletzte Personen	Anzahl	329	313	230	153	149	290	175	199	208
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	147	140	125	95	92	163	115	105	116
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	82	79	21	6	9	35	8	19	18
Radfahrer	Anzahl	47	48	27	8	9	29	10	23	11
Fußgänger	Anzahl	35	32	49	27	29	43	36	39	36

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 398	11 933	9 056	9 298	14 053	11 468	10 375	10 816	16 712
darunter										
Krafträder	Anzahl	693	609	144	271	1 301	99	191	431	1 293
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	14 675	10 154	8 043	8 217	11 376	9 934	8 909	9 147	13 664
* Lastkraftwagen	Anzahl	716	833	665	617	970	1 017	863	832	1 169
Zugmaschinen	Anzahl	248	274	164	150	331	335	334	318	536

Personenbeförderung

	Einheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	61 778	53 245	54 542	63 669	57 395	54 306	46 268	55 011	...
Personenkilometer ³	Mill.	574	530	499	629	539	535	455	589	...

Binnenschifffahrt

	Einheit	2008	2009		2010				2011	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Gütereingang	1 000 t	1 158	985	958	971	984	1 268	1 132	859	1 012
* Güterversand	1 000 t	945	834	794	723	788	984	737	564	789

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	3 753	2 885	2 700	2 765	2 921	3 639	3 294	3 322	3 626
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	256	265	243	244	246	303	272	257	264
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 328	2 584	2 414	2 433	2 582	3 223	2 942	2 945	3 235

1 Quelle: Kaffahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹Ausfuhr (Spezialhandel)²

Einheit	2008	2009			2010			2011		
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
* Rohstoffe	Mill. EUR	20	18	17	14	13	20	20	18	19
* Halbwaren	Mill. EUR	149	111	105	106	120	164	152	138	155
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 159	2 455	2 292	2 314	2 448	3 040	2 770	2 789	3 061
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	1 009	787	637	802	776	901	784	875	927
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 150	1 667	1 655	1 512	1 672	2 138	1 986	1 914	2 134
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 678	2 002	1 853	1 921	2 052	2 565	2 255	2 338	2 528
* darunter in EU-Länder ³	Mill. EUR	2 338	1 766	1 650	1 701	1 807	2 220	1 965	2 045	2 197
Belgien	Mill. EUR	190	145	136	135	150	167	190	171	182
Luxemburg	Mill. EUR	49	44	37	38	51	55	55	50	47
Dänemark	Mill. EUR	50	33	26	33	31	36	34	32	33
Finnland	Mill. EUR	31	22	21	21	22	24	26	22	25
Frankreich	Mill. EUR	413	321	297	331	354	389	352	399	437
Griechenland	Mill. EUR	44	32	27	32	31	33	21	23	27
Großbritannien	Mill. EUR	237	184	176	170	177	241	183	200	218
Irland	Mill. EUR	13	8	7	9	8	9	8	8	11
Italien	Mill. EUR	265	211	191	219	228	278	216	241	255
Niederlande	Mill. EUR	228	185	182	170	172	223	213	209	228
Österreich	Mill. EUR	153	126	116	109	117	144	128	141	147
Schweden	Mill. EUR	66	41	43	41	49	62	52	55	64
Spanien	Mill. EUR	215	157	144	158	169	188	179	188	182
Portugal	Mill. EUR	27	18	32	18	17	23	19	22	23
* Afrika	Mill. EUR	83	76	72	57	77	83	84	73	88
* Amerika	Mill. EUR	542	406	328	421	342	389	388	411	403
darunter nach USA	Mill. EUR	418	296	205	306	228	233	219	258	242
* Asien	Mill. EUR	418	373	411	347	426	570	536	475	578
darunter nach China	Mill. EUR	76	85	89	84	103	171	150	139	169
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	33	28	36	21	24	31	32	25	29

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 236	1 809	1 767	1 915	1 929	2 504	2 302	2 365	2 411
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	196	206	211	217	188	232	207	199	224
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	1 860	1 507	1 485	1 556	1 592	2 080	1 950	1 995	1 994
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	105	76	80	78	91	110	118	139	135
* Halbwaren	Mill. EUR	278	184	173	256	223	328	281	276	282
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 477	1 248	1 232	1 222	1 278	1 642	1 551	1 579	1 577

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27).

noch: Außenhandel¹Einfuhr (Generalhandel)²

Einheit	2008	2009			2010				2011	
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	401	332	376	374	361	474	444	483	459
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 076	916	855	848	916	1 168	1 107	1 096	1 118
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 703	1 317	1 327	1 398	1 466	1 842	1 693	1 732	1 833
* darunter aus EU-Ländern ³	Mill. EUR	1 459	1 118	1 116	1 105	1 235	1 553	1 440	1 423	1 552
Belgien	Mill. EUR	254	180	194	188	196	277	240	234	255
Luxemburg	Mill. EUR	38	34	33	31	32	38	36	41	38
Dänemark	Mill. EUR	27	25	35	21	27	18	16	11	16
Finnland	Mill. EUR	11	9	7	9	9	11	14	9	10
Frankreich	Mill. EUR	256	192	181	147	195	239	213	219	266
Griechenland	Mill. EUR	7	7	5	8	9	8	9	5	7
Großbritannien	Mill. EUR	74	63	66	57	79	89	87	80	89
Irland	Mill. EUR	7	7	7	11	9	14	13	13	13
Italien	Mill. EUR	129	110	104	125	136	143	153	135	163
Niederlande	Mill. EUR	273	162	167	175	185	265	229	269	226
Österreich	Mill. EUR	71	59	56	53	60	89	104	89	80
Schweden	Mill. EUR	46	27	30	30	26	29	22	24	25
Spanien	Mill. EUR	75	67	64	73	76	89	81	76	104
Portugal	Mill. EUR	14	12	11	12	15	15	14	15	15
* Afrika	Mill. EUR	34	29	26	35	36	44	41	52	39
* Amerika	Mill. EUR	210	219	177	225	185	236	232	219	242
darunter aus USA	Mill. EUR	145	145	109	101	106	144	149	143	143
* Asien	Mill. EUR	283	239	235	253	239	377	332	353	292
darunter aus China	Mill. EUR	131	110	96	116	115	164	152	152	135
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	5	2	5	4	4	4	5	4

Gewerbeanzeigen⁴

Einheit	2009	2010					2011			
	Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März		
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 517	3 434	3 718	3 394	4 308	2 615	3 588	3 210	3 629
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	517	496	544	535	654	420	553	486	550
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 425	2 415	2 506	2 347	3 056	1 664	2 341	2 135	2 493
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 015	2 934	3 398	2 891	3 586	3 615	3 542	3 021	3 111
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	490	455	539	528	627	526	557	491	501
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 996	1 969	2 234	1 860	2 361	2 544	2 327	1 974	2 041

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27). – 4 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2009	2010					2011		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Insgesamt	Anzahl	627	670	683	582	815	665	581	584	739
davon										
* Unternehmen	Anzahl	115	113	132	118	138	106	87	81	115
* Verbraucher	Anzahl	374	420	420	343	505	453	372	385	481
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	115	116	113	110	146	98	105	94	114
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	23	21	18	11	26	8	17	24	29
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	149	151	119	592	121	71	69	85	96

Handwerk²

	Einheit	2009	2010	2009		2010 ³				2011 ³
		Durchschnitt		III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.
* Beschäftigte ⁴	2007=100 ⁵	96,0	98,3	97,7	96,0	96,9	97,7	100,1	98,4	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2007=100 ⁶	101,1	97,2	105,2	111,2	76,3	98,3	101,6	112,7	...

Preise

	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	106,2	107,4	107,2	107,3	107,3	109,0	109,5	109,7	109,5
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2005=100	103,7	104,6	104,2	104,5	104,6	105,2	105,4	105,4	105,5

Verdienste⁷

	Einheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 431	3 506	3 169	3 190	3 185	3 231	3 238	3 256	...
* Frauen	EUR	2 961	3 016	2 762	2 780	2 780	2 804	2 811	2 819	...
* Männer	EUR	3 613	3 699	3 328	3 350	3 345	3 399	3 405	3 428	...
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	5 898	6 079	5 345	5 401	5 403	5 484	5 486	5 546	...
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	3 874	3 971	3 607	3 627	3 638	3 678	3 691	3 714	...
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	2 993	3 057	2 769	2 781	2 772	2 818	2 835	2 845	...
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 441	2 502	2 270	2 285	2 266	2 331	2 361	2 360	...
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	1 857	1 867	1 787	1 764	1 735	1 783	1 779	1 813	...

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3 Einheit: 2009=100. – 4 Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 5 30.09. – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernete Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 575	3 689	3 223	3 253	3 224	3 315	3 343	3 359	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 308	3 425	3 039	3 092	3 130	3 097	3 122	3 214	...
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 642	3 777	3 247	3 298	3 284	3 372	3 400	3 421	...
* Energieversorgung	EUR	5 013	5 134	4 343	4 326	4 297	4 389	4 372	4 404	...
* Wasserversorgung ²	EUR	2 877	2 912	2 704	2 758	2 743	2 754	2 753	2 689	...
* Baugewerbe	EUR	3 017	3 001	2 948	2 884	2 718	2 858	2 920	2 881	...
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 326	3 377	3 131	3 144	3 157	3 171	3 163	3 183	...
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 284	3 386	3 040	3 098	3 071	3 095	3 092	3 122	...
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 793	2 835	2 587	2 625	2 596	2 627	2 620	2 646	...
* Gastgewerbe	EUR	1 992	2 044	1 927	1 944	2 005	1 977	1 974	1 987	...
* Information und Kommunikation	EUR	4 245	4 686	(3 884)	(3 943)	4 168	4 169	4 253	4 289	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 398	(4 528)	3 796	3 797	3 865	3 905	3 897	3 913	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	(3 256)	3 768	(3 045)	(3 088)	3 372	3 411	3 535	3 585	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	3 748	3 903	3 418	3 461	3 519	3 575	3 555	3 596	...
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	1 952	(1 902)	1 902	(1 846)	(1 851)	1 836	1 801	1 856	...
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 233	3 260	3 136	3 136	3 142	3 158	3 171	3 174	...
* Erziehung und Unterricht	EUR	3 946	3 991	3 884	3 881	3 896	3 926	3 925	3 926	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 440	3 480	3 218	3 244	3 236	3 259	3 268	3 285	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	(3 378)	(3 371)	(3 213)	(3 201)	(3 108)	(3 257)	3 118	3 155	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 775	2 802	2 621	2 646	2 642	2 662	2 647	2 650	...

Geld und Kredit³

	Einheit	2008	2009		2010				2011	
		Durchschnitt	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	116 529	112 943	112 534	116 428	116 512	116 351	117 189	117 256	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	13 120	11 791	11 421	11 908	11 877	12 355	12 814	12 690	...

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2008	2009		2010				2011
	Durchschnitt	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	11 062	11 679	11 892	13 052	13 298	13 673	13 792	14 007	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	92 347	89 473	89 221	91 468	91 337	90 323	90 583	90 559	...
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	107 081	103 636	103 339	105 575	105 490	106 220	107 461	107 548	...
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	97 036	95 570	95 489	96 893	96 928	97 402	97 717	97 495	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 044	8 066	7 850	8 682	8 562	8 818	9 744	10 053	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	9 448	9 307	9 195	10 853	11 022	10 131	9 728	9 708	...

Einlagen und aufgenommene

Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	101 309	103 669	104 036	106 742	106 999	108 110	110 517	110 845	...
Sichteinlagen	Mill. EUR	29 449	34 674	35 897	37 983	38 890	40 771	43 811	43 584	...
Termineinlagen	Mill. EUR	38 076	34 510	33 558	33 252	31 999	31 191	30 462	30 389	...
Sparbriefe	Mill. EUR	8 972	8 091	7 582	7 333	7 152	6 999	6 909	7 098	...
Spareinlagen	Mill. EUR	24 813	26 394	26 999	28 174	28 958	29 149	29 335	29 774	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	98 361	101 502	101 786	104 561	104 441	105 579	108 007	108 404	...
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	95 971	99 326	99 590	102 415	102 597	103 462	105 680	105 624	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 390	2 176	2 196	2 146	1 844	2 117	2 327	2 780	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 948	2 167	2 250	2 181	2 558	2 531	2 510	2 441	...

Steuern

Einheit	2009	2010			2011			
	Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 755	3 103	2 959	2 652	2 629	2 898	3 437	3 082	2 980
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	913	923	958	864	491	720	976	979	612
Lohnsteuer	Mill. EUR	667	647	881	443	471	612	904	475	500
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	139	133	424	-	-	-	418	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	96	119	- 19	227	- 18	- 24	16	308	28
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	61	63	8	21	28	27	12	26	36

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2009	2010				2011			
	Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	43	34	66	10	14	85	44	12	12
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	17	15	48	-	0	-	35	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	46	60	22	163	-4	21	0	158	35
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-3	-2	19	-	-	-	-5	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 841	2 180	2 001	1 788	2 139	2 178	2 462	2 103	2 368
Umsatzsteuer	Mill. EUR	456	443	575	340	361	393	527	289	382
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 385	1 737	1 426	1 448	1 778	1 784	1 934	1 814	1 986
Zölle	Mill. EUR	145	181	162	163	178	177	221	199	195
Bundessteuern¹	Mill. EUR	96	114	93	138	105	97	67	132	99
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	27	28	11	29	24	9	12	29	28
Kraftfahrzeugsteuer ²	Mill. EUR	17	38	31	44	44	55	30	44	41
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	40	40	23	53	24	33	25	59	30
Landessteuern	Mill. EUR	70	45	36	44	39	49	55	60	44
Vermögenssteuer	Mill. EUR	0	1	0	0	0	-0	0	0	0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	16	12	5	8	11	13	18	17	13
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	16	17	15	19	14	19	21	23	15
Rennwett-, Lotterien- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	12	12	13	11	11	14	13	12	13
Feuerschutzsteuer ¹	Mill. EUR	1	1	1	4	0	1	1	6	1
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	2	2	3	3	2	2	3

Einheit	2009	2010	2009		2010				2011
	Durchschnitt		III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.

Gemeindesteuern	Mill. EUR	429	490	392	385	414	543	449	556	501
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	3	4	5	6	4	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	107	111	120	99	100	116	129	101	105
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	309	366	256	275	302	412	304	444	383
sonstige Gemeindesteuern ³	Mill. EUR	9	9	11	8	7	10	10	7	8

¹ Die Versicherungsteuer und die Feuerschutzsteuer werden ab dem 1. Juli 2010 nicht mehr von den Finanzämtern der Länder, sondern vom Bundeszentralamt für Steuern in Bonn verwaltet. Daher wird die Versicherungsteuer nicht mehr und von der Feuerschutzsteuer nur noch der Zerlegungsanteil nachgewiesen. – ² Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu; als Ausgleich erhalten die Länder entsprechende Zuweisungen vom Bund. – ³ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der
Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2009	2010	2009		2010				2011
	Durchschnitt		III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.
Mill. EUR	690	762	655	874	500	826	686	1 035	557
Gewerbesteuer (netto) ¹	255	299	184	196	286	357	222	332	352
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	283	298	295	513	87	297	284	525	77
Anteil an der Umsatzsteuer	32	39	40	55	15	41	35	66	12

Einheit	2009	2010				2011			
	Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
Steuereinnahmen des Landes	695	698	724	640	464	646	751	655	564
Landessteuern	70	45	36	44	39	49	55	60	44
Anteil an den Steuern vom Einkommen	333	335	346	321	148	301	354	365	206
Lohnsteuer	225	213	314	131	142	260	326	145	155
veranlagte Einkommensteuer	41	50	- 8	97	- 8	- 10	7	131	12
Kapitalertragsteuer	25	26	1	8	9	3	2	6	16
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	19	15	29	4	6	37	19	5	5
Körperschaftsteuer	23	30	11	81	- 2	11	0	79	18
Anteil an den Steuern vom Umsatz	278	301	335	276	235	286	329	229	260
Umsatzsteuer	216	221	279	203	175	192	257	126	186
Einfuhrumsatzsteuer	62	80	56	72	60	94	72	103	73
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	4	4	2	0	11	3	3	0	14
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	1	2	1	0	5	1	2	0	6
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	8	9	4	0	22	6	7	1	29
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	2	2	1	0	5	1	1	0	6
Steuereinnahmen des Bundes	1 448	1 643	1 514	1 438	1 429	1 542	1 765	1 668	1 618
Bundessteuern	96	114	93	138	105	97	67	132	99
Anteil an den Steuern vom Einkommen	396	401	410	380	210	310	415	429	265
Anteil an den Steuern vom Umsatz	952	1 124	1 009	919	1 103	1 136	1 276	1 106	1 240
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	4	4	2	0	11	- 1	7	0	14

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Mai 2011

Statistische Berichte**Land- und Forstwirtschaft, Fischerei**

Weinmosternte 2010
Kennziffer: C2053 201000

**Gewerbeanzeigen, Unternehmen
und Arbeitsstätten, Insolvenzen**

Gewerbeanzeigen im Februar 2011
Kennziffer: D1023 201102

Insolvenzen 2010
Kennziffer: D3013 201000

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und
Gewinnung von Steinen und Erden im Februar 2011 –
Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit
50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201102

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und
Gewinnung von Steinen und Erden 2010 –
Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit
50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1043 201000

Bauhauptgewerbe im Februar 2011 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201102

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke
der allgemeinen Versorgung im Januar 2011
Kennziffer: E4023 201101

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk 2010
Kennziffer: E5013 201000

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im März 2011
Kennziffer: F2033 201103

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und
im Gastgewerbe im März 2011
Kennziffer: G1023 201103

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Februar 2011
Kennziffer: H1023 201102

Bestand an Kraftfahrzeugen und Kfz-Anhängern
am 1. Januar 2011
Kennziffer: H1033 201100

Straßen des überörtlichen Verkehrs
am 1. Januar 2011
Kennziffer: H1113 201100

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz
und in Deutschland im April 2011
Kennziffer: M1013 201104

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland
im Februar 2011
Kennziffer: M1043 201141

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Februar 2011
Kennziffer: Z1013 201102

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe Mai 2011
Kennziffer: Z2201 201105

Faltblätter

- Landwirtschaft 2010/2011
- Mikrozensus 2010/2011
- Tourismus 2010/2011
- Umwelt und Energie 2010/2011
- Unternehmen, Branchen, Außenhandel 2010/2011
- Weinbau 2010/2011

Broschüre

- Rheinland-Pfalz heute 2010/2011

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2009 –
Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 1
Kennziffer: A6315 200900

Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2010 –
Reihe 1 Länderergebnisse, Band 5
Kennziffer: P1255 201000

Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder –
Grafische Darstellung von Indikatoren des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft (Ausgabe 2011)

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Fotos: Pressefoto BASF und Manfred Riege

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

Kostenfreier Download im Internet: www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2011

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.